

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingung
 beträgt für die sechsgelapptene Kolonette
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Amt I, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 12. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Alpenröde, Parteibeitrag durch den Vertrauensmann 10.—, Alt-
 Marthau, vom socialdemokr. Verein 30.—, Aachen, 2. S. 100.—,
 Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 200.—, 2. Kreis 400.—,
 darunter vom „Vereinsklub West“ 20.—, Ueberisch, v. „Wahren Jakob“
 durch Schröder 3.—, amerikanische Kution auf einer roten Hochzeit
 Bergmannstraße, durch Schner 6.20, „Süd“ 1.—, 3. Kreis 500.—,
 darunter F. S., Geschenk des Arzthonorars 5.—, 4. Kreis Ost
 2000.—, darunter vom aufgelösten Les- und Diskussionsklub „Ost“
 21.65, Tischlerei Klink, Walschauerstr. 78 20.—, vom 185. Stadt-
 bezirk 4.75, von der Tischlerei Klink 30.—, vierprozentige
 Tischlerei Weidenweg 10.—, aus dem goldenen Schwein für
 notleidende Agrarier gesammelt in Altenburg 246, desgleichen
 in Berlin — 95 und — 45, Sa. 386, 4. Kreis Südost 2000.—,
 darunter Les- und Diskussionsklub „Südost“ 200.—, Volkspadden von
 Spinn 2.25, 5. Kreis 200.—, 6. Kreis Roabit 523.18 (darunter
 vierprozentige von Platz P. durch Br. 10.—, Geburtstags-
 feier bei Nothe durch Wittig 5.90, Werkstatt Ulrich,
 Kronenstr. 31 10.—, 2. G. 1.—, 3. G. 8.—, Ein Russe — 60.—,
 6. Kreis, Rosenthaler Vorst. und Gesundbrunnen 700.— (darunter
 durch Treun 3.—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 900.— (darunter
 A. V. Witter 1.—, Augustolome Kollinski durch Schönfeld 5.—, zur
 Wahlagitation von einem Bauführer durch R. 3.—, 5. Kreis, Spielerei,
 Stargarderstr. 3, durch R. 2.45, durch Treun 2.—, gest. Hal 2.48,
 Referat bei den Bauarbeitern Roabit durch Augustin 6.—),
 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1600.— (darunter
 Großhändler von „Nordwest“ 7.—) Berlin, diverse Beiträge:
 Alter Genosse A. B., Schönhauser Allee 5.—, vierprozentige vom
 Bau Oranienstr. 95 5.—, Geburtstagsfeier d. Angelwirts, Rastmann
 Allee 8.—, B. G. 2.—, Dr. 2. A. 50.—, von sämtlichen Arbeitern der
 Möbelfabrik W. Klug, Walschauerstr. 13 54.80, 1. Störze des E. Pahlischen
 Doppelquartetts 10.85, A. R. 30.—, Ergebnisse einer monatlichen Statistika-
 partie 1.25, P. S. 50.—, A. B. 50.—, C. S. P. 15.—, Cigaretten-
 fabrik v. R. Schulse, Friedrichselderstr. 21, 5.—, Kleiner Kaufe,
 Brandenburgstr. 3.—, Fabrik S. u. A., Hornstr. 71.50, Gesammelt
 von den Arbeitern der Berliner Messingwerke 4.50, Meisig 1.—,
 Ln. 2.50, Seherpersonal des Reichs-Adressbuch R. Nothe 17.—,
 Bergnigte Buchbinder a. d. Gewerkschaftshaus 2.88, Werkabteilung
 v. Nag Sading 20.—, Ameril, Aut. Lotterieklub Glücksw. 4.10,
 Rote Buchbinder Grünstraße 5.—, Bronberg, von den Parteigenossen
 durch den Vertrauensmann 30.—, Vorn 50.—, Charlottenburg, W. G.
 1. Mai 3.—, Cottbus 100.— (darunter für einen Vortrag des Gen.
 Krone 20.—) Charlottenburg, amer. Kult. Geburtstagsf. Lutzstr. 45,
 5.62, Dresden, 5. sächs. Reichstags-Wahlk. (Dresden-Alst.) 800.—,
 Döbeln, Romanus 34.—, Dresden, socialdem. Verein des 4. sächs.
 Reichstagswahlkreises 300.—, Dresden, G. Sch. 1.—, Dresden
 Schweineglück b. Vallen 17.—, Dresden, „Es ist erreicht“ 1000.—,
 Dresden, freiwilliger Parteibeitrag der Gewerkschaften 270.20,
 Erfurt, Wahlkreis Erfurt - Schl. - Jiegen. 50.—, Falken-
 berg (Oberst.) 3.—, Flomershheim (Weinpfalz) Parteibeitrag 20.—,
 Gießen, E. R. 10.—, Hastedt bei Bremen, v. Parteigenossen 10.—,
 Helmstedt 50.—, Hannover 1000.—, Hamburg, im Monat No-
 vember in der Expedition des „Echo“ eingegangen 126.85, Haf-
 furt a. M., 2. R. 3.—, Hamburg, Getränkeüberdich in 2 Raten
 durch R. Hagemann 37.10, Hofenstein - Ernstthal, E. W. 5.50,
 Köln, durch den Vertrauensmann von Stadt Köln 120.—, Lahr,
 Altkater 5.—, Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis
 2000.—, Remel, v. aufgelösten Les- u. Diskussionsklub „Vorwärts“
 40.50, Weerane, Kindtaufe eines freien Turners 2.25, Weing.,
 von den Parteigenossen 200.—, München, Waldläufer 5.—,
 Nürnberg, socialdemokratischer Verein Nürnberg - Altdorf 20.—,
 Rindburg a. B., vom socialdem. Wahlverein des 2. hannov. Reichs-
 tags-Wahlkreises 100.—, Offenburg i. V. v. einem alten Offen-
 burger 2.—, Pforzheim, von badischen Genossen 50.—, Paris, 2.
 u. S. W. 20.—, Pirna, Parteibeitrag des 8. sächsischen Reichstags-
 Wahlkreises 100.—, Rehdorf, durch den Vertrauensmann
 20.—, Remscheid 100.—, Schwelm 100.—, Sonneberg, E. R.,
 durch den Vertrauensmann B. 15.—, Tarnbach - Dietzharz, Volks-
 verein, 5.—, Württemberg 50.—, Wolfenbüttel, vom socialdemo-
 kratischen Arbeiterverein durch den Vertrauensmann R. 30.—, Wald-
 heim, Doppelkopf — 55, Wiesbaden, A. S. 5.—, Zeitz, Wahlkreis
 Zeitz - Weihenfeld - Raumburg, durch den Kreis-Vertrauensmann
 100.—

In der Quittung in Nr. 284 des „Vorwärts“ vom 11. November
 dieses Jahres muß es unter den Einzelbeiträgen, die in der vom
 6. Berliner Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt) abgelieferten Summe
 von 1400.— enthalten sind, nicht heißen „Reigenblatt“ 1.—,
 sondern 4.80.
 Berlin, den 7. Dezember 1900.
 Für den Parteivorstand:
 A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Die Etatsberatung

gewann am zweiten Tage durch zwei große Reden aus der Opposition
 sowie durch die Herauslösung des Grafen Posadowsky aus dem
 12 000 Mark-Vorstoß die höhere politische Bedeutung, die ihr am
 ersten Beratungstage abging.
 Weibel leitete die Sitzung durch eine umfassende Kritik der Ge-
 samtheit unserer öffentlichen Zustände ein. Die frühere Chinadebatte
 hatte das gewollte Anlagematerial, das die Fülle der neuesten
 politischen Entwicklungen bildet, keineswegs erschöpft, und die heutige
 Rede Weibels gleich einem zweiten Akt zu seiner großen Chinarede,
 der sie an rhetorischer Wucht in nichts nachgab. Das Ganze, das im
 Anfang der Rede einige Urinhalte zeigte, geriet aber bald in den
 Namen des Anklägers der Gegenwart, des Verkünders der Zukunft,
 und es folgte dann der Rede in lautsamer Aufmerksamkeit bis zum
 Schluß.
 Weibel ironisierte zunächst die Sparforderungen der
 bürgerlichen Parteien, welche im Laufe der vergangenen Jahre die
 tolle Verschwendungswirtschaft nicht nur selbst betrieben, sondern durch

gesetzliche Bindungen aller wichtigsten Staatsposten jeder Möglichkeit
 ernsthaften Sparens ausgeschlossen haben. Aber auch jetzt, im
 gleichen Augenblick, da sie über die trübe Finanzlage seufzen, fahren
 Centrum und andre bürgerliche Parteien fort, ihrer wahrhaftigen
 Bewilligungswut die Zügel schießen zu lassen. Deutlicher ist das
 Gerede, daß die Socialpolitik viel Geld koste, denn für diese
 Zwecke wird nur ein minimaler Bruchteil von den Aufwendungen für
 unproduktive Zwecke verausgabt. Abzuweisen ist der gleiche Vorwurf des
 Herrn Müller-Kulda, daß die Socialdemokratie für neue Postgebäude
 zu viel Geld bewilligt habe. In scharfer Prägung rief Weibel den
 Militär- und Chinareaktionären des Centrums die kulturelle Lösung zu:
 Hundertmal besser schöne Postgebäude als Kasernen, Panzerkolosse und Zuchthäuser! Weibel
 ging sodann mit eindringender Sachkenntnis die einzelnen Staats-
 positionen durch, allenthalben unerhörtlich die Folgen der jetzigen
 Finanzwirtschaft aufdeckend, die durch Militarismus und Weltpolitik
 zum Zusammenbruch treibt, sowie die Schuld an dieser un-
 geligen Entwicklung der Dinge insbesondere dem Centrum auf-
 ladend, daß nichts weiter mehr ist als der Schlepptreuer der
 Regierungspolitik.
 Ihren Gipfel erreichte die Weibelsche Rede in der Behandlung
 der Abweisung des Präsidenten von Transvaal. Weibel
 billigte den Richtemischungsgrundsatz des Reichskanzlers, sowie
 das Bestreben, mit England gute Beziehungen zu wahren; dieses
 Bestreben müsse auch innegehalten werden, obwohl die
 englische Kriegsführung in Südafrika, die englische Raubpolitik
 überhaupt höchst verwerflich ist. Aber gerade von diesem
 grundsätzlichen Standpunkt aus sei die schonungslose
 Abweisung des Oberhauptes des tapferen, nun in Todeszuden-
 ringenden Voereenvolks aufs schärfste zu verurteilen, insbesondere
 nachdem gerade Deutschland durch seine Haltung im Jahre 1898 die
 Voeren in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen bestärkt hatte. Weibel
 schloßerte mit beiführender Satire und im Namen der Gerechtigkeit und
 Menschlichkeit die Sünden des deutschen Jizaduktors in der Voeren-
 frage während der letzten Jahre. Wir haben uns, so rief er aus,
 die Sympathien der Völker so sehr verschert, wie es kein Feind
 Deutschlands schlimmer wünschen könnte!

Weiter behandelte Weibel die Goldpolitik und demüthigte den
 katholischen Arbeiter das forngönerische Centrum. Der Redner
 forderte von der Regierung Auskunft — die an diesem Tage noch
 nicht gegeben wurde — über die Meldungen von der beabsichtigten
 Einführung eines neuen Infanterieregiments und neuer Kanonen,
 desgleichen über die dem Budgetrecht des Parlaments wider-
 sprechende Annahme von Privatgeldern zu Marinezwecken
 durch den Kaiser. Zum Schluß stellte Weibel in parallelen
 Gegensatz zu der jetzigen, nur die Unkultur vordem
 Finanzwirtschaft die wahrhaften Kulturaufgaben des
 Reichs, die jetzt unbefriedigt bleiben, die zu lösen die bürgerliche
 Gesellschaft sich unfähig erweist.
 In diesem letzten Abschnitt seiner Rede hatte Weibel auch den
 socialpolitischen Stillstand im Reich gebrandmarkt und dabei von
 neuem den Grafen Posadowsky zur Ausherrung über die
 12 000 Mark-Affaire herausgefordert.

Graf Posadowsky mußte das lang bewährte Schweigen
 brechen. Seine verspätete Verteidigungsrede wirkte überraschend selbst
 auf denjenigen, der von den Beschönigern und Abergläubigen des Reichs-
 amts des Innern viel erwartet hatte. Sie bedeutet eine ver-
 blüffende sensationelle Selbstbeziehung wider Willen
 hinter deren Ungeheuerlichkeit selbst der ursprüngliche 12 000 Mark-
 Fall verbleibt.
 Der Reichskanzler hatte in der socialdemokratischen Inter-
 pellationsdebatte uneingeschränkt das Vorkommen im Reichsamt des
 Innern als Mißgriff preisgegeben und die Verhütung seiner
 Wiederholung zugesichert. Jetzt verweigert der mühsam entschuldigte
 Sündiger seinen Prüfstein und verteidigt die That des Reichs-
 amts des Innern in herausforderndem Trotz. Es war nur eine
 „gewisse bürokratische Angewohnheit“, wenn Herr
 Boedde die 12 000 Mark nicht aus dem Fonds für Vrehanglegen-
 heiten entnahm, sondern sich an den Centralverband der Industriellen
 wandte. Der jämmerlich erniedrigende Vettel der Regierung bei
 den Centralverbänden verhandelt sich in übergroße bürokratische
 Sorgfältigkeit, für die dem Thäter besonders Lob gebührt!

Die frühere Erklärung des Grafen Bälow ersuchte In-
 demnität und läßt das Bewußtsein begangener Ver-
 fehlung im Reichsamt des Innern annehmen. Die jetzige
 Erklärung des Grafen Posadowsky beweist die reue-
 lose Verköstheit der Schuldigen. Im Refort des
 Grafen Posadowsky fehlt das Gefühl der Unwürdig-
 keit dessen, was getan wurde. Die Unterthänigkeit unter
 die Macht der Kapitalistenklasse steckt den bestellten Für-
 sorgern für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse so tief im
 Blut, daß sie sich ihrer nicht bewußt zu werden ver-
 mögen. Nur die Selbstverständlichkeit dieses Abhängigkeitsverhältnisses
 läßt es erklären, daß Graf Posadowsky von neuem das Zucht-
 haus-Gesetz als ein Gesetz zum Besten der Arbeiter
 feiern konnte, daß er bereit ist, die esse Verhöhnung der Unfall-
 versicherungs-Bestimmungen durch den Vorstand der See-Vereins-
 genossenschaft mit dem Mantel christlicher Liebe zu bedecken.
 Die Rede des Grafen Posadowsky hat die 12 000 Mark-Affaire
 nicht beglichen, sondern zu neuer, noch größerer Bedeutung erhoben,
 als sie bisher schon besaß.
 Nach dem Grafen Posadowsky sprach Herr v. Kardorff, der
 sich vergeblich bemühte, die Kritik Weibels irgendwie abzuschwächen.
 Herr Richter hielt sodann eine sehr bemerkenswerte kritische
 Nachlese zum Etat und zu den Reden aus dem Hause. Seine durch
 reichliche witzige Bemerkungen gewürzte Rede konnte jedoch tieferen

Eindruck nicht erringen, nachdem die freisinnige Volkspartei sich durch
 die Bewilligung der Chinavorlage der ernsthaften Gegnerschaft gegen
 die heillose Entwicklung der Dinge im Reich begeben hat.

Eine Rede Liebermanns v. Sonnenberg, der selbst die sonst
 üblichen Späße schloß, schloß die heutige Debatte, die am Mittwoch
 fortgesetzt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

Graf Posadowsky.

Die heutige Rede des Grafen Posadowsky im Reichstag
 bedeutet eine wahre Reinkultur von Unrichtigkeiten und Ver-
 drehungen.

Im Namen „strenger Gerechtigkeit“ will Graf
 Posadowsky die Schamlosigkeit des berüchtigten Circulars
 der See-Vereinsgenossenschaft beschönigen. Herr Paetz gibt
 der Staatssekretär preis, denn er ist tot. Aber die
 Lebenden, die zur Verantwortung gezogen werden können,
 deren Unterschrift das Circular ziert, sie dürften sich — sagt
 Graf Posadowsky, dessen Verteidigungsfähigkeiten auch Herr
 Sello beneiden darf — wohl nur mit dem schlichten Teil des
 Circulars haben identifizieren wollen, nicht aber mit der Ver-
 höhnung des Unfallversicherungswesens und dem Motto: mundus
 vult decipi, die Welt will betrogen sein! Die strengste Gerechtig-
 keit ist diejenige, die auf dem Grunde der scandalösesten Mißthat
 die reinste Tugendhaftigkeit entdeckt. Dabei fühlt sich Graf
 Posadowsky von jeder Voreingenommenheit für das Unter-
 nehmen frei. Wie muß diese Unternehmerrhetorik das
 Wesen des Reichsamts des Innern erfüllen, wenn un-
 geheuerlichste Parteilichkeit als höchste Gerechtigkeit erscheint!

Weiter. Graf Posadowsky klagt über unsre Vorwürfe,
 daß in der Socialpolitik nicht genug gefehle, und fragt
 Genossen Weibel, ob er denn „gar keine praktischen Begriffe
 davon habe, was für eine Riesensarnt allein durch die Unfall-
 und Invaliditätsversicherungs-Gesetze geleistet ist?“ Will
 Graf Posadowsky noch ernst genommen werden, so ist seine
 Frage eine dreiste Herausforderung. Die Arbeitsleistung des
 Reichsamts des Innern in Sachen der Socialpolitik ist von
 uns nicht nur gewürdigt, sondern oft schwer beklagt worden.
 Denn diese Arbeitsleistung wurde nur allzusehr im Dienste
 des Unternehmertums verrichtet. Wie viel Zeit konnten
 die Beamten des Grafen Posadowsky ersparen,
 wenn sie sich des Zuchthausgefeses samt Denk-
 schrift und Nachdenkschrift erwehrt hätten. Wie viel
 Arbeitskraft wurde vergeudet, da Vorlagen neu aus-
 gearbeitet und neu im Reichstag vorgelegt werden mußten,
 sobald das Unternehmertum unzufrieden war. Im übrigen:
 Tragen wir Socialdemokraten Schuld, daß die Kommission
 für Arbeiterstatistik zur Schattenkommission herab-
 gedrückt und daß unsere Forderung eines Reichs-Arbeits-
 amts nicht durchgeführt wurde?

Graf Posadowsky hat redlich versucht, seine Unabhängig-
 keit vom Unternehmertum durch folgende Ausführung zu be-
 weisen:

„Es ist nun bei der Interpellation gesagt worden: da sehe
 man, wie das Reichsamt des Innern schon seit 1870 vom
 Centralverband abhängig sei. Betrachten Sie doch einmal
 gütigst die Thatfachen. Sie haben vor kurzem mit vollkommenem
 Unrecht behauptet, daß die Invaliden- und Unfallversicherungs-
 Gesetzgebung zurückgestellt sei wegen des Widerstands
 des Centralverbands. Nein, meine Herren! Ich will
 hier niemand zu nahe treten, es war aber ein Fehler,
 zwei so ungeheuer umfangreiche Gesetze in einer Session ein-
 zubringen. Der Reichstag war gar nicht im Stande, sie zusammen
 durchzubringen. Diesen Fehler sollte ich vermeiden, als ich
 in das Amt eintrat. Auch war es selbstverständlich, daß, als ich
 im Juli mein Amt übernahm, ich erst einige Zeit brauchte, um
 mich über diese beiden Gesetze zu informieren, ehe ich neue Gesetze
 vorlegte.“

Die Unrichtigkeit dieser Darstellung des Grafen
 Posadowsky wird schlagend bewiesen durch — den Grafen
 Posadowsky selbst. Als am 16. Dezember 1898 im
 Reichstage Weibel die Nichtvorlegung der Unfallversicherungs-
 Novelle kritisierte, erwiderte Graf Posadowsky wörtlich:

„Was das Unfallversicherungs-Gesetz im besonderen betrifft,
 so fragen Sie: Warum ist uns auch dieses ausgezeichnete Gesetz
 nicht wieder vorgelegt worden? Meine Herren, es mag darüber
 zu streiten sein, ob man die Unfallversicherungs-Gesetzgebung
 auf die Vereinsgenossenschaften basieren sollte, oder ihnen eine
 andre Grundlage geben. Aber gegenwärtig beruht sie auf der
 Verfassung der Vereinsgenossenschaften, und es ist höchst wichtig, daß,
 wenn dies Gesetz ordnungsmäßig fungieren soll, wir es
 so einrichten, daß auch die Leiter der Ver-
 einsgenossenschaften freudig an seiner Aus-
 arbeitung mitarbeiten. — Gegen die Ver-
 schärfung des hohen Hauses sind aber so ernste
 und weitgehende Einwendungen erhoben worden,
 daß wir uns unzweifelhaft in einen akuten Gegen-
 satz mit den Vorständen der Vereinsgenossenschaften gesetzt
 hätten, wenn wir das Gesetz so, wie es hier beschloffen ist, Ihnen
 von neuem vorgelegt hätten. Das sind die inneren
 Gründe, warum wir auch die Unfallversicherungs-Gesetze in
 dieser so in Anspruch genommenen und nach ihrem gesetzlichen
 Endpunkt nur kurzen Session nicht wieder vorgelegt haben.“

Die Vereinsgenossenschaften sind ebenso eine Ausstrahlung
 der Unternehmerrhetorik wie der Centralverband; es sind

vielfach dieselben Personen, die dort wie hier den Ton angeben. Graf Posadowsky gestand selbst, daß nicht übermäßige Arbeitsmenge, wie er jetzt einreden will, sondern der Widerstand des Unternehmers den inneren Grund der Nichtwiederholung der bereits in der Reichstags-Kommission fertig gestellten Unfallvorlage gebildet hat.

Es ist peinlich, daß nicht alle Leute bezüglich der Unternehmerrückständigkeit des Reichsalls des Innern so kurzen Gedächtnisses sind wie Graf Posadowsky selbst.

Kein Koalitionsrecht für Bergarbeiter.

Der Zwickauer Bergarbeiterstreik, der unter den wirtschaftlichen Kämpfen in diesem Frühjahr besonders durch die Drangsalierungen und Verfolgungen hervortrat, unter denen die Ausständigen zu leiden hatten, hat schon ziemlich deutlich gezeigt, wie es mit dem Koalitionsrecht der sächsischen Bergarbeiter steht. Es war empörend, zu sehen, wie Unternehmer und Behörden sich die Hände reichten zur Niederdrückung des Streiks, wie der Minister v. Reich mit den Kohlenbaronen konfizierte und darauf, ohne nur den Versuch zu machen, auch einen Arbeiter anzuhören, für die Streckenden Gerichten schiedte, wie mit Versammlungsverboten und Ausweisungsbefehlen operiert wurde und es auf diese Weise gelang, die Reihen der Ausständigen zu verwirren, so daß sie zu den alten Bedingungen zur Ironie zurückkehren mußten, so weit sie wieder aufgenommen wurden.

Die Kohlenbarone rächten sich schwer für die Aufhebung der geachteten Kohlenkassen wider ihre Herrschaft. Viele, viele, die jahrhundertlang die schwere Fron getragen, ihre Kraft und Gesundheit in der Grube gelassen und für einen Jammerlohn den kapitalistischen glänzenden Dividendenzinsen gefordert hatten, wurden erbarmungslos auf die Straße geworfen. Die Brutalität der Kohlenherren schrie zum Himmel; es war eine öffentliche Katastrophe in den Kohlengräberdörfern entstanden, da die Gemeinden nicht wußten, was sie mit den vielen Erwerbslosen anfangen sollten. In verschiedenen Gemeindeverwaltungen kam es zu lebhaften Erörterungen und es wurde sogar von Gemeindevorständen der Versuch gemacht, die Unternehmer zur Zurücknahme der Entlassungen zu bewegen. Vergebens! Der Slave muß fühlen, daß er sich seinem Herrn zu beugen hat. Die Unbarmherzigkeiten mögen verhungern!

Den Hinausgeworfenen wurden aber überdies ihre Beiträge zur Anappphastik vorenthalten. Das sind nicht nur Pfennige; bei den meisten handelte es sich um 500 bis 700 Mark, bei mehreren älteren Bergarbeitern sogar um über 1000 Mark. Also nicht nur arbeitslos gemacht, nicht nur der länglichen, durch jahrzehntelange schwere Steuer erworbenen Hoffnungen auf einen Notpfennig im Alter beraubt, nein, auch dieser Steuergrößen selber beraubt waren diese Kerkern.

Das Anappphastik-Gesetz besagt, daß Bergleute, die nach fünfjähriger Mitgliedschaft entlassen werden, ihre Beiträge zurück erhalten.

Das sächsische Vergesetz (§ 80 Abs. 2 Ziff. 5) schreibt aber vor, daß sofort ohne Kündigung entlassen werden kann, wer „ohne Urlaub oder triftige Entschuldigung länger als einen Tag von der Arbeit fortbleibt“.

Das Anappphastik-Gesetz und das Anappphastik-Statut schreiben aber ferner vor, daß die Beiträge nicht zurückgezahlt werden, wenn die Entlassung auf Grund von § 80, Abs. 2 Ziffer 5 des Vergesetzes erfolgt.

Die Bergarbeiter haben sehr wohl mit diesen Gesetzesparagrafen gerechnet und sich in den Versammlungen vor dem Streik eingehend damit beschäftigt. Sie kamen jedoch einmütig zu der Ueberzeugung, daß die Ausübung des ihnen reichsgesetzlich zustehenden Rechts ein wichtiger Entschuldigungsgrund im Sinne des § 80 des Vergesetzes sei. Um aber ganz sicher zu gehen, meldeten sie sich vor dem Streik noch ab und glaubten nun dem Vergesetz Genüge geleistet zu haben.

Die Arbeiter mochten das glauben. Kann man aber annehmen, daß Unternehmer, die herrschgewohnten Kohlenherren die Ausübung des reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts als triftigen Entschuldigungsgrund oder als Urlaubsgrund ansehen sollen? Sie thaten es natürlich nicht, erklärten die Entlassungen als begründet aus § 80 des Vergesetzes und verweigerten deshalb auch die Auszahlung der Kassenbeiträge, des Eigentums der Arbeiter. Eine Streikstrafe von 500, ja von 1000 und mehr Mark! Was ist dagegen das Kontraktbruch-Gesetz z. B. in Braunschweig!

Die Arbeiter setzten ihre Forderung auf die Gerichte. Sie klagten beim Berg-Schiedsgericht.

- Abgewiesen!
- Sie wandten sich ans Landgericht.
- Abgewiesen!
- Sie wandten sich ans Oberlandesgericht.
- Abgewiesen!

Das Berg-Schiedsgericht erklärte, daß den Arbeitern die Beiträge zu Recht vorenthalten worden sind, das Landgericht erklärte sich für unzuständig, das Oberlandesgericht fällt am Sonnabend seinen Spruch und bezeichnete ebenfalls das Landgericht als unzuständig. Es bleibt bei dem Spruch des Berg-Schiedsgerichts: Die Arbeiter sind mit ihren Forderungen auf Herausgabe der Kassenbeiträge abzuweisen.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß für diese Bergarbeiter das Recht zu streiken, so gut wie aufgehoben ist. Welcher Bergmann wird es noch wagen zu streiken, wenn es ihn seine Alterspension, die Witwen- und Waisenpension, und obendrein die Spargroschen eines ganzen Lebens kostet!

Wohl hat er das Recht, weiter zu steuern. Woher sollen aber gerade die ältesten Bergarbeiter das Geld dazu nehmen, die nirgends mehr ein Unterkommen finden, weil sie schon „bergfertig“ sind; ebenso wenig können die an Weitersteuern denken, die auf außer-sächsischen Gruben Arbeit erhalten, denn sie müssen dort ihre Beiträge entrichten und wieder von neuem anfangen, denn nur auf einzelnen Gruben werden die bereits in andren Bergwerksbetrieben geleisteten Beiträge angerechnet.

Dieses Urteil, das der sächsischen Rechtsprechung nicht zum Ruhme gereicht, lenkt übrigens die Aufmerksamkeit wieder sehr eifrig auf die Berg-Gesetzgebung. Es dürfte kein Gesetz existieren, das solche Urteile auch nur scheinbar gerechtfertigt erscheinen läßt. Ein Reichs-Vergesetz muß geschaffen werden, das mit den rücksichtlosen Bestimmungen der paritätischen Vergesetze ausräumt.

Das deutsche Koalitionsrecht ist noch immer ein höchst zweifelhaftes papierne Recht!

Deutsches Reich.

Die Affäre Waldersee-Chaffee erledigt. Aus Veling wird gemeldet, daß die Differenz, die zwischen dem Feldmarschall Grafen Waldersee und dem amerikanischen General Chaffee wegen der von den Deutschen und Franzosen dem Veling-Objektorium entnommenen Instrumente entstanden war, in befriedigender Weise beigelegt worden sei. Chaffee hatte, wie bekannt, in dieser Sache an den Oberkommandierenden ein Schreiben gerichtet, das dieser wegen des darin angelegenen Tons unbeantwortet zurückgeschickte. Der amerikanische General, der inzwischen

selbst eingesehen habe, daß dieser Brief in seiner Form nicht korrekt und seinem Verhältnisse zu dem Feldmarschall nicht angemessen gewesen sei, habe nicht geögert, dieser Erkenntnis in loyalster Weise Ausdruck zu geben.

Die Affäre erledigt damit den Zwischenfall für erledigt. Das ist er unserer Ansicht nach durchaus nicht. Denn wenn auch der amerikanische General die Form seines Protestes für unkorrekt erklärt hat, so hat er damit seinen Protest selbst noch keineswegs zurückgenommen. Und dieser Protest wird auch unbedingt von Veling als berechtigt anerkannt werden müssen. Wir stellen deshalb die Frage: Soll es wirklich geduldet werden, daß ein solches Eigentum von unsren Chinatruppen rechtswidrig als Beute heimgeschleppt wird?

Der preussische Landtag soll, wie mitgeteilt wird, am 15. Januar seine Sitzungen beghnen.

Auch ein Zeichen der Zeit. Soeben ist der erste Band der zweiten Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft erschienen. Wie sich die Görres-Gesellschaft die Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland zum Zweck gesetzt hat, so dient auch das in ihrem Auftrage herausgegebene Staatslexikon der Behandlung der sozialen, ökonomischen und politischen Erscheinungen vom katholischen Standpunkt aus. Die Neuauflage des Staatslexikons hatte nun, wie es in einem Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ heißt, mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß sie den Umfang der ersten Auflage nicht überschreiten sollte, andererseits aber zahlreiche neue Ergebnisse der Forschung zu verwerten und neue Stichworte aufzunehmen waren. Der dazu nötige Raum ist gewonnen worden durch „Aus-scheidung alles Ueberflüssigen“ und dadurch, daß die „allzu starke Verengung mancher Materien“, die in der ersten Auflage „unangenehm empfunden“ worden war, vermieden wurde. „Dagegen“ so heißt es in der „Kölnischen Volkszeitung“, „ist Sorge getragen für die Erweiterung des biographischen Teils, in dem neben hervorragenden Vertretern der staatswissenschaftlichen Theorie auch den hervorragenden Politikern der Gegenwart im katholischen Lager kurze Artikel gewidmet werden sollen“. Wegen der Änderung in der Verteilung und Veranschlagung des Stoffs läßt sich ja an sich bei einem legislativen Werk nichts sagen. Es ist aber merkwürdig, daß zu den Artikeln, die in der neuen Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft eine Änderung erfahren haben, auch der Artikel „Arbeiterfrage“ gehört! Er umfaßt in der ersten Auflage 168 Spalten, ist aber jetzt auf 120 Spalten gekürzt worden! Nun möchten wir ein Gebiet wissen, was in den letzten Jahren an Umfang und an Bedeutung mehr zugenommen hat, als die Arbeiterfrage. Freilich, das Centrum hat gegenwärtig als regierende Partei mehr Interesse für Weltflotten und Hurrapolitik, als für die Sozialpolitik, und die biographische Beleuchtung seiner „hervorragendsten Politiker der Gegenwart“, der Herren Lieber, Noeren, Dabach usw. ist ohne Zweifel von größerer Wichtigkeit als die Veranschlagung der Arbeiterinteressen. In der nächsten Ausgabe der Görres-Gesellschaft wird der Artikel „Arbeiterfrage“ wohl in einer Fußnote abgethan werden.

Heimkehr der ersten Chinatruppen. Die ersten 1000 Mann der Ostasien-Truppen sind Dienstag früh in Wilhelmshaven am Bord des Hochdampfers „Köln“ eingetroffen. An Bord befanden sich eine Anzahl Offiziere, 243 Unteroffiziere und 782 Mann, ihrer Wehrzahl nach den Stammbildungen der Matrosen- und Verbandsdivisionen angehörend, ferner etwa 80 Mann vom 8. Marine-Infanterie-Bataillon aus Tsingtau, unter ihnen acht Leute, die an der Verteidigung der Gesandtschaften in Peking teilgenommen haben und dabei Verwundete sind. Ferner befanden sich an Bord eine Anzahl Kranker sowie einige militärische Arrestanten. Von den Mannschaften des Transports sahen elf Unteroffiziere und 505 Mann ihrer Entlassung zur Reserve entgegen; zwei Unteroffiziere und 50 Mann scheiden als dauernd dienstuntauglich aus dem Militärdienst aus. Mit der „Köln“ sind etwa 50 Mann vom „Jitiss“ in der Heimat eingetroffen, die an der Eroberung der Tolu-Portis mitgewirkt haben.

Auf dem Exerzierplatz, wo ein offizieller Begrüßungsakt stattfand, wurden 15 Mann vom „Jitiss“ mit militärischen Ehrenzeichen dekoriert.

Wegen zwanzig Einzelfällen von Mißhandlungen gegen einen Untergebenen hatte sich am Dienstagvormittag der Unteroffizier Breits vom Garde Kürassier-Regiment vor dem Kriegsgericht des Garde-Corps zu verantworten. Der Angeklagte war bereits von dem Kriegsgericht der Garde Kavallerie-Division dieser Vergehen halber zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses jedoch hatte der zuständige Gerichtsherr, Generalleutnant v. Mohner, Verurteilung eingeleitet und damit motiviert, daß nicht, wie dies bei dem erstinstanzlichen Kriegsgericht angenommen, nur 15, sondern 20 Fälle von Mißhandlungen abzuurteilen seien. Außerdem sei eine der Mißhandlungen eine so schwere gewesen, daß sie nicht wie die übrigen mit Mittelarrest, sondern mit Gefängnis zu ahnden sei. In der gestrigen Verhandlung wurde dem Gerichtshof durch den Verhandlungsführer, Ober-Kriegsgerichtsrat Bever, der Thatbestand aufgerollt. Im Juli d. J. wurde der Kürassier-Heime von der 2. Eskadron des oben erwähnten Regiments plötzlich von Tobsucht befallen und mußte nach dem Garnisonlazarett II in Tempelhof übergeführt werden. Der Verdacht wurde reg, daß S. die Krankheit durch Mißhandlungen erlitten habe, umso mehr, als der Patient in der Konvaleszenz angab, daß er von dem Unteroffizier Breits, seinem Korporalschaftsführer, mit dem Deckengurt geschlagen worden sei. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß in der That der Unteroffizier Breits diesen seinen Untergebenen etwa fünfzehn bis zwanzigmal, teils mit der flachen Hand, teils mit der geballten Faust oder mit dem Deckengurt geprügelt habe. Breits wurde nun am 27. Oktober vor ein Kriegsgericht gestellt und in der oben erwähnten Form verurteilt.

In dem gestrigen Termin wurden die Gutachten der ärztlichen Sachverständigen verlesen. Sie lauteten alle darin übereinstimmend, daß Heime ein nicht geistig ganz normaler Mensch sei und daß die Krankheit desselben sich als ein heilbarer Erregungszustand des Gehirns herausgestellt habe, die durch Mißhandlungen nicht hervorgerufen worden sei. Zu dem Ausdruck des Leidens möge die Ungevoohnheit des Dienstes und der Wechsel der Lebensführung beigetragen haben. Eine Wiederherstellung der Gesundheit sei nur dann möglich, wenn S. in seine Heimat auf das Land entlassen werde. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis unter Abrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft zu verurteilen. Dem Unteroffizier läme bei diesem Strafmaß als Milderungsgrund zu gute, daß Heime ihn durch seine Unsauberkeit, welche dem Vorgesetzten sogar einmal eine Strafwache eingetragen, auf das äußerste gereizt habe. Aber der Schlag mit dem Sattelgurt, der doch immerhin den Ausdruck der Krankheit bei S. bezeugt haben könne, sei ein Akt von Rohheit, den ein Unteroffizier, noch dazu, nachdem wiederholte Mahnungen von allerhöchster Stelle bezüglich guter Behandlung der Untergebenen erlassen worden, nicht hätte begehen dürfen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Crome, bezog sich zu Gunsten seines Klienten auf § 267 Abs. 2 des Militär-Strafgesetzbuchs und plädierte auf mildernde Umstände. Bewiesen seien dem Unteroffizier nur drei Fälle von Mißhandlungen. Das übrige sei approximative Schätzung. Der Gerichtshof schloß sich im großen und ganzen den Ausführungen des erstinstanzlichen Kriegsgerichts an und beließ es bei dem Urteil von drei Monaten Gefängnis, wovon sechs Wochen der bisherigen Untersuchungshaft abzuzählen seien.

Von den Boeren spricht die „Kölnische Zeitung“ jetzt in demselben Tone wie von den Chinesen. Von einem Deutschen, der in Transvaal thätig ist und gegenwärtig in Deutschland weilt, wird

ihre versichert, daß die regierende Klasse Transvaals eine recht beschämliche war, und wer sich von Leuten, die lange unter den Boeren gelebt haben, näheres wahrheitsgetreue berichten läßt, wird bald einsehen, daß deren Frömmigkeit eine sehr äußerliche ist; daß von Seite bei den Boeren nur wenig die Rede sein kann, wie der Zustand ihrer Farmen, im Gegensatz zu denen von deutschen und englischen Farmen beweist, und daß sogar der angebliche Selbstmord nur bei sehr wenigen zu finden ist. . . . Wenn man alles dieses zusammenfaßt, kann man nur zu dem Urteil kommen, daß die Boeren eher ein Hindernis für die weitere Ausbreitung von Kultur und Zivilisation und für eine gesunde Weiterentwicklung der Verhältnisse in Südafrika sind.

Mit fast denselben Worten hat das Blatt auch den Einbruch der Europäer in China gerechtfertigt, auch die Chinesen sind ihm ein Kulturhindernis, wie überhaupt alles, was sich der Ausbreitung des Kapitals nicht willig fügen will: im Innern die Sozialdemokraten, nach außen die Völker, die sich zur Wehre setzen, wenn die Chamberlains und Bölow ihnen das Joch der kapitalistischen Ausbeutung auf den Nacken legen wollen. Die wahre Kultur ist nur bei der regierenden Klasse in Europa, besonders in Deutschland. Im Gegensatz zu der in Transvaal ist sie unbeschränkt, immerlich fromm, fleißig und heldenhaft. Wer sollte daran zweifeln angesichts der Affäre Posadowsky-Buch und der niedlichen Standalprozesse daheim und der Hunnenpolitik da draußen in Ostasien? —

Preßstimmen zur Bölow-Rede. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ schreibt:

In der gestrigen Reichstags-Sitzung ist der Reichskanzler Graf Bölow zunächst vom Abg. Dr. Sattler wegen der Stellungnahme der Regierung zum Besuch des Präsidenten Krüger um Auffklärung ersucht worden, und Graf Bölow hat sodann diese Anfrage in die präziseste Form gebracht: Warum ist dem Präsidenten eines befreundeten Staats nicht diejenige Achtung erwiesen worden, die ihm gebührt? Das ist in der That der Kernpunkt der Sache.

Graf Bölow hat darauf geantwortet; er hat, wie wir zugeben müssen, sich wieder einmal als ein geschickter Redner gezeigt, aber seine Geschicklichkeit doch nur dadurch an den Tag gelegt, daß er es fertig brachte, um den Punkt, auf den es eigentlich ankam, in weitem Bogen herumzugehen. . . .

Und haben wir Unrecht, wenn wir aus allem, was gesprochen ist, den Schluß ziehen, daß wir Südafrika preisgegeben haben, um dafür die Unterstützung Englands in China zu gewinnen? Heute wieder spricht sich ein englisches Blatt, die „Saturday Review“, dahin aus: „Deutschland bedürfe der freundschaftlichen Mitwirkung Großbritanniens im fernem Osten, und dagegen müsse Krügers Schicksal zurücktreten.“

Graf Bölow fragt, welchen Nutzen und der Empfang Krügers gebracht hätte. „Unre Stellung in der Welt hätten wir dadurch nicht verbessert.“ Nun, wir verweisen auf Frankreich! Die Vergleiche, die heute da draußen in der Welt zwischen Frankreichs Stellung und der unsren gezogen werden, lauten gerade nicht schmeichelhaft für uns. Zum mindesten hätte der Besuch Krügers in Berlin unsere Stellung in der Welt nicht verschlechtert, während die Abweisung Krügers sehr begreifliche Zweifel an unserer Neutralität und Unabhängigkeit wachgerufen hat, die auch die stärksten Worte des Grafen Bölow nicht zu zerstreuen vermögen.

Auch die „Kreuz-Zeitung“ schließt sich diesen letzten Ausführungen des agrarischen Organs völlig an.

Und die „Volks-Zeitung“ würdigt die Schiedsgerichts-farce im Haag treffend, indem sie ausführt:

Wegen den Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags gab Graf Bölow über die Affäre „England-Krüger“ die erwartete längere Erklärung ab. Nach den reichlichen offiziellen Andeutungen der letzten Zeit und nach der summarischen Erläuterung des Grafen Posadowsky wußte man vorher ganz genau, in welchem Sinne die Declaration der Unverletzlichkeit Englands gehalten sein würde. Die Rede hat denn auch nach dieser Richtung hin nicht einen einzigen neuen Gesichtspunkt eröffnet, nicht ein einziges neues Moment beigebracht, es sei denn die außerordentliche Feststellung der Thatfache, daß keine einzige Großmacht je daran gedacht hat, in den Kampf in Südafrika, nachdem er einmal ausgebrochen war, zu Gunsten der Transvaal-Republik einzugreifen.

Das unvereinigte Europa hat sich damit England gegenüber ein trauriges Erkenntnis ausgesprochen. Diejenigen einzelnen Nationen, die vielleicht etwas Ernstliches hätten thun wollen, können nicht dafür verantwortlich gemacht werden; der Tadel hat diejenigen Staaten zu treffen, die für eine einheitliche und gemeinsame Aktion nicht zu haben waren und damit vor der Weltgeschichte belächelt haben, daß an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts der schwächste Krieg vom Jaun gebrochen werden konnte, ohne daß dieses „Welt-Unrecht“ von der Gesamtheit der gestifteten Staaten verhindert werden konnte.

Das ist das Facit einer Kulturentwicklung, an der das Menschengeschlecht seit 6000 Jahren arbeitet! —

Wo blieben die Alldeutschen? Diese naheliegende Frage richtet die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ an die Herren Haffe und Lehr:

Seit längerer Zeit plante der „Alldeutsche Verband“ die Ueberreichung einer Adresse an den Präsidenten Krüger. Da der Staatspräsident nicht nach Berlin kommt, hat man beschlossen, von Düsseldorf aus, wo am 8. und 9. Dezember Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses war, die Huldigungsfahrt anzutreten.

Daß man diesen Beschluß unter Anwesenheit aller anwesenden Reichstagsmitglieder in Vorstand ausgeführt hat, nachdem inzwischen auf den heutigen Tag die Staatsberatung angefaßt war, erregt unsere lebhafteste Verwunderung. Man erwartete für heute doch die Rede des Grafen Bölow ist Sachen der Abweisung Präsident Krügers. Inzwischen hat der Abg. Sattler, der Fraktionsgenosse der Herren Haffe und Lehr, die Regierung indirekt verteidigt. Und erkläre es da als hoch notwendig, daß die Herren Abgeordneten, die doch an erster Stelle nicht Fraktionsmitglieder, sondern Vertreter des „Alldeutschen Verbands“ sind, in solchen Stunden und Tagen am Platze wären. Die Ueberreichung der Adresse ist natürlich sehr ehrenlich, aber die Erfüllung dieser Aufgabe läuft doch nicht fort. Daß die Vertreter des „Alldeutschen Verbands“ morgen im Reichstags anwesend sein mögen, ist die Hoffnung, mit der wir schließen.

Die Herren Haffe und Lehr waren auch am zweiten Tage der Etatsdebatte noch nicht im Parlament anwesend. Ob sie am dritten Tage zur Stelle sein werden? —

Eine Protestversammlung gegen den Boerenkrieg und die deutsche Krüger-Politik des Jahres 1900 fand am Sonnabend in München unter tiefer Beteiligung statt. Die Professoren Gruber, Quadbe, Günther, sowie mehrere Verwundete bekannter Voerensführer, u. a. ein Vertreter des Vikers und eine Konfine des gefallenen Transvaalobersten de Willers, geistelten in den schärfsten Ausdrücken den englischen Kambkrieg und die Haltung, die die deutsche Regierung Ohm Krüger gegenüber einzunehmen beliebt hat.

Folgende Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme: Die von 7000 Münchener Männern und Frauen besuchte Versammlung bringt den Voeren beider Republiken zu deren beispiellosem Heldentum und selbstverleugendem Kampfe ihre unbegrenzte Bewunderung und tiefinnigste Sympathie zum Ausdruck. (Wandernder Beifall.) Ingleich legt die Versammlung feierlich Verwahrung ein gegen eine Kriegsführung, welche gegen Frauen und Kinder der Voeren, deren bewegliche und unbewegliche Habe gerichtet — eine schreiende Verletzung aller Regeln zivilisierter Kriegsführung ist und das sittliche und menschliche Gefühl aller Nationen aufs tiefste empört.

Die Versammlung spricht die feste Erwartung aus, daß die europäischen Mächte auf baldige Beendigung des Kriegs und

die Erhaltung der völligen Unabhängigkeit der beiden südafrikanischen Republiken hinwirken.

Die Verammlung glebt der nationalen Beschämung über die dem Präsidenten Krüger zu teil gewordene Behandlung Ausdruck und erwartet, daß Reichstag und Reichsregierung den begangenen Fehler durch Empfang des Präsidenten Krüger in Berlin gut machen werden.

Krüger und der Dompfropf. Wir übernahmen vor einigen Tagen aus der „Deutschen Zeitung“ die Schilderung des Dompfropfs des Präsidenten Krüger, demzufolge die hohe Geistlichkeit völlig durch Abwesenheit geblüht haben sollte. Der anwesende Dompfropf sollte sich sogar beim Erscheinen Krügers schleunigst zurückgezogen haben. Die „Köln. Zig.“ behauptet demgegenüber, daß der Dompfropf nicht nur nicht verschwunden sei, sondern speciell zum Empfang Krügers anwesend gewesen sei und demselben denn auch die üblichen Hommours erwiesen habe.

Die Vertiefung des freien und gleichen Wahlrechts zeigt sich anlässlich der Volkszählung vom 1. Dezember in einer neuen Weise im Lande Baden. Dort blieb seiner Zeit vor dem Vandalismus der nationalliberalen Partei das allgemeine und direkte Gemeinde-Wahlrecht nur den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern erhalten, auf dessen Ausübung dieselben noch einen berechtigten Stolz haben. Daher kam es, wie uns glaubwürdig mitgeteilt wird, vor, daß in Gemeinden, die an die Erreichung jener Einwohnerzahl heranreichten, eine Anzahl Personen sich veranlassen ließen, die Wahl zum 1. Dezember bei Verwandten in einer benachbarten Stadt zu verdrängen. In einem speziellen Fall wurden so für 97 Einwohner festgestellt und das Klassenwahl-System abgewendet.

Im Kohlenwucher. Mit dem rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikat hat die preussische Staatseisenbahn-Verwaltung die Lieferung von rund 8 Millionen Tonnen abgeschlossen für das Jahr 1901/1902 zu Preisen, die von den für das laufende Jahr bewilligten nicht abweichen.

Die Herren vom grünen Tisch suchten bekanntlich die Klagen über den unerhörten Kohlenwucher damit zu beschwichtigen, daß sie infolge der zu erwartenden geringen Nachfrage ein Sinken der Kohlenpreise in Aussicht stellten. Nichtsdestoweniger läßt sich das Wucherer-Syndikat vom Staat noch auf Jahre hinaus Wucherpreise bezahlen!

Und Hessen. (Fig. Ver.) Die Zweite Kammer hat nach zehntägiger lebhafter Debatte die Verbesserungsvorlage für die Gemeindeforswarte erledigt. Der Gegenstand hat die Kammer seit 20 Jahren beschäftigt. Die Art der schließlichen Entscheidung ist charakteristisch für die Situation der Regierung und die Zustände innerhalb der nationalliberalen Regierungspartei. Die seitherigen Beschlüsse der Forswarte waren zum größten Teil geradezu skandalös niedrig, und die Regierungsvorlage bot nur gerade das, was man als Mindestmaß dessen bezeichnen muß, was zur Durchbringung einer Familie nötig ist. Trotzdem fand die Vorlage keine Mehrheit im Ausschuss, da gewissen Vertretern der Landgemeinden eben jeder Zwang zu verständiger Bezahlung der Kommunalbeamten verhaßt ist. Das veranlaßte den Abg. Gutschick, dessen Kompromißkunst in seiner Zeit auch im Reichstag Triumphe gefeiert hat, eine goldene Mitte“ ausfindig zu machen, die auch den Gegnern der Vorlage schmeicheln sollte, weil sie die vorgezeichneten Besoldungsbeträge um 50 Proz. kürzte und es den Kreisämtern zudem anheimstellte, auch noch weniger als das zu gewähren. Dieser Vettellkompromiß fand die Zustimmung der hochweisen Regierung, die zu Beginn der Plenarverhandlungen ihre vordem „reiflich erwogene“ Vorlage „mit schwerem Herzen“ zurückzog. Da die sozialdemokratische Fraktion daraufhin die Regierungsvorlage sofort wieder aufnahm, so ergab sich das interessanteste Schauspiel, daß die Sozialdemokratie gegen die Regierung für die Regierungsvorlage in die Schranken trat. Sie that dies durch die Abgeordneten David und Ulrich mit solchem Erfolg, daß die Reihen der Nationalliberalen ins Schwanken gerieten und ihr Führer, Abgeordneter Schmeel, einen der ursprünglichen Regierungsvorlage nahe kommenden Antrag einbrachte. Aber siehe da, bis zum nächsten Morgen hatten es sich diese waderen Volkstreue wieder anders überlegt, sie zogen ihren Antrag zurück und rutschten auf dem Gutschickschen Kompromiß hinunter. Die Folge war, daß die Sozialdemokraten nun auch noch den nationalliberalen Antrag als Eventualantrag wieder aufnahmen, und das verstohlene Kind der Herren gegen seine Mädelknecht verteidigten. Das Vlamable dieser Situation konnte durch alle Redendarten nicht modifiziert werden und die Herrschaften atmeten ersticklich auf, als die Abstimmung sie aus der Klemme befreite, in die ihre staatsmännliche Weisheit sie gebracht hatte. Nach Ablehnung der sozialdemokratischen Regierungsvorlage gegen 16 Stimmen fand der Ausschussantrag Annahme. Die Forswarte sehen sich dadurch wiederum in ihren berechtigten Erwartungen getäuscht. Der Sozialdemokratie werden diese Verhandlungen nicht zum Schaden gereichen.

Ausland.

Die Londoner Schulrats-Wahlen.

Aus London wird uns unterm 4. Dezember geschrieben: Die Neuwahlen für den Londoner Schulrat sind — am 29. November — unter absoluter Teilnahmslosigkeit der großen Masse der Bevölkerung verlaufen. Es wurden im ganzen 892 000 Stimmen gezählt, hinter denen aber, da jeder Wähler im Durchschnitt fünf Stimmen hatte, nur etwa 160 000 bis 170 000 Wähler standen. Das ist das ganze Kontingent derjenigen Wähler der Reichsstadt, die es bei dieser Wahl der Mühe für wert fanden, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Ein erheblicher Rückgang gegen die Wahlen von 1894 und 1897, wo je 1 395 989 und 1 008 514 Stimmen gezählt wurden.

Den größten Verlust erlitten die Progressisten, eine aus Radikalen, Sozialisten und sozialfreundlichen Konservativen zusammengesetzte Koalition, deren Stimmen von 605 190 im Jahre 1897, d. h. um über 160 000 zurückgingen. Die Gemäßigten, deren Wahlprogramm sich in das Wort „Sparspolitik“ zusammenfassen läßt, verlieren etwas über 100 000 Stimmen (358 000 Stimmen gegen 493 000 Stimmen im Jahre 1897), nahmen aber den Progressisten fünf Sitze ab, während diese ihnen nur einen Sitz abzugewinnen vermochten. Alles in allem wurden gewählt:

- 27 Progressisten,
- 2 römische Katholiken,
- 1 Vertreter der Arbeiterpartei,
- 25 Gemäßigte

Da die römisch-katholischen außer in Religionsfragen gewöhnlich mit den Progressisten stimmen, haben diese auch im neugewählten Schulrat eine Mehrheit, die aber als ziemlich präkar gelten muß. Außer dem als Vertreter der Arbeiterpartei bezeichneten Mitglied, Mrs. Bridges Adams, zählt der neue Schulrat noch vier sabianische Sozialisten in seiner Mitte, die auf der offiziellen Liste der Progressisten standen, während Frau Adams zwar von den Progressisten unterstützt wurde, aber außerhalb der Koalition blieb.

Ganz getrennt von den Progressisten und als deren Gegner kandidierten diesmal 4 Sozialisten gegen 5 im Jahre 1897. Sie erhielten zusammen 2984 Stimmen, ein Durchschnitt von 771 Stimmen, während 1897 der Durchschnitt nur 6028 Stimmen betrug. Gewählt ist keiner von ihnen, doch machte es der Kandidat der unabhängig kämpfenden Sozialisten von Chelsea, F. G. Jones, auf 10 718 Stimmen, nur 1290 Stimmen weniger als der letzte der dort gewählten Schulräte.

Die Gleichgültigkeit der Masse der Wähler erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß die Wahl in zu kurzer Frist auf die Parlamentswahlen und die Wahlen zu den Bezirksgemeinden folgte. Es ist denn auch in der Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es bei der offensichtlichen Abneigung der Wähler, an einer Vielzahl von Wahlen sich zu beteiligen, nicht zweckmäßiger sei, die Schulratswahlen nicht mehr in besonderer Wahl von der

Bevölkerung wählen, sondern, wie dies vielfach auf dem Festland der Fall, von den Municipalvertretungen — in London dem Grafschaftsrat — aus deren Mitte ernennen zu lassen. Zur Zeit herrscht ohnehin in der Schulverwaltung Englands ein erhebliches Durcheinander. Die höheren Schulen sind dem Einfluß der örtlich gewählten Schulräte fast ganz entzogen, die Sorge für die technischen Schulen mittleren Ranges liegt zum Teil bei den Grafschaftsräten und auch das neue Reglement über die Sekundarschulen weist den Grafschaftsräten oder Ausschüssen derselben ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Verwaltung u. d. d. Schulen zu. Andererseits streben aber die vorgezeichneten Schulräte dahin, das Programm der Elementarschulen immer mehr zu erweitern und die Fortbildungsinstitute, Sekundarschulen usw. organisch mit der Elementarschule zu verbinden, bezw. einheitlich mit ihr zu regeln. Das hat zu allerhand Reibungen zwischen ihnen und den andern Körperschaften geführt und vielfach unnötigen Aufwand von Arbeit und Geldmitteln verursacht. Gerade wo auf beiden Seiten lebhafter Reformeifer herrscht, ist wiederholt Stillstand die Folge dieser anarischen Verteilung der Gewalten gewesen. So oder so muß dem Durcheinander jedenfalls ein Ende gemacht werden.

Dänemark.

Die Revisionsvorläge der sozialdemokratischen Partei zu dem Altersversicherungsgesetz stehen gegenwärtig zur Beratung im Folketing. Die Partei verlangt darin die Aufstellung fester Rentinalagen und eine vorgezeichnete steigende Skala für die Unterhaltungen. Der 1899 eingereichte Antrag wurde einer Kommission überwiesen, deren Bericht der Minister an die ländlichen und städtischen Gemeinderäte zur Begutachtung sandte. Diese sprachen sich mehr oder minder günstig dafür aus, die ländlichen, in denen die Großbauern und Agrarier die Majorität haben, ablehnend. Die Erhöhung der Gemeindebeiträge, von denen hauptsächlich die Städte betroffen würden, würde 5—20 Millionen betragen. Unser Parteigenosse Knudsen wies an einer Reihe empörender Beispiele die gegenwärtigen unmöglichen Verhältnisse nach. Ein Vertreter der Rechten, der 1891 für das Gesetz gestimmt hatte, erklärte, das Prinzip desselben für unheilvoll. Minister Brønnum hoffte, daß bei einer Kommissionsberatung etwas Annehmbareres herauskommen werde, da das Gesetz der Verbesserung bedürfe. Der Antrag wurde dann einer Kommission überwiesen.

Frankreich.

Zu einer scharfen Scheidung zwischen Republikanern und Melnikisten ist es in Frankreich gekommen. Zu einer gemeinsamen Vorberatung des Gesetzesentwurfs über die Genossenschaften, Verbindungen und Vereine, der das Ordenswesen regeln soll, waren alle „republikanischen Parteigruppen“ eingeladen worden. Sämtliche Gruppen bis zur äußersten Linken waren der Einladung gefolgt. Aber nicht nur sie, sondern auch die „Progressiven“, die Melnikisten, hatten als „Republikaner“ an der Vorbesprechung teilnehmen wollen. Da sie nicht zugelassen wurden, insensieren sie um einen Ort an der Entscheidung. Durch die vorgenommene Scheidung befinden sich jetzt auf der einen Seite 320 Republikaner, während die reaktionären Gegner des Kabinetts einen Haufen von 200 Mitgliedern bilden.

England.

Chamberlains Geschäftspolitik vor dem Parlament. Während der Redebeiträge am Dienstag Lord George ein Amendement ein, in welchem erklärt wird, Minister dürften weder direkt noch indirekt anfirmen, die sich um Lieferungen für die Regierung bewerben, interessiert sein. Der Antragsteller sowie andre radikale Redner kritisierten ausführlich die behauptete Verbindung von Chamberlain und dessen Verwandten mit Gesellschaften, die Lieferungen für die Regierung erhielten, betonten aber, daß sie nicht den Vorwurf persönlicher Korruption erheben wollen. Chamberlain erhob sich voller Erregung und erklärte, es handle sich hier um seine persönliche Ehre. Eine Verschwörung zu verheimlichen insinuationen liege vor, die so betrieben werde, daß er nicht gerichtlich dagegen vorgehen könne. Seine Verwandten jedoch, die angegriffen worden seien, beabsichtigen geradezu vorzugehen. Während seiner ganzen politischen Laufbahn habe er weder jemals seinen Einfluß gebraucht, noch sei er darum angegangen worden, um auf unangenehme Weise fremden Gewinn zu erlangen für sich oder für seine Erben. (Vunter Beifall.) Wüsten Chamberlain erklärte, er habe als Civil-Vord der Admiralität nichts mit der Zuteilung von Lieferungen für die Regierung zu thun gehabt. Campbell Bannerman bewerte, er stimme im Prinzip dem Amendement George zu. Valfour sprach sich gegen dasselbe aus, da es einen Angriff gegen Chamberlain bedeute. Das Amendement wird hierauf mit 269 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Nunmehr gelangt die Adresse mit 205 gegen 23 Stimmen zur Annahme.

Der Wiedererwerb Chamberlain hat also, wie ja nicht anders zu erwarten war, den Sieg davongetragen, allerdings einen Sieg, auf den ein Politiker mit empfindlicher Moral nicht sehr stolz zu sein braucht. Ob seine eble Sippe eine ähnliche Genugthuung erhält, werden die angestregten Prozesse lehren.

Für das Amendement würden vermutlich bei weitem nicht einmal soviel Stimmen abgegeben worden sein, wenn darin nicht Chamberlains persönliche Ehrenhaftigkeit betont worden wäre. Das Gros der Opposition meint es gar nicht so böse mit dem Geschäftspolitikler, ihre Führer stehen sogar mit Chamberlain auf dem freundschaftlichsten Fuße. Die sehr derartige gesellschaftliche Beziehungen den Scheidungspolitiker Aktionen lähmen können, beweist der schwächliche Vorstoß gegen Chamberlain.

Afrika.

Übermals keine Nachrichten. Aus Kapstadt wird berichtet, daß keine neuen Einzelheiten über den Kampf zwischen den Truppen der Generale De Wet und Knog, welcher an der Grenze der Kapkolonie stattgefunden hat, eingetroffen sind, weil die telegraphischen Verbindungen vollständig unterbrochen sind. Wie verlautet, dauert der Kampf noch immer fort. Zur Jagd auf De Wet schreibt der „Daily Grapher“: „Wird De Wet abermals ankommen?“ Die Jagd ist aufgegeben als je. Als er den Kaledon-Fluß am letzten Mittwoch bei Karepoort-Drift überquerte, begab er sich in ein Dreieck, dessen Ost- der Orange-Fluß, dessen Ostseite die Gebirge an der Grenze des Natallands und dessen Westseite der Kaledon-Fluß bilden. Er scheint gedacht zu haben, daß General Knog ihm infolge der Geschwindigkeit, mit der der Kaledon-Fluß stieg, nicht folgen könne. Knog kam jedoch zeitig genug an der Furt an, um den Uebergang zu bewerkstelligen, und folgte De Wet nach Odenbaal am Orange-Fluß. De Wet hatte wohl die Garden bei Odenbaal zu waschen gefunden und begab sich, statt zu verziehen, bei jener Stelle in die Kapkolonie zu dringen, den Fluß entlang nach Osten bis zur Brücke bei Aliwal North. Hier abermals entzündet und Knog dicht auf den Heeren wissend, scheint er jede Idee, in die Kapkolonie einzufallen zu können, aufgegeben zu haben. Nach Norden durch Nouzville ziehend, hoffte er, aus der Rolle zu gelangen, wenn er bei der Mündung des Kaledon-Fluß überquerte. Aber die Brücke war von den Briten besetzt und De Wet war gezwungen, vor Knog in die Spitze des Dreiecks zu fliehen. Sein Entkommen scheint teilweise vom Zustand des Kaledon bei Weyner und teilweise von den Bewegungen der Briten jenseits dieses Flusses abzuhängen. Augenblicklich ist sein Ende thätlich sehr nahe, aber er ist so oft aus unseren Hallen entkommen, daß es voreilich wäre, sich zu seiner Gefangennahme zu gratulieren, ehe wir ihn wirklich in Händen haben.“

Das meinen wir auch. Boeren-Auswanderung. Aus Lourenço Marques wird gemeldet: Die Zahl der aus Transvaal und dem Oranjereststaat auswandernden Boeren der besseren Stände hat einen so großen Umfang angenommen, daß die Plätze der nach Europa fahrenden Dampfer schon lange vor dem Tage der Abfahrt belegt sind. Danach drängen also die Besiegten, patriotisch wie immer, ihre Haut in Sicherheit!

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags beschloß in ihrer heutigen Sitzung, die Wahlen der Abgeordneten Hild (Dortmund) und Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (Königsberg-Land) für gültig zu erklären. Gegen diese Wahlen waren seiner Zeit Proteste eingegangen und Erhebungen beschlossen worden. Letztere haben mittlerweile stattgefunden, aber nur eine teilweise Bestätigung der Protestangaben gebracht.

Die Wahl unfres Parteigenossen Ledebour im sechsten Berliner Wahlkreise wurde gestern von der V. Abteilung des Reichstags, welcher die Prüfung der Wahl überwiesen war, ebenfalls für gültig erklärt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevorwahlen. In folgenden sächsischen Gemeinden wurden sozialdemokratische Vertreter gewählt: In Niederbachau 2, in Vorna bei Chemnitz sämtliche Kandidaten mit allen Stimmen, in Bogtsberg bei Oelsnitz 2, in Schönefeld bei Leipzig 2, in Stötteritz 1 und ebenso je einer in Ranklitz, Gommern, Kleingraupa und Niederau.

In Eberswalde steht bei der Ergänzungswahl für einen ausgeschiedenen Stadtvorordneten unser Genosse Herrlich mit 219 Stimmen in Stichwahl 8 Gegner erhielt 246, 22 und 18 Stimmen.

Eine Parteiverammlung für Randow-Greifenhagen beschloß sich mit der dort bevorstehenden Landtags-Wahlwahl. Weiter voller Anerkennung der Pflicht, den Beschluß der Parteitags zu respektieren, kam man doch noch eingehender Diskussion zu dem Beschlusse, diesmal, da es sich nur um eine einzelne Ertragwahl handele, von der Beteiligung abzusagen.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung eines Pfarrers wurde in Gotha der Redacteur unfres dortigen Parteiblatts, Genosse Joes, zu 25 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Von den Segnungen der Zwangsammung scheint die Mehrzahl der Handwerksmeister doch nicht so sehr überzeugt zu sein, wie von den Innungsschwärmern immer behauptet worden ist. Die Drechsler-Innung, von der wir schon mehrfach zu berichten wußten, daß die Mitglieder vereinsmäßig sind, hatte vor einiger Zeit eine Generalversammlung anberaumt, um Statutenänderungen vorzunehmen. Es waren aber von den 700 Mitgliedern nur 60 erschienen, so daß am 9. Dezember eine neue Versammlung einberufen werden mußte, weil das Statut vorsieht, daß Statutenänderungen nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden dürfen. In der zweiten Versammlung waren 87 Mitglieder anwesend, die nun das Recht haben, Statutenänderungen zu beschließen.

Von einer weiteren Ausdehnung der Innung auf die Vororte wollte man nichts wissen; dagegen sollen diejenigen Meister, welche nicht auf eigene Rechnung, sondern für Tischlerien u. d. arbeiten, mit zur Innung herangezogen werden. Kritisch wurde die Sache bei Beratung des § 15, der dahin abgeändert werden sollte, daß die kleinen Meister entlastet und die größeren Unternehmer mehr als bisher zu den Kosten herangezogen werden sollten. Da erklärten denn die Großen einstimmig: Die Innung ist uns recht lieb und wert, aber — kosten darf sie uns nichts. Wenn wir zu solch „enormen Kosten“ herangezogen werden sollen, so treten wir lieber aus. Der § 15 wurde abgelehnt.

Bezüglich der Innungs-Krankenkasse ist das Interesse der Meister noch geringer. Nach dem Statut haben die Meister 48 Delegierte zur Generalversammlung zu wählen, bei der zweiten Versammlung nur 5 Meister erschienen. Und trotzdem hatte die Innung die seiner Zeit vom Gesellenausfluß beschlossene Auflösung der Krankenkasse nicht befristet.

An die Barbiers- und Friseurgeschillen Weihenstedt! Kollegen! Am 10. d. Mis. fand eine Versammlung der Geschillen statt, in der der Kollege Karl Müller, Königschaussee 88, als Vertrauensmann gewählt wurde. Derselbe nimmt Anträge an befristet Aufnahme, löst Beiträge ein usw. Am bei der im Frühjahr beginnenden Preis-erhöhungsbewegung der Selbständigen gewappnet zu sein, ist es notwendig, daß sich die Kollegen Mann für Mann der Organisation anschließen. Der Vertrauensmann, J. A. P. Lier.

Wie die Arbeiter-Vorstellungen von den Unternehmern beachtet werden, davon legt der Bericht der Sozialkommission für Arbeiterkassen in Spandau über eine von dieser in voriger Woche vorgenommene Bauteilkontrolle recht beredtes Zeugnis ab. Die Baubuden, soweit solche überhaupt vorhanden waren, befanden sich in einem höchst jammervollen Zustande, es fehlte meist der Fußboden, das Dach war durchlässig, in einer Baubude fehlte sogar ein Fenster, eine Baubude war zwar mit einem Ofen versehen, dieser war jedoch ohne Abzugrohr. Die Buden scheinen fast durchweg von den Unternehmern nur mehr der Form wegen aufgestellt worden zu sein, denn sie sind fast alle sehr wenig geräumig und werden einestills auch als Lagerräume benutzt. In einem kann beschreiblichen Zustand befanden sich die Aborte auf den meisten Bauten. In dem Neubau fehlte sogar das Treppengeländer. Der von der Kommission veröffentlichte Bericht bedeutet ein geradezu wuchtiges Anlagematerial gegen Polizei und Unternehmer. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten hatte die Spandauer Polizeibehörde vor einiger Zeit Erhebungen über die in Versammlungen und in der Presse laut gewordenen Klagen anzustellen gehabt; wie obige Thatsachen beweisen, ist jedoch alles beim alten geblieben.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Konium-Vereinsbäder und das Koalitionrecht. Aus der Bäderei des genannten Vereins, deren Leitung sich in bürgerlichen Händen befindet, sind dieser Tage drei Gesellen entlassen worden, die Mitglieder des Bädereverbands sind und schon jahrelang in der Vereinsbäderei beschäftigt waren. Sie waren beschuldigt, im Verbandsorgan Artikel gegen den Betrieb veröffentlicht zu haben, was sie aber in Abrede stellen. Vermittlungsversuche, die von Seiten des Arbeitersekretariats unternommen wurden, wies der Herr Direktor ab. Die organisierten Breslauer Arbeiter, die in ziemlich großer Anzahl Mitglieder des Koniumvereins sind, werden sich wohl mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die „aufgelöste“ 12 000 Mark-Affäre. Der polizeilichen Auflösung verfiel am letzten Sonntag eine öffentliche Holz-arbeiter-Versammlung zu Ralkhausen i. Elf., als ein Redner sagte, das Verhalten der Polizei, die einem Kollegen aus Straßburg das Sprechen in der Versammlung untersagte, illustrierte in seiner Art ebenso sehr die Stellung der Behörden in dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, wie die bekannte 12 000 Mark-Affäre.

In Halberstadt bereitet sich ein größerer Kampf vor zwischen den Handschuh-Fabrikanten und ihren Arbeitern. Die Fabrikanten haben einen Teil ihrer Geschillen ausgesperrt, weil diese sich weigern, die ankündigende Zahl Lehrlinge auszubilden. Die Geschillen haben beschloßen, sämtlich zu kündigen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Gotha hatten sich die Hitzig-Underschen hinter den Gewerbeverein verbündet und mit diesem zusammen eine Liste aufgestellt. Während aber die Hauptliste der Gewerkschaften 467 und die Reserveliste der Gewerkschaften 187 Stimmen erzielten, fielen auf die offizielle vom Gewerbeverein aufgestellte Liste ganze acht und zwanzig Stimmen. Nicht einmal der zehnte Teil der eigenen Mitglieder beider Organisationen haben für ihre Liste gestimmt. Deutlicher konnte die Gesamtarbeiterkassas Gothas ihre Mißbilligung der Harmonie-Dasei nicht ausdrücken.

Ausland.

Die dänischen Konfektionsarbeiterinnen organisierten sich. Der Verband der Näherinnen hat in der vorigen Woche in Kopenhagen fünf öffentliche Versammlungen einberufen, die sich mit den Verhältnissen der Arbeiterinnen dieses Fachs befaßten. Die in der Herrenkonfektion beschäftigten Arbeiterinnen sind gut organisiert und haben im vorigen Jahr einen Accorodat mit den Unternehmern gegenüber durchgesetzt, der ihnen eine Lohnerhöhung von über 25 Prozent gebracht hat. Der Verband der Herrenschneiderinnen hat über tausend Mitglieder, dagegen ist es mit der Organisation der Arbeiterinnen der Wäsche-, Woll-, Mantel- und Handschuh-Branchen noch sehr schlecht bestellt und dementsprechend sind die Lohnverhältnisse sehr traurige. Allgemein herrscht hier die Heimarbeit. Der Wochenverdienst beläuft sich auf 6 bis 8 Kronen (6,70 bis 9 M.) bei angestrengtester Tätigkeit. Die Versammlungen waren gut besucht und haben den Erfolg gehabt, daß sich ein großer Teil der Anwesenden der Organisation anschloß.

Versammlungen.

Die Formner und Berufsgenossen hielten am Sonntag im Kolberger Salon eine öffentliche Versammlung ab, in der Alwin Körstner über: „Die Arbeitslosigkeit und der Niedergang in Metallgewerbe unter Berücksichtigung des Auf- und Niederganges der Konjunktur unter spezieller Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie“ betonte Redner die Vorteile einer einheitlichen Organisation; er plädierte für den Zusammenschluß des Centralvereins der Formner mit dem Metallarbeiter-Verband und verwies darauf, daß gerade in der Krise eine gute, fest geschlossene Organisation notwendig ist und daß nur durch ein einheitliches Vorgehen aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zunächst wenigstens eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert werden kann. — Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der das Verhalten der Röhrenmänner und Genossen und insbesondere die gegenwärtigen Maßregelungen der Arbeiter durch das bekannte schwarze Kabinett in der Gartenstraße, einer lebhaften Kritik unterworfen wurden. Außerdem wurde angeführt, daß bei den Entlassungen außerordentlich rigoros vorgegangen wird. Auf eine Wiedereinstellung können ältere Arbeiter fast gar nicht mehr rechnen, weil meist die Bestimmung besteht, daß über 40 Jahre alte Arbeiter und solche, die vom Vertrauensarzt nicht für ganz gesund befunden werden, überhaupt keine Arbeit in diesen Betrieben erhalten. Alle Redner forderten zum Zusammenschluß in der Organisation auf und zur regen Agitation für die Verbreitung der Arbeiterpresse. — Als Delegierte zur Berliner Gewerkschaftskommission wurden sodann Kühne und Jernide gewählt. Als internationaler Vertrauensmann wurde der in Vorschlag gebrachte Kollege Janzoni. Zum Schluß der Versammlung gab Platb noch bekannt, daß von der Zwangsinnung der Tischler eine Generalabspernung zum Frühjahr geplant sei und daß es auch Aufgabe der Formner und Berufsgenossen sein muß, sich für alle Eventualitäten und zwar auch finanziell, zu rüsten.

Die Brauerel-Arbeiter hatten am Sonntag eine öffentliche Versammlung, in der Pauline Imle einen beifällig aufgenommenen Vortrag über paritätische Arbeitsnachweise hielt. Dem hierauf folgenden Bericht der Mitglieder im Kuratorium des Arbeitsnachweises der Ringbrauereien ist zu entnehmen, daß während der letzten zwei Jahre 5 Sitzungen stattgefunden haben. Es wurde dahin gewirkt, daß die nach einer Stelle geschickten Arbeiter dort nicht, wie es vorgekommen ist, 3 bis 4 Stunden warten müssen, sondern gleich abgefertigt werden. Ferner wurde gegen das Handeln mit den Hilfsarbeitern um die Lohnhöhe eingeschritten und muß nun bei jedem Besuch um Zuweisung von Arbeitern der zu zahlende Lohn angegeben werden. Am 13. Januar soll die Wahl zum Kuratorium stattfinden. Korrscher plädiert dafür, daß weil ein Teil der Brauer durch eine gleichzeitig stattfindende Klassenversammlung verhindert ist, von der Aufstellung der Kandidaten Abstand genommen werde. Die folgenden Redner wendeten sich gegen diesen Vorschlag. Darauf wurden nach längerer Debatte die folgenden Personen als Kandidaten aufgestellt: für die Brauer: Träger, Heyden, Schwedler und Preuß, und für die Hilfsarbeiter: Carl, Jordan, Fürstmann, Jendrinssi, Fuge und Schubert. Der 3. Punkt der Tagesordnung: „Das Verhalten der ringfreien Brauereien zum Arbeitsnachweis“ wurde wegen Zeitmangel von der Tagesordnung abgesetzt. In die Agitationskommission wurden Schüler, Reumann, Thomas, Schulz und Fuge gewählt.

Die Kollischer und Expeditionsarbeiter hielten am Sonntag, den 2. Dezember, im Englischen Garten eine Versammlung ab, in welcher Adolf Hoffmann einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über „Auf was wir stolz sind“. Eine Diskussion fand nicht statt. Rein referierte sodann über „Die Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik im Transportgewerbe“. Nach längerer Diskussion über dieses Referat wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung beschließt:

Zu Erwägung, daß die Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe tief traurige und besonders die Arbeitszeit der Angestellten eine übermäßig lange, in keiner Weise beschränkt ist.

In fernerer Erwägung, daß durch die lange Arbeitszeit eine vollständige Erschlaffung der Kräfte der Transportarbeiter eintritt, so daß, wie die Polizeibehörden bezeugen können, die Führer von Transportfahrzeugen aus Uebermüdung bei ihrer Tätigkeit einschlafen und dadurch sich nicht nur selbst, sondern auch den Straßenverkehr aufs höchste gefährden.

In weiterer Erwägung, daß die größere Mehrzahl der Unglücksfälle auf der Straße den geschilderten Thatsachen zuzuschreiben ist,

erachtet es die Versammlung im Interesse der Sicherheit aller Staatsbürger für unbedingt notwendig, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Transportarbeiter herbeigeführt wird.

Die Versammlung ersucht daher die Reichskommission für Arbeiterstatistik dringend, baldigst eingehende Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Branchen des Transportgewerbes vorzunehmen zu lassen und das gewonnene Material den gesetzgebenden Körperschaften zwecks Schaffung einer entsprechenden Novelle zur Gewerbe-Ordnung zu übermitteln.

Die Wehlfischer Berlins hielten Sonntag, den 9. ds. Mts., bei Schneider, Velfortstraße 15, eine öffentliche Versammlung ab, um zu der Antwort der Wehlfischer, Führerinnen und Waderinnungen Stellung zu nehmen. Der Referent Martini führte unter anderem aus, die Angelegenheit bezüglich des Abtraggeldes liege insofern für die Kaufher günstig, als die Wehlfischer in einem Schreiben erklärt hätten, daß sie die Vermittlung gern übernehmen und sich mit den Waderinnungen in Verbindung gesetzt hätten. Es ersuchte daher geboten, das Resultat dieser Verhandlungen abzuwarten. Gegen diesen letzteren Vorschlag wandten sich mehrere Redner und plädierten unter lebhaftem Beifall eines großen Teils der Versammlung für sofortigen Eintritt in den Streik. Diesen Auffassungen trat der Vorsitzende entschieden entgegen und warnte vor übereilten Schritten. Nach längerer erregter Diskussion wurde die Lohnkommission beauftragt, mit dem Vorstande der Wehlfischer weiter zu verhandeln und abzuwarten, was letzterer bei den Waderinnungen erreichen wird.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hielt am Dienstag, den 4. Dezember, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Rehm und Dörflinger durch Erheben von den Sigen. Hierauf hielt Rein einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Ein Rückblick auf die Fortschritte unserer Organisation in den letzten zehn Jahren“. Von der Wahl eines Kassierers

an Stelle des Kollegen Rein wurde Abstand genommen und der Kollege Steinicke vorläufig provisorisch mit diesem Amte betraut. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am Mittwoch, den 5. d. M. eine Versammlung bei Stechert, Andreaskstr. 21, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Gottlieb Teichert und Hermann Schulz von den Versammelten in der üblichen Weise geehrt. Dann hielt Herr Dr. Wehl einen lehrreichen Vortrag über Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats und wurde hierauf die von der Centralkommission der Krankenkassen Berlins vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Abdom wurde beschlossen: Der Schlußtermin der diesjährigen Sammlungen zum Streik- und Agitationsfonds wird auf den 8. Dezember 1900 festgesetzt. Alle Karten, welche bis dahin nach den Versammlungsbeschlüssen in Ordnung sind, müssen im Bureau Grenadierstr. 33 zur Abstempelung sowie zum Eintragen in die Bücher vorgelegt werden. Zur Erleichterung der Abstempelung verpflichten sich die Abgeordneten, die Karten bauteilweise im Bureau vorzulegen. Die Beitrags-sammler haben die Pflicht, am 10. Dezember 1900 Geld sowie Marken und Listen abzuliefern, und werden vom 10. Dezember ab für die Kollegen, welche noch mit den Zahlungen im Rückstande sind, nur im Bureau Marken verausgibt. Der Vorstand wird beauftragt, die Jahresrechnung aufzustellen, nachdem die Revisoren dieselbe geprüft, drucken zu lassen und dann der ordentlichen Generalversammlung vorzulegen. Darauf wurden noch eine Reihe von Vereinsangelegenheiten erledigt.

Die Etuisarbeiter waren am Montag zahlreich versammelt. Paul Janz hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die geschichtliche Entwicklung des Proletariats“. Trapp berichtete namens der bisherigen Lohnkommission über den Verlauf und die Kosten der Lohnbewegung der Etuisarbeiter. Während des 14-tägigen Ausstands wurden von dem Buchbinder-Verband geleisteten 2400 Mark und 2385 Mark als Unterstützung an die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen gezahlt. Weinschild erläuterte noch in einigen Ausführungen das Verhalten der Fabrikanten. Günstiger ist selten eine Lohnbewegung verlaufen, als die der bis dahin nicht organisierten Etuisarbeiter, deren geschlossenes einheitliches Vorgehen einen schnellen Sieg ermöglichte. Pflicht der Etuis-Arbeiter müsse es nunmehr sein, auch fernherhin treu zur Organisation zu halten. Mehrere andre Redner äußerten sich in gleicher Weise. Eine längere und rege Auseinandersetzung zeitigte die Angelegenheit Röhl, der nach Angaben einiger Kollegen Streikbrecherarbeiten verrichtet haben soll. Der von der Versammlung angenommene Vorschlag, die Regelung der Sache dem Vertrauensmann in Verbindung mit einer dreigliedrigen Kommission zu überweisen, wurde dadurch hinfällig, daß Röhl in überlauter Weise seinen Austritt aus dem Verband erklärte. Trapp und Weinschild eruchten zum Schluß die vom Buchbinder-Verband verausgabten Fragebogen genau auszufüllen und bis zum Sonnabend, den 15. Dezember, dem Bureau der Buchbinder, Engel-Platz 15, zuzustellen.

Verband der Graveure und Eisenreue. Am Dienstag, den 4. Dezember, hielt die hiesige Filiale des Verbands der Graveure und Eisenreue ihre Versammlung im Dresdener Garten ab. Rechts-anwalt Dr. Victor Frankl hielt einen Vortrag über „Die Geschichte des russischen Kihilismus“ und fand lebhaften Anerkennung. Sodann gab E. Trapp einen Bericht über den Arbeitsnachweis. Er behauptete sehr die Nachlässigkeit vieler Kollegen in betreff des Nachrichtengebens. Auch verurteilte er das Ansuchen vieler Kollegen bei den Weisern. Der Bericht Thurows über seine Tätigkeit als Gewerbegerichts-Beisitzer mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden. Am 12 1/2 Uhr schloß die von etwa 90 Kollegen besuchte Versammlung, nachdem noch unter Verschiedenem bekannt gegeben worden war, daß die Kollegen der Firma Pötscher sich noch immer im Streik befinden.

Die Vertrauensmänner der Musik-Instrumentenmacher (Holzwerker-Verband) hielten am 5. d. Mts. eine Versammlung ab, in der sie die Berichte der Obmänner entgegen nahmen. Es kam zur Sprache, daß in vielen Fabriken Ueberstunden gemacht werden, während noch genügend Arbeitskräfte zu haben sind. Es ergab daher an alle Vertrauensmänner die Aufforderung, es sofort der Kommission mitzuteilen, wenn an die Kollegen das Ansuchen gestellt wird, Ueberstunden zu machen.

Arbeiter-Sängerbund. Am 2. Dezember fand eine Ausschuss-sitzung des Bundes statt. Aufgenommen wurden die Vereine „Brüderbund“ und „Linde“. Von zwei Vereinen gestellte Unterstützungsgesuche wurden abgelehnt mit der Motivierung, daß es besser wäre, falls sich kleinere Vereine nicht halten könnten, sie sich auflösen. Dem Wunsch des Komponisten Weichheimer Rechnung tragend, soll zum Wiederabend am 18. März 1901 eine Aufführung unter dessen Leitung stattfinden, sofern dem Wunde keine besonderen Unkosten dadurch entstehen. Die mit der Abrechnung vom Sängerfest referierenden Vereine wurden dem Ausschuss bekannt gegeben und aufgefordert, umgehend abzurechnen. Betreffs des Fragebogens über die Organisationsfrage der Mitglieder der Bundesvereine ist der Beschluß gefaßt, daß die ausstehenden Vereine das Formular im Zeitraum von 3 Wochen eingesandt haben müssen. — Zur Sprache kam dann noch die Einfindung des Bundes durch einzelne Mitglieder im Wahlverein Südost.

Johannisthal. Hier tagte am Donnerstag, den 6. Dezember, eine öffentliche Parteiversammlung. Die zahlreich Erschienenen, darunter viele Frauen, folgten mit regem Interesse dem Vortrag der Genossin Reich über das Thema: „Hat die Frau die Pflicht, am proletarischen Klassenkampf teilzunehmen?“ Die auf den mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgende Wahl der Delegierten zur Streikbesetzung ergab als Gewählte: Mann, Claus und Weber. Eine Verlesung des Ortskommissars, wonach einigen Kindern, welche in Ermangelung jeder Turngelegenheit in hiesiger Schule am Turnunterricht in der freien Turnerschaft Johannisthal teilnehmen, dieses verboten wird, wird von Mann verlesen und gleichzeitig bemerkt, daß die in Frage kommenden Eltern ihre Kinder ruhig weiter zur freien Turnerschaft schicken sollen, da sich niemand außerhalb der Schule um die Kinder zu kümmern habe. Ein vor einiger Zeit an den Forrer Schlicht in Rudow gestellter Antrag, den Konfirmationsunterricht im hiesigen Dorfe abzuhalten, um den Kindern den fast eine Stunde langen Weg nach Rudow abzunehmen, hat der Herr einfach abgelehnt. Mann forderte daher die Eltern auf, ihre Kinder nicht zum Konfirmationsunterricht zu schicken. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

In Lichtenberg-Friedrichsberg fand am 5. Dezember im Lokal von Höflich eine Volksversammlung statt, in welcher Ledebor in einer zweistündigen Rede über 168 Millionen und 12000 Mark referierte. Reicher Beifall lobte dem Redner nach Beendigung seines Referats. Nachdem in der Diskussion Liffin die Ausführungen des Referenten ergänzte, gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die Versammelten ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Vortragenden bekundeten und namentlich auch sich verpflichteten, bei den kommenden Wahlen zur Gemeindevertretung dahin zu wirken, daß womöglich die ganze dritte Abteilung für uns erodert werde.

China.

Neue Reibungen?

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New York gemeldet: Das Durchzugsverbot des Generals Chaffee gegenüber plündernden Truppen durch die von Amerikanern besetzten Thore wird von Washington als instruktions-mäßig bezeichnet, da die Amerikaner nur bei Gesamtoperationen der Verbündeten unter Waldersee stehen.

Eine provisorische Regierung der Mächte.

Ein internationaler Ausschuss zur Verwaltung von Peking ist laut Mitteilung des deutschen Oberkommandos unter Vorsitz des Generals v. Gahl am Montag zusammengetreten.

Zu dieser Nachricht über die Einrichtung einer Verwaltungsbehörde in Peking berichtet die „Morningpost“ noch, Graf Waldersee bildete eine internationale Kommission unter deutschem Vorsitz zwecks Herstellung von Bestimmungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung, Einziehung der Steuern und Zölle, Einführung sanitärer Maßregeln, Verhaftung von Verurteilten, die eines Verbrechens beschuldigt sind, und Verstrafung von Uebelthätern, sowie für freie Verteilung von Reis in Peking unter Mitwirkung chinesischer Beamten. Jedes Kontingent werde ein Mitglied ernennen. Graf Waldersee bezweckt, Reibungen zu vermeiden und die Uebertragung der Verwaltung der Stadt an die Chinesen nach der Rückkehr des Hofes anzubahnen.

Einer andren Meldung zufolge weigern sich die Franzosen, die Konferenz zu beschiden und bestreiten Waldersees Recht zu dessen Berufung. Der amerikanische General Chaffee verweigerte brieflich seine Zustimmung zu dem Vorschlag, daß die Kommission unbeschränkte Kontrolle über das südtibetische Territorium haben und öffentliche Bauten beginnen solle.

Daß die Räummächte die Absicht hegen, die Provinz Peking völlig unter ihre Verwaltung zu stellen und wie in einem annektierten Gebiet Steuern zu erheben, muß allerdings höchlichst in Erwägung setzen. Mit welchem Rechte man sich das alles anmaßt, ist unerfindlich.

Ueber eine neue Vogerstreife

wird aus Peking vom Sonntag gemeldet: Kolonne Gändell (1. Bataillon 2. Infanterie-Regiments, das in Shanhaiwan verblieben war) hat am 7. Dezember auf dem Marsch nach Peking über Jungpinglu die Gegend von Paitienhsien (etwa 125 Kilometer gleich 5 Tagemärsche östlich von Peking) erreicht.

Russische Alarmnachrichten.

Die „Petersburgerstija Wjedomosti“ veröffentlichen einen ihnen aus Tientsin zugegangenen telegraphischen Bericht, welcher die Situation in China als äußerst bedrohlich schildert. Das schroffe Ansitzen Waldersees, sowie das Wachsen mehrerer Verbündeten, jede ernsthafte Friedensverhandlung mit Li-Hung-Tschang zu verhindern, machen unter den Chinesen, die gern Frieden schließen möchten, äußerst böses Blut. Es drohe ein allgemeiner Aufstand, und da die Verbündeten sich infolge des Aufstieges der Flüsse schwerlich bis zum Frühjahr ernähren könnten, so sei es leicht möglich, daß der Dezember oder Januar den Mächten im fernem Osten schreckliche Ueberrohungen bringen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die italienische Kammer über die Chinawirren.

Rom, 11. Dezember. (W. Z. B.) Sobio beantragt namens einer Gruppe von Deputierten der äußersten Linken, daß die italienischen Truppen aus China, wo die Zivilisation verlegt worden sei, zurückberufen werden sollen. Ministerpräsident Saracco bekämpft den Antrag als unangebracht. Abgesehen davon, daß die klimatischen Verhältnisse jetzt die Rückberufung schwierig machen würden (Heiterkeit), würde dieselbe umlung und nicht zu recht fertigen sein im jetzigen Augenblicke, wo über den Frieden unterhandelt werde und Italien das Recht zustehe, aus seiner Teilnahme an dem Vorgehen der Mächte in China die entsprechenden Vorteile zu ziehen. Der Redner hebt die musterhafte Führung der italienischen Truppen in China hervor und dankt dem Antragsträger dafür, daß er dieselbe anerkannt habe. Die italienische Regierung wünsche lebhaft, daß die Friedensunterhandlungen mit größtmöglicher Beschleunigung fortgeschritten und trage zur Erreichung dieses Zieles bei. Er werde die Truppen gerne zurückberufen, sobald die Interessen und die Würde Italiens es erlaube; inzwischen aber bitte er das Haus, den Antrag Sobio abzulehnen. Die Kammer verurteilt darauf den Antrag in namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 37 Stimmen.

Aus dem englischen Unterhand.

London, 11. Dezember. (W. Z. B.) Sir Howard Vincent fragt an, ob die Regierung Kenntnis habe von einer Bewegung in Deutschland zu Gunsten einer Erhöhung der Zölle auf Stahl und zwar in einer solchen Ausdehnung, daß die Zollhöhung den Handel von Sheffield stark beeinträchtigen würde. Der Präsident des Handelsamts Gerald Balfour erwidert, die Regierung habe von der erwähnten Bewegung Kenntnis erhalten. Die ganze Angelegenheit des Ablaufs der deutschen Handelsverträge sowie die wahrscheinliche Wirkung auf den britischen Handel werde sorgfältig verfolgt.

Kriegsminister Brodrick bringt die Nachtragsforderung für das Heer in der Höhe von 16 000 000 Pfund Sterling ein und sagt, die Erwartungen, welche man bei Aufstellung des letzten Budgets gehegt, seien nicht erfüllt worden. Man müsse sich bis 31. März auf eine Ausgabe gefaßt machen, welche wenig geringer sein werde, als diejenige des gegenwärtigen Finanzjahrs. Auf die Lage in Südafrika übergehend, sagte der Minister, durch den Guerillakrieg würden die Feindlichkeiten noch eine gewisse Zeitlang andauern können, allein ohne Hilfe von außen werde der Guerillakrieg schließlich keinen Erfolg haben. Brodrick weist ferner hin auf die Erfahrungen, welche andre Völker bei Zuerbefähigung von Guerillakriegern gemacht. Es sei deshalb nicht auffallend, daß England hierbei auf Schwierigkeiten stoße in einem Lande, das so groß sei als Spanien, Kuba und die Philippinen zusammen. Die Regierung könne gegenwärtig auf die Dienste der in Südafrika stehenden Freiwilligen nicht verzichten. Der Kampf müsse mit aller Kraft fortgesetzt werden. Diese Politik werde das Land schneller friedlichen Verhältnissen zuführen. Die Regierung habe gehofft, beim Wiedereintritt des Hauses in Bezug auf die Rückkehr der Truppen befriedigendere Eröffnungen machen zu können. Harcourt tadelt die Regierung wegen ihres Mangels an Voraussicht.

Repräsentantenkammer in Belgien.

Brüssel, 11. Dezember. (W. Z. B.) Auf eine Interpellation von Seiten der Sozialisten betreffend die ausgegebene belgische Expedition in China erklärt der Minister des Innern de Trooz, die Chinesen hätten, nachdem sie die Europäer zum Bau von Eisenbahnen ins Land gerufen, die Verträge gebrochen und belgische Staatsangehörige angegriffen. Wegen der Frage, woher die Initiative zu der Expedition rühre, möge sich der Interpellant an die Bürgermeister wenden, die den Plan angeregt hätten. Dieser sei jedoch der Ernüchterung würdig gewesen und die Regierung habe ihn von Anfang an innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen ermächtigt und ihre Befugnisse nicht überschritten. Man dürfe, da doch Landleute angegriffen worden seien, der Regierung keinen Vorwurf machen, daß sie dieselben habe verteidigen wollen. Darauf wird die Debatte über diesen Gegenstand geschlossen.

Krätgers erfolglosen Bemühungen.

Haag, 11. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einer Unterredung, welche Präsident Krätger und Dr. Veyds heute mit dem Ministerpräsidenten Verdonk und dem Minister des Innern de Beaufort hatten, betonte Krätger nochmals, daß der Zweck seiner Reise sei, einen Schiedsspruch zu erlangen. Die niederländischen Minister hoben in ihrer Erwiderung hervor, daß die niederländische Regierung hierbei eine passive Rolle spielen müsse und daß die Initiative den Großmächten zutomme. Wenn diese ihren Entschluß gefaßt haben würden, könne die niederländische Regierung sehen, was sie thun werde.

Eine für heute abend zu Ehren Krätgers in Aussicht genommene Serenade der hiesigen Schüler wurde verboten, weil die Polizei Störungen der Ruhe befürchtet.

Reichstag.

17. Sitzung am Dienstag, den 11. Dezember 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, v. Tirpitz, v. Goltz; später der Reichskanzler Graf v. Helldorf.

Die erste Lesung des Etats für 1901 wird fortgesetzt.

Abg. Webel (Soz.):

Der Herr Reichs-Schatzsekretär hat gestern Verwahrung dagegen eingelegt, daß er seine Rede, die er in der Budgetkommission über die gesamte Finanzlage des Reichs gehalten hat, als Schwarzmalerei bezeichne. Ich will nicht sagen, daß der Herr Staatssekretär mit Absicht schwarz in schwarz gemalt habe. Die Schilderungen aber, die er gab, waren ein Gemälde schwarz in schwarz, und selbst die so vorzüglich gehaltene Erklärung, die er gestern über die Finanzlage abgab, hat bei den Rednern zweier großer Parteien, den Abg. Müller (Zulda) und Dr. Sattler den Eindruck erweckt, daß seine Darstellung, obgleich grau in grau gemalt, noch zu rosig sei. Herr v. Tziellmann hat darauf hingewiesen, im Sommer dieses Jahres sei eine rückläufige Bewegung der wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten. Nun, es giebt ziemlich viel Leute, welche behaupten, daß das chinesische Abenteuer den ersten und Hauptanstoß zu jener rückläufigen Bewegung gegeben habe, und weil man vielfach dieses Glaubens ist, daher erklärt sich auch der Gorn und die Erregung, die bei einem Teil der reichsfinanziell-schwachen Großindustriellen über das chinesische Abenteuer besteht. Daß die jahrelange Prosperitätsperiode bald ihren Höhepunkt erreichen mußte, darauf ist in diesem Hause schon mehrfach hingewiesen. Wenn Herr v. Tziellmann sich damit tröstet, daß dieser Umschwung nicht wie vor 25 Jahren durch einen großen Krach eingeleitet worden ist, dann ist das ein sehr geringer Trost. Man sieht, daß die großartigen Unternehmerverbände der Schindlats und Ringe einen gewissen moderierenden Einfluß ausgeübt haben; jedenfalls ist der Umfang und noch viel weniger die Dauer der jetzigen Krise nicht abzusehen, und die Erfahrung hat stets gezeigt, daß je größerartig ein Aufschwung gewesen ist, die nachfolgende Depression um so heftiger und langandauernder zu sein pflegt. Das ist durch die einfache Tatsache zu erklären, daß während des Aufschwungs die bestehenden industriellen Unternehmungen durch neue Maschinen, neue Werkzeuge usw. ihren Betrieb vergrößern und daß eine große Zahl neuer Konkurrenzbetriebe entsteht. Nebenfalls können wir sagen, wir sind vom Jahre 1900 ab in eine Krise eingetreten, die von der verhängnisvollsten Wirkung auf die Reichsfinanzlage sein wird. Schon jetzt wird behauptet, daß die Einnahmen in Bezug auf Zölle, auf Steuern, die Einnahmen auf Zucker zu hoch bemessen sind, und daß es wahrscheinlich ist, daß wir mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen haben. Dabei sind die Ausgaben nicht nur von Jahr zu Jahr gestiegen, sondern auf Grund der Beschlässe, die die Majorität des Hauses gefaßt hat, werden sie mit Notwendigkeit weiter steigen. Dabei macht es den Eindruck der reinen Ironie, wenn die beiden Redner zweier großer Parteien, durch deren Zustimmung alle diese Ausgaben ermöglicht sind, sich jetzt auf einmal hinsetzen und klagen über die traurige Finanzlage und unisono erklären, wir müssen sparsam wirtschaften. Ach, meine Herren, die Erkenntnis kommt zu spät. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben seit langem auf die Folgen hingewiesen, aber wir haben taube Ohren geerdigt. Jetzt, wo die Folgen eingetreten sind, thun Sie scheinbar ganz entsetzt, daß die Dinge so gekommen sind, wie sie liegen. Herr v. Tziellmann wies darauf hin, daß wir in die schwierige Lage gekommen sind infolge der langjährigen großen Ausgaben der Reichs-Hauptlaste für die Unfall- und Altersversicherung, die sich auf fast 100 Millionen belaufen und noch steigen werden. Auch daran sind wir nicht schuld. Wir haben bei der Unfallversicherungs-Vorlage in der letzten Session gefordert, daß diese Vorläufe des Reichs an die großen Unternehmer-Verbände aufhöre. Aber die Majorität des Reichstags und die Regierung haben nicht auf uns gehört.

Die Ausgaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung belaufen sich im Laufe dieses Etatsjahres 1901 auf rund 84 Millionen, auf über 4 Millionen mehr als im vorigen Jahre. Aber die Dinge so darzustellen, als ob die Invaliditäts- und Altersversicherung quasi die Ursache der traurigen Finanzlage des Reichs sei, dagegen müssen wir uns ganz energisch verwahren. Auch wenn das Reich die ganzen 84 Millionen für das Etatsjahr 1901 vollständig gestrichen hätte, auch dann wäre die Finanzlage des Reichs noch sehr traurig. Auf der anderen Seite ist aber gerade die Versicherung beständig das Paradiesferd, das man uns vorhält, mit dem man im In- und Auslande Parade macht, und hier von hören wir mit einem Male, wie trübe und böse diese Einrichtung auf die Finanzlage des Reichs einwirkt. Es war ein sehr bezeichnendes Wort, das der Abgeordnete W. a. a. bei Gelegenheit der Beratung des dritten Nachtragsbets für die China-Expedition in der Budgetkommission aussprach, er habe die Finanzlage des Reichs zwar als trostlos angesehen, aber für so trostlos, wie sie nach den Angaben des Reichs-Schatzsekretärs sei, habe er sie doch nicht gehalten. Wenn ein Vertreter der nationalliberalen Partei, die doch bisher allen Ausgaben zugestimmt hat, ein solches Urteil in der Budgetkommission fällt, dann muß es in der That weit gekommen sein. Es hat auch wenig Eindruck auf uns gemacht, als die Herren von der Rechten und von der nationalliberalen Partei hier erklärten, man müsse zu der alten Sparfamelei zurückkehren. Wir, oder vielmehr Sie — denn wir Sozialdemokraten sind ja daran nicht beteiligt — sind in den letzten Jahren in eine solche Bewilligungstrost hineingeraten, daß ich sagen kann, hier giebt es kein Zurück mehr, um so mehr, als Sie sich bei den Hauptetats in einer Weise festgelegt haben, daß Sie nicht mehr frei verfügen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher war es mir außerordentlich interessant, daß der Abg. Müller-Zulda, der im Namen seiner Partei die Finanzlage des Reichs zu kritisieren hatte, von all den zahlreichen Etats, die der Reichsetat enthält, nur den Postetat herauszugreifen wußte und verlangte, daß da gespart werden sollte. Es ist ja zuzugeden, daß die Mehrausgaben des Postetats, namentlich die einmaligen, vergleichsweise groß sind. Aber von allen Etats, die der Reichsetat präsentiert, ist der Postetat mit derjenige, der am meisten die kulturellen Interessen fördert, und für derartige Interessen sind wir Sozialdemokraten immer eingetreten. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Summen bewilligt haben, die zum Bau von Postgebäuden gefordert sind. Ja, zu derartigen Ausgaben sind wir stets bereit, umso mehr, als diese Ausgaben aus den Einnahmen des Post-Etats selbst gedeckt werden. Wir erkennen, daß solche Bauten ein Verzehrfördernd sind und daher kulturfördernd sind und wir wollen viel lieber schöne Posthäuser als Kasernen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist dem Reichs-Schatzsekretär der Vorwurf gemacht worden, daß die Vorlage des Gesetzes betr. die Schammweinsteuer noch nicht gemacht ist. Nun meine Herren, die Vorlage wird kommen, vielleicht schon im Laufe dieser Session und wenn es gut geht, dann wird sie eine Mehreinnahme von 8 Millionen Mark ergeben, die jedenfalls für das große Reichs-Etat, das gefüllt werden soll, wenig bedeuten (Weiterkeit). Das ist auch der Fall bei der Stempelsteuer, die eine Mehreinnahme von 47 Millionen ergibt. Trotzdem konnte das Defizit der Reichsfinanzen nicht gedeckt werden, sondern es mußte eine neue Anleihe von über 16 Millionen begeben werden.

Der Abg. Müller-Zulda hat sich veranlaßt gesehen, in der Budgetkommission den Einzelstaaten quasi einen Vorwurf zu machen wegen der schlechten Finanzlage des Reichs. Es könnte geschehen, daß sie sich eine Erhöhung der Matrixbeiträge gefallen

lassen müßten. Herr Müller-Zulda hat dem Bundesrat vorgeworfen, er habe seine Aufgabe schlecht erfüllt. Ich habe hier schon wiederholt erklärt, daß ich es als einen großen Fortschritt betrachten würde, wenn der Bundesrat gar nicht existierte, das heißt, wenn wir statt der Vielheit der Staaten ein einheitliches großes Reich hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber das ist im Augenblick nicht zu schaffen. Auf der anderen Seite hat aber nach oben hin der Bundesrat seine Aufgabe gut erfüllt. Man kann dem Bundesrat nicht die Schuld an den großen Ausgaben beimessen. Wir sind hier die Volksvertretung und in erster Linie dazu berufen den Daumen auf denbeutel zu halten, wenn es sich um unnötige Ausgaben handelt. Der Bundesrat kann nur etwas bewilligen, was wir selbst bewilligt haben. Wenn also der Abg. Müller-Zulda dem Bundesrat vorwirft, er habe unnötigen Ausgaben zugestimmt, so hat er mit anderen Worten hier erklärt, der Reichstag selbst habe unnötige Ausgaben bewilligt. Und da Sie, Herr Abg. Müller-Zulda, den Ausgaben selbst zugestimmt haben, sind Sie der erste Mitäter. (Weiterkeit.)

Alle drei Redner des gestrigen Tags haben erklärt, mit der Weltpolitik seien sie zufrieden, die Herr- und Marine-Ausgaben haben sie gar nicht angeknüpft, also obgleich sie alle erklärten, man müsse sparsam sein, so haben sie sich doch mit all den Ausgaben, an denen allein eine Sparfamelei überhaupt möglich wäre, einverstanden erklärt. Sehen wir uns doch einmal den Etat näher an. Ich habe mir eine Aufstellung gemacht, die ein Bild giebt von unseren Ausgaben für Militär, Marine, Pensionsfonds und Reichsschuld, soweit die Zinsen dafür bezahlt werden müssen. Diese Aufstellung charakterisiert in drastischer Weise die Wirtschaft, in die wir im Laufe der letzten Jahre hineingekommen sind. Das Reichs-Etat erfordert ca. 680 Millionen, die Marine ca. 211 Millionen, der Pensionsfonds, soweit er sich auf den Militär- und Marine-Etat bezieht 69 Millionen, die Reichsschuldzinsen, soweit sie für Militär- und Marine-Schulden gezahlt werden müssen, 72 Millionen Mark. Wir haben also für diese vier Etats im Laufe des nächsten Jahres die kolossale Summe von circa 1032 Millionen Mark zu zahlen; sind also über das erste Tausend Millionen hinaus, während ich vor einem Jahre noch hier sagte: wenn wir so weiter wirtschaften, dann werden wir im Jahre 1903 über das erste Tausend Millionen hinauskommen. Vor zehn Jahren, im Jahre 1890, als das Centrum noch zur Opposition gehörte, hatten wir eine Ausgabe von circa 502 Millionen Mark, die Ausgaben haben sich also um circa 530 Millionen Mark, das heißt um 106 Proc. vermehrt. Steht mit dieser Vermehrung der Ausgaben irgendwo die Steigerung des Nationalwohlstands im richtigen Verhältnis? Die Ausgaben für Kolonien haben sich noch gesteigert, dadurch, daß im dritten Nachtragsbet eine Reihe von Ausgaben für Tinkau als Kriegskosten verlangt sind, die in ihrer weiteren Wirkung eine bedeutende Steigerung der Mehrausgaben für Kiautschou zur Folge haben werden. Dort werden 4 Millionen für notwendige Reorganisationen verlangt zur Unterstüzung von Soldaten. Es werden also mit Hilfe dieses Nachtragsbets bereits die Vorkehrungen getroffen, um die sogenannte Kolonialarmee unterbringen zu können. Diesen Konsequenzen dürfen Sie sich nicht verschließen, wenn Sie nicht gewissenlos als Vorkämpfer handeln wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Privatmann in dieser Weise wirtschaftet, würde man ihn einen licherlichen Kerl nennen, einen Verschwender, der mit dem Gelde nicht umzugehen versteht. Und wer ist derjenige, dem wir das alles zu verbaulen haben? Das Centrum! (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Centrum ist als leitende und treibende Kraft an Stelle der Nationalliberalen getreten. Die Wirtschaft der Nationalliberalen war ja schon arg, aber die Wirtschaft, die das Centrum jetzt treibt, ist noch viel äger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Beziehung habe ich vor den Nationalliberalen geradezu Respekt (Weiterkeit!), denn sie haben doch wenigstens das Budgetrecht zu wahren gewußt; unter Führung des Centrums ist dieses jetzt Stück für Stück verloren, und wir treiben einer wahren Budgetanarchie mit aller Macht entgegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Lieber hat in der Kommission erklärt, meine Behauptungen hier im Reichstag über seine Worte auf dem Reichstags-Etat seien nicht richtig gewesen. Ich konstatiere demgegenüber, daß ich in meiner zweiten Rede zum dritten Nachtragsbet seine Rede auf dem Bonner Katholikentage auf Grund des Berichts der „Frankfurter Zeitung“ diskutiert habe. Da heißt es, das Centrum habe es verstanden, eine wenn auch nicht maßgebende, so doch ausschlaggebende Position der deutschen Reichs-Gesetzgebung zu schaffen. Den Luxus einer selbständigen Politik habe es freilich drangeden müssen. Das ist doch sehr klar und deutlich; es ist auch gar nichts Neues, sondern nur das Bekenntnis einer schönen Seele! (Weiterkeit.) Denn was Herr Lieber hier gesagt hat, weiß jeder, der die Verhandlungen dieses Hauses verfolgt hat. Wie sind wir denn in die Situation hineingekommen? Keine Finanzvorlage in diesem Hause kann je angenommen werden, ohne daß das Centrum sich dafür entscheidet. Ohne das Centrum ist gegenüber der Regierung nichts zu machen! All die großen Ausgaben, die jetzt namentlich in den letzten 8 bis 4 Jahren durch den geradezu unerhörten Unfall des Centrums in der Flottenvorlage und in der Militärvorlage geschaffen worden sind, sie hat das Centrum in erster Linie auf dem Gewissen, das bleibt an seinen Hochschöhen hängen! Und ich wiederhole: Sie (zum Centrum) sind heute nichts weiter, wie Schleppträger der Regierungspolitik! Die ausschlaggebende Rolle, die Sie jetzt haben, treiben Sie ja noch weiter. Wir werden es ja beim nächsten Nachtragsbet mit einer Resolution des Centrums zu thun bekommen, worin verlangt wird, daß in dem Vertrag mit China die Freiheit der christlichen Religion anerkannt werde. Wir wollen den Japanern zumuten, für die Freiheit des christlichen Bekenntnisses einzutreten, den Russen dasselbe zumuten, die bisher keine Missionare nach China geschickt haben. Wir sollen auf Drängen des Centrums eine Politik weiter treiben, die bis jetzt die Hauptschuld an dem Birren hat, während heute doch schon kein Zweifel darüber besteht, daß dieses erste große weltpolitische Abenteuer mit einem allgemeinen Scheitern geendet hat. Schritt für Schritt ist unsre Politik zurückgewichen, sogar die Decision irrevocabile ist aufgehoben. Wir hören in den Zeitungen, wie die Mächte sich nicht einigen können, wie von all den großen Worten, die wir im Sommer geendet haben, im Grunde genommen nichts mehr übrig bleibt, kurz, daß wir in China einem deutschen Transvaal entgegengehen; und damit komme ich mit ein paar Worten auf das wirkliche Transvaal. Meine Freunde und ich sind gestern in der ausnahmweisen Lage gewesen, daß wir fast Wort für Wort all dem zu stimmen konnten, was der Herr Reichskanzler in Bezug auf die Haltung der auswärtigen Politik gegenüber Transvaal und England ausgesprochen hat. Ich sage fast Wort für Wort, auf die Abweichungen komme ich noch zu sprechen. Ich erinnere daran, daß am 8. Januar 1896 Kaiser Wilhelm II. an den Präsidenten Paul Krüger das folgende Telegramm sandte: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne die Hilfe einer besondern Macht zu appellieren, gelungen ist, gegenüber bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in ihr Land eingedrungen sind, mit eigener Kraft sich zu wehren.“ Dieses Telegramm wurde in der Sitzung vom 13. Februar hier im Reichstag besprochen, und da erklärte ich im Namen meiner Partei mich entschieden gegen den provokatorischen Ton dieses Telegramms. Wir waren damals der Meinung, daß, wie sehr auch der Jameson-Einfall zu verurteilen sei und wie sehr die deutschen Interessen in Transvaal interessiert seien, die Situation in Europa nicht detart beschaffen sei, daß durch Randgebungen der allerhöchsten Person, wie in diesem Telegramm, die deutsche Politik in

einer Weise engagiert werde, die von den verhängnisvollsten Folgen für die Zukunft sein müßte. Damals wurde von allen Seiten mit Ausnahme der Freisinnigen gegen meine Ausführungen Stellung genommen. Als ich jenen Protest erhob, herrschte auf allen Seiten lebhafteste Unruhe und heute nach vier Jahren haben wir die Genehmigung, zu hören aus dem Munde des höchsten Reichsbeamten, daß unsre auswärtige Politik diejenigen Bahnen eingeschlagen hat, die wir damals als durchaus berechtigt und notwendig bezeichnet haben. Ich bin ganz damit einverstanden, daß wir mit England uns auf freundschaftlichen Fuß stellen, was selbstverständlich nicht bedeuten kann, daß wir uns in ein Abhängigkeitsverhältnis zu England begeben, daß wir uns die Freiheit der Aktion irgendwie beschränken lassen. Aber die Interessen der deutschen Nation und die Weltinteressen, die wir ja auch zu vertreten haben, verlangen ein derartiges freundschaftliches Verhältnis bei aller Beurteilung des Vorgehens der Engländer in Transvaal. Unsrer Presse und ich haben wiederholt gegen die Kriegsführung der Engländer uns ausgesprochen. Ich betrachte sie als eine barbarische, völkerrrechtswidrige, als eine, die eines Kulturstaats unwürdig ist, für die seine höchsten Beamten vor einem Weltgericht zur Verantwortung gezogen werden müßten, wenn ein solches Weltgericht existierte. Wir verurteilen diese Raubpolitik ebenso wie unsre in China, die im wesentlichen die gleiche ist. Aber wie nun die Dinge gekommen sind! Da sich einmal das kleine Voerenhäuflein nach furchtbarem Kampf gegen die englische Armee geschlagen hat und nun Präsident Krüger nach Europa kommt und den Versuch macht, bei einer der Nationen, die sich ja allesamt christlich nennen, ich weiß nicht in welcher Form, einen Eingriff in die Transvaalangelegenheit zu veranlassen, so ist es menschlich begreiflich und von seinem Standpunkt gerechtfertigt. Ich verneinle, und das ist der Punkt, in dem ich mit dem Herrn Reichskanzler nicht übereinstimme, die schonungslose Abweisung des alten Krüger auf das allerhöchste, weil die deutsche Politik sich dadurch den Ansehen der Treulosigkeit gegeben hat. Das will ich Ihnen beweisen. Einmal mußte auf Grund des schon erwähnten Telegramms die Voerenbevölkerung glauben, daß der deutsche Kaiser gewillt sei, wenn das Völklein einmal um seine Existenz zu kämpfen haben werde, ihm mit seiner Macht materielle oder moralische Hilfe zu kommen. Genau so, wie wir vor der Wegnahme von Kiautschou in China die am meisten beliebteste Nation waren, namentlich infolge unsres Verhaltens beim Friedensschluß von Chimonoeki zwischen Japan und China, wo wir ohne Sonderrechte für uns für China eintraten, während jetzt nach dem Umschlage unsrer Handlungsweise die allergrößte Mißstimmung gegenüber Deutschland in China herrscht, genau so ist es auch in Transvaal. Auf Grund der Depeche glaubte die Voerenbevölkerung, daß der deutsche Kaiser seinen ganzen Einfluß einsetze werde, und dieser Eindruck mußte noch durch die am 18. Februar 1896 hier gehaltenen Reden in Transvaal verstärkt werden — ein Beweis dafür ist schon die Antwort des Präsidenten Krüger auf das Telegramm des Kaisers, wie er den innigsten, tiefgefühlten Dank für den aufrichtigen Glückwunsch sagt und ausdrückt, daß es ihnen mit Gottes Hilfe weiter möglich sein werde, für die Aufrechterhaltung der ihnen bezahlten Unabhängigkeit einzutreten.

Ich war wohl der erste, der die Angelegenheit hier im Reichstag zur Sprache brachte, und der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herr v. Marschall antwortete mir, daß Deutschland die legitimen Interessen der Voeren zu schützen bereit ist und das größte Interesse an der Erhaltung der Selbstständigkeit der Transvaalrepublik habe. Herr v. Marschall sprach dann über die englischen imperialistischen Bestrebungen und meinte, in dem Siege dieser Bestrebungen würden wir Deutschen eine schwere Schädigung unsrer Interessen erleiden. In ganz ähnlichem Sinne äußerten sich Herr Dr. Lieber und Herr v. Kardorff. Alle diese Verhandlungen sind den Voeren bekannt geworden. War es da nicht selbstverständlich, daß der alte Mann, der den letzten Versuch macht, die Existenz seines Vaterlands zu retten, hier in Berlin eine freundschaftliche Aufnahme zu finden gehofft hat? (Sehr richtig! links.) Und wenn wirklich keine weitere Antwort möglich war, als sie gestern der Herr Reichskanzler angedeutet hat, so gebot es das Würdegefühl, die Höflichkeit, den Präsidenten Krüger unter allen Umständen, unter allen Umständen, sage ich, zu empfangen. Es war ein Akt der Humanität, ein Akt der Pflicht! (Sehr richtig! links.) Es ist sehr schlimm, daß der Richtempfang notwendig bösesten Eindruck bei den Voeren machen mußte. Wie in China mit der Wegnahme von Kiautschou ein Umschlag in der Stimmung der chinesischen Bevölkerung gegen Deutschland zu verzeichnen war, so wird dieser Umschlag auch jetzt beim Voeren Volk eintreten. (Wrasol! bei den Sozialdemokraten.) Unsrer auswärtige Politik versichert sich die Sympathien der fremden Völker eben in einem Grade, wie es nur ein Feind Deutschlands wünschen kann. Präsident Krüger ist in Paris von Loubet empfangen worden und auch der deutsche Kaiser hätte ihn empfangen müssen. Er hat Zeit dazu (Weiterkeit), er muß die Zeit haben. (Große Heiterkeit und Wrasol links.) Statt dessen erhält Krüger eine Benachrichtigung, daß er nach den bereits getroffenen Dispositionen nicht empfangen werden könne. Ich gehöre nicht zu den Don Quixotes, die gegen jede englische Windmühle anrennen wollen, von denen gestern der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Im Gegenteil, ich habe stets ein Zusammengehen mit England bestritten, aber gerade deshalb bin ich gegen die Fehler und Schwächen der englischen Politik ein unerschütterlicher Richter. In England jubelt man jetzt; man hofft auf die Nachfolge anderer Nationen, nachdem Deutschland einmal vorangegangen ist. In Deutschland sind sehr bittere Urteile laut geworden. Nicht mit Unrecht schreibt ein Amsterdamer Blatt: Die deutschen Fürsten fürchten Gott und ihre Großmütter. (Große Heiterkeit links.) Ich selbst habe einen großen Haufen Zuschriften voller Enttäufung bekommen, und nicht Parteigenossen sind die Schreiber; denn diese wenden sich in solchen Dingen nicht an uns, sie wissen, daß wir unsre Pflicht und Schuldigkeit thun; sondern die Briefe stammen aus bürgerlichen Kreisen, ihr Inhalt ist gar nicht wiederzugeben.

Der Herr Reichskanzler hat dann gestern von den aussichtsreichen Kolonien Deutschlands in Afrika gesprochen. Ich weiß nicht, ob ich diese Bemerkung ernst nehmen soll. Denn ich habe von diesem Reichthum noch nichts entdeckt. Der Kolonial-Etat ist wieder um 6 Millionen erhöht worden. Der Jidagardus in unsren Kolonien ist der alte; fortwährend tritt ein Wechsel in den Kernen ein, sowohl der Gouverneur sowie der Direktor der Kolonialabteilung haben erst jüngst gewechselt. Die Behandlung der Eingeborenen ist die denkbar verkehrteste. Je länger wir im Besitz der Kolonien sind, desto mehr Revolutionen kommen dort vor. Nur die Ausgaben steigen, die Einnahmen gehen von Jahr zu Jahr zurück. Ohne Zuschüsse sind die Kolonien überhaupt nicht lebensfähig. Wie man also angesichts dieses Zustands von aussichtsreich sprechen kann, das ist ein Optimismus, der nur selbst bei dem so optimistischen Herrn Reichskanzler bedenklich erscheint. (Sehr richtig! links.) Wie wir den steigenden Ausgaben gerecht werden sollen, ist mir überhaupt ein Rätsel. Viele Mitglieder dieses Hauses hegen die stille Hoffnung, die Löhner mit erhöhten Industrie- und Lebensmittelzöllen aufzupumpen zu können. Aber ich sage Ihnen: das ist für unsre Zukunft sehr gefährlich. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Daß die Getreidezölle erhöht werden sollen, habe ich ja von den Einflußreichsten der verschiedenen Parteien gehört. Wir müssen damit rechnen, wie mit einem Gewitter bei jähwoller Witterung. Herr Müller-Zulda hat zwar gesagt, die Gelder aus der Getreidezöl-Erhöhung soll für die Wittwen- und Waisenversicherung der Arbeiter verwendet werden. Das ist ein schönes Versprechen. Ob es erfüllt

werden kann, ist eine andre Frage. Schließlich wird es die Finanzlage nicht erlauben. (Sehr richtig! links.) Glauben Sie (zum Centrum) auch nicht, daß Sie damit die katholischen Arbeiter einsparen. Selbst die katholischen Arbeiter fangen an zu denken. (Lachen im Centrum.) Aus ihren Kreisen sind schon recht bedenkliche Reaktionen gefallen. So hat auf dem Gewerkschaftstage in Frankfurt a. M. ein Führer der katholischen Arbeiter in München gesagt: Mehr wie uns die ganze Arbeiterversicherung genügt hat, hat uns die Erhöhung der Beiträge geschadet. (Zuruf rechts: das ist doch nicht der Fall.) Es kommt doch nicht darauf an, was Sie (nach rechts) glauben, sondern was die katholischen Arbeiter glauben. (Weiterkeit.) Und die katholischen Arbeiter bilden einen erheblichen Bruchteil der deutschen Arbeiterbevölkerung überhaupt. Die Arbeiter leiden bereits unter den Folgen Ihrer Fleischbeschau-Politik. Ganz abgesehen, daß auch Amerika dadurch verstimmt ist. Glauben Sie denn überhaupt, daß sich Amerika und Rußland Ihre neue Zollpolitik gefallen lassen werden? (Rufe rechts: Ja! Ja. Weiterkeit.) Das wollen wir noch sehr abwarten. Der handelspolitische Zustand, den Sie wünschen, der kann Ihrer ganzen Gesellschaftsordnung noch recht gefährlich werden. (Rufe rechts: Abwarten!) Ja, warten Sie es nur ab. (Weiterkeit.) Die deutschen Arbeiter sind in der eigentümlichen Lage, die doppelt Gefährlichen zu sein. Die Lebensmittelpreise werden erhöht, die notwendigen Verbrauchsmittel steigen im Preise. Brot, Salz, Zucker, Spiritus, Kohle, Petroleum werden teurer. Durch die wirtschaftliche Krise sinken die Löhne. Dabei werden die Wohnmieten immer höher. Das ist Ihre (nach rechts) Wirtschaftspolitik. Der deutsche Arbeiter hat nach keiner Richtung einen Vorteil. (Sehr richtig! bei den Soc.) Graf Limburg-Stürum hat gestern gesagt, der ganze Aufschwung wäre nur der Industrie, nicht der Landwirtschaft zu gute gekommen. Das ist einfach nicht wahr und bei den Preisdebatte werden wir Ihnen den Beweis dafür erbringen. Es ist auch nicht wahr, daß die Zahl der Substationen auf dem Lande gestiegen ist. Die Zahl der Vorkrotte in der Stadt ist viel größer und wird noch wachsen, wenn erst die Krise da ist. Graf Limburg-Stürum hat gestern auch eine Statistik aufgemacht. Sie ist sehr roh und wissenschaftlich total unbrauchbar. (Große Weiterkeit.) Er hat alle kleinen Städtchen mit 2-3000 Einwohnern zur Landbevölkerung gerechnet, andererseits gibt es große Industriedörfer auf dem Lande, die ebenfalls in der Statistik des Herrn Grafen als Landdörfer figurieren. Für die Beurteilung unserer handelspolitischen Zukunft ist nichts geeigneter als die Volkshaus, die Mac Kinley neulich veröffentlicht hat. Während es da von Frankreich und Amerikas Beziehungen zu Frankreich heißt, daß sie gut und angenehm seien, heißt es von Deutschland, daß es von gutem Willen befeuert ist, von angenehmen oder guten Beziehungen ist hier nicht die Rede. Mac Kinley will bloß behaupten, daß kein böser Wille vorhanden ist. Er betont ja ausdrücklich, daß der Erfolg des Fleischbeschau-Gesetzes und des Fleischexport-Verbots das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika stark beeinträchtigt habe. Auch das ist eine Frucht Ihrer (nach rechts) Wirtschaftspolitik. (Sehr richtig! links.) Während wir im Frieden des Verkehrs stehen sollen, sperren wir unsere Grenzen gegen das Ausland ab. Mit Bezug auf China bin ich mit dem Grafen Stürum einmal einverstanden. Auch ich habe auf die furchtbare Konkurrenz hingewiesen, die uns China noch machen wird.

Ich komme nun zu den einzelnen Etats und bemerke zunächst, daß ich vergeblich gesucht habe, wo die 12 000 Mark, die vom Centralverband deutscher Industrieller in das Reichsamt des Innern gestossen sind, im Etat eingestellt worden sind. (Gr. Weiterkeit links.) Die 12 000 Mark wären auf dem Wege der Zurechnung nachzuführen, aber ich hätte es doch als einen Akt des Entgegenkommens anerkannt, wenn sie im Etat mit Einnahme und Ausgabe gebucht worden wären. Jetzt muß ich von neuem die Frage stellen: wann hat Graf Posadowsky von dem Ansuchen um die 12 000 Mark seitens des Herrn v. Wodtke Kenntnis erlangt, an welchem Tage hat er die Einnahme dieser Summe erfahren und wo sind die 12 000 Mark hingewandert? Ich frage weiter, ob er gegen die durch die Entstellungen des Abg. Raab bloßgestellten Mitglieder der See-Vereinsgenossenschaft eingeschritten ist, welche Maßnahmen er getroffen hat wegen des schamlosen Briefes, der am Schluß die Wendung enthielt: mandus vult dicere. Ich frage den Grafen Posadowsky: Sind die Betrüger und Schwindler in dieser so vollstrecklichen See-Vereinsgenossenschaft zur Verantwortung gezogen worden? Ich frage ihn: Sind diese Leute mit Schimpf und Schande aus dem Vorstand der Vereinsgenossenschaft weggeführt worden? 14 Tage sind ja seit der Entlassung vergangen. Sind diese Herren noch auf ihrem Posten? Wir wissen, daß sämtliche Vorstandsmitglieder den Brief unterzeichnet haben. Es sind die Herren Laeisz, John Meyer, Schiff aus Giesfeld, der berühmte Verfasser der Depesche: „Schiff verloren, Mannschaften leider gerettet“. Wie kann man ein solches menschliches Ungehöriges als Vertrauensmann im Vorstand der See-Vereinsgenossenschaft lassen. Ich erwarte eine klare und positive Erklärung, was in Bezug auf diese Leute geschehen ist.

Es ist gestern von Seiten des Herrn Abg. Sattler dem Staatssekretär Grafen Posadowsky ein allgemeines Lob in Bezug auf seine Thätigkeit auf dem Gebiet der Arbeiterwohlfahrtsfrage erteilt worden. Herr Dr. Sattler, uns gegenüber ist dies Lob in den Wind gesprochen. Die 12 000 Mark-Affaire und das Vorkommnis in der See-Vereinsgenossenschaft haben uns in der ärgsten Weise die Augen geöffnet. Die Verschlechterungen der Bäckerei-Verordnung werden noch später bei den einzelnen Punkten des Etats besprochen werden. Mit dem Reichsamt des Innern sind wir gründlich fertig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Militäretat zeigt eine Mehrausgabe von 18 411 000 Mark. Es ist schon gestern darauf hingewiesen worden, daß diese Mehrausgaben entstanden sind durch die Verstärkungen der Armee. Es wundere mich, daß dem Abg. Müller-Judva bei seiner Sparfameistheorie diese Mehrausgabe ganz entgangen ist. Es wundere mich, daß der Herr Abg. Müller-Judva auch nicht gefunden hat, daß im Etat das Reichswehr vergrößert ist um über 3000 Mann und über 600 Pferde. Herr Abgeordneter, das ist die erste Portion der 7000 Mann, die noch rückständig sind. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.) Es scheint, daß der Herr Kriegsminister sich portionsweise das holt, von dem er sich sagt, daß er es im ganzen nicht bekommt.

Der Herr Graf Limburg-Stürum hat es nicht unterlassen können, aus der Thatsache, daß die tapferen Boeren gegen England nicht aufkommen können, zu schließen, daß dies ein Ding der Unmöglichkeit sei, weil sie eben nur eine Milizarmee hätten. Herr Limburg-Stürum scheint ein schlechter Leser seines Leitfadens der „Kreuz-Zeitung“ zu sein, sonst würde er gefunden haben, daß dort noch in den letzten Tagen das höchste Lob der Boeren gesungen worden ist. Die Schuld an den Mißerfolgen der Boeren wird nicht auf deren Armee geschoben, sondern auf die Thatsache, daß 30 000 bis 40 000 Boeren über ein Jahr lang gegen 250 000 Engländer im Felde stehen. Zeigen Sie mir aus der Geschichte aller stehenden Armeen ein Beispiel, daß sich 30 000 bis 40 000 Mann ein Jahr lang gegen 250 000 Mann behauptet haben, und Sie sollen mit Ihren Argumentationen dann recht haben. Obendrein sind ja die Boeren auch gar keine Milizarmee in unserem Sinne. Die Boeren haben ja eine gewisse militärische Ausbildung, aber sie haben keine feste militärische Organisation, wie z. B. die Schweizer. Und trotzdem haben sie so Aufsehen erregendes geleistet. Wenn Sie also die Boeren gegen unsere Gedanken der Milizarmee anföhren, so können Sie damit die Unzumutbarkeit der Einrichtung einer solchen durchaus nicht beweisen.

Graf Limburg-Stürum hat sich auch gegen die zweijährige Dienstzeit erklärt und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gefordert. An den Ernst dieser Ausführungen glaubt ja kein Mensch. Sie können die dreijährige Dienstzeit gar nicht wieder bekommen, weil dann die Mehrausgaben pro Jahr mehr als 100 Millionen Mark betragen würden, wenn die jetzige Präsenz

aufrecht erhalten werden soll. Und jetzt hat das Reich schon nicht Geld genug. Außerdem müßten Sie wieder so und so viel Landarbeiter jährlich mehr hergeben. Nein, eher bekommen wir unsere Milizarmee, als Sie die dreijährige Dienstzeit. (Große Heiterkeit.)

Ich bin dann genötigt, einige Anfragen an den Herrn Kriegsminister zu richten. Im letzten Sommer sind verschiedene Gerüchte aufgetaucht über bevorstehende große Umwandlungen in der Armee. Zuerst bezüglich einer Neubewaffnung der Artillerie. Hier ist die neueste Erfindung die sogenannte Wiegelkanone. Die Papienlagerung des Rohes fällt fort und letzteres wird stattdessen in eine Wiege gelagert. Es ist nun behauptet worden, daß schon Probebestellungen für das neue Geschütz gegeben sind, und ich möchte den Herrn Kriegsminister fragen, ob das richtig ist. Weiter hat verlautet, daß eine große deutsche Fabrik sich England verpflichtet hat, England eine Anzahl Geschütze ganz neuer Konstruktion zu liefern, um den Boeren vollends den Garaus zu machen. Ich frage, wie sieht es da mit der Neutralität? Wir sehen hier etwas ganz Aehnliches wie in China. Nach China hat Herr Krupp die neuen Schnellfeuerkanonen geliefert, dieselben Geschütze, mit denen unsere Soldaten auf dem „Tiss“ in Grund geschossen worden sind. Da möchte ich denn doch die Herren von der Regierung fragen, ob der „wirkliche Geheimrat“, zu dem Herr Krupp im Sommer dieses Jahres ernannt wurde, erfolgt ist aus Dankbarkeit, daß er den Chinesen die Kanonen lieferte, mit denen unsere Soldaten niederkartätscht wurden? (Sehr wahr! links.) Es ist ein merkwürdiges Zeichen von Takt, den Kanonenkönig zum Wirklichen Geheimrat zu ernennen, während sich alle Zeitungen über ihn beschwerten. Man versteht wirklich manchmal nicht, wie es in unseren oberen Regionen aussieht. (Sehr gut! links.) Ich glaube, es wird manches darüber gemunkelt. (Weiterkeit.)

Der „Vorwärts“ hat jüngst mitgeteilt, ein Norweger habe ein neues Gewehr erfunden, das bei Ehrhardt bereits fabriziert wird. Der „Vorwärts“ hat aber auch weiter berichtet, der Kaiser habe befohlen, eine der Divisionen des hannoverschen 10. Armeekorps probeweise mit dem neuen Gewehr auszurüsten. Ich stelle an den Kriegsminister die Frage, ob tatsächlich eine solche Bestellung gemacht worden ist, wo doch kaum das 97 er Gewehr eingeführt ist. (Sehr richtig! links.) Ich frage weiter, woher das Geld kommt und wie es mit dem Budgetetat des Reichstags steht? Hat der Kriegsminister etwa wieder heimlich Ersparnisse gemacht, wie vor der Einführung der neuen Geschütze, wo mit einmal 28 Millionen Ueberschuß da waren, von denen der Reichstag keine Abnung gehabt hatte, weil er in seiner Bewilligungswort mehr bewilligt hatte, als gebraucht wurde? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Nun noch einige Worte zum Marine-Stat. Die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Marine betragen in diesem Jahre rund 49 Mill. Mark mehr. 1899 betragen die Mehrausgaben über die bewilligten Summen hinaus im Marine-Stat 11 Millionen. Ein modernes Schlachtschiff kostet jetzt 24 860 000 M., das sind 8 Millionen mehr als 1890. Auch die großen Kreuzer kosten jetzt über 3 Mill. mehr als früher. Allein die Kosten der Armierung sind von 3 auf 4 Mill. für das Schlachtschiff gestiegen. Auch die kleinen Kreuzer sind teurer geworden. Ich habe nun eine Frage an den Herrn Staatssekretär der Marine. Wenigstens wie dem Reichsamt des Innern 12 000 M. von den Industriellen zur Verfügung gestellt worden sind, hat der Flottenverein dem Reichsamt der Marine und dem Kaiser viele Hunderttausende für den angeblichen Bau von Schiffen zur Verfügung gestellt. Zunächst soll ein Kanonenboot für die chinesischen Flotte davon gebaut werden. Der Kaiser hat aber nicht das Recht, derartiges Geld in Empfang zu nehmen für Militär- und Marinezwecke. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Geld muß in die Reichskasse fließen, und der Reichstag hat darüber zu beschließen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sonst liegt eine schwere Verletzung und Umgehung unseres Budgetrechts vor. (Bravo! links.) Die zu den anderen Verletzungen hinzukommt. Wir befinden uns in der reinen Budgetanarchie. Hierüber verlange ich Auskunft. Der Reichstag müßte die Mannschaften, die Unterhaltungslosten für gar nicht bewilligte Schiffe bewilligen, die das Flottenprogramm verändern. Da stoßen wir wieder auf das alte: sic volo, sic jubeo! Dem müssen wir endlich Einhalt gebieten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Der Reichstag sollte sich ermannen und sich auf seine Manneswürde besinnen. Eine derartige Verletzung darf nicht weitergehen! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Ich komme nun auf die Socialpolitik. In der Thronrede hat hierüber sehr wenig gestanden. Es ist eine Statistik aufgenommen worden über die gewerbliche Kinderarbeit. Die Resultate liegen vor, wir hätten also eine Vorlage auf diesem Gebiete erwarten können. Ebenso ist eine Statistik aufgenommen über die Beschäftigung verheirateter Arbeiterfrauen, aber auch nach dieser Richtung hin ist keine Vorlage zu erwarten. Weiter hat Herr Sattler es gestern schon bemängelt, daß das Krankenversicherungsgesetz für diese Session nicht angelündigt ist. Hat aber Herr Dr. Sattler etwa den Glauben, daß diese Vorlage eine arbeiterfreundliche sein würde? (Abg. Dr. Sattler: Ja!) Dann ist das ein Aberglaube. (Große Heiterkeit.) Wir haben ja bereits gehört, was kommen wird. Es wird den freien Pfaffen an den Fragen geben, während man die auf das Schärfste zu verurteilenden Betriebslosten am Leben erhalten will. Also es wird eine Vorlage kommen, die wiederum beweist, daß die Interessen des Großkapitals maßgebend sind. Seit vielen Jahren wird ferner von der gesamten organisierten Arbeiterchaft verlangt, daß endlich ein Gesetz für die Anerkennung der Gewerkschaften erlassen werde. Die Internermerverbände haben den freiesten Spielraum, dagegen wird gegen die Gewerkschaften überall polizeilich vorgegangen, man verbietet ihre Versammlungen, erst in den letzten Tagen hat man eine solche angezettelt. Auf die Bäckerei-Verordnung habe ich schon hingewiesen. Obgleich die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren alsamt erklärt haben, es könnten auf Grund der früheren Bundesrats-Verordnung keinerlei berechnete Beschwerden der Bäckereimeister anerkannt werden, obgleich die Bäckerei-Arbeiter in vielen Eingaben nachgewiesen haben, in welcher unerhörten Weise seitens der Bäckereimeister die Bäckerei-Verordnung nicht innegehalten wird. Trotzdem spricht man von einer Veränderung dieser Bäckerei-Verordnung, die wieder eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeutet. Nach all' diesen Nichtungen zeigt sich der arbeiterfeindliche Geist, der im Reichsamt des Innern herrscht. Es ist ferner dringend nötig, daß für die öffentliche Gesundheit ein Gesetz erlassen wird, das die Verunreinigung von Wasser, Luft und Boden durch die Industrie zu verhindern. (Sehr richtig! links.) Die Einzelstaaten müssen solche Summen für die Volksschulen aufbringen. Hier wäre ein subsidiäres Eintreten des Reichs dringend notwendig. Man hat auf die Wohnungsnot hingewiesen. Wir werden bei der Debatte darüber dieselbe Antwort bekommen wie bei der Kohlennot: „Keine Hilfe seitens der Reichsregierung.“ Stattdessen erleben wir die bittersten Verhöhnungen der armen Arbeiter durch die Agrarier in diesem Hause. In Berlin herrscht die ärgste Wohnungsnot, so daß selbst der Magistrat sich veranlaßt gesehen hat einzugreifen. Die Mieten sind außerordentlich gestiegen, und was geschieht da? Auf einem Stiftungsfest, das vor einigen Tagen ein Grundbesitzerverein im Osten Berlins, wo hauptsächlich Proletariat wohnt, abhielt, ist folgendes Gebot vorgetragen und gesungen worden: „Es gedeihe unser Osten — Der so lang verrufen war — Sind wir alle auf dem Pöbel — Herrlicher in jedem Jahr — Mieter, die nicht gern bezahlen — Kommen in das schwarze Buch — Die, die viele Kinder haben — Bringen schnell wir auf den Zug.“ Das ist doch eine Brutalität, wie man sie sich nicht ärger denken kann und wie sie nur die bürgerliche Gesellschaft erziehen kann. Wir sehen ja auch eine ungeheure Zunahme der Eitelkeitsverbrechen, besonders in den Kreisen der protestantischen und katholischen Geistlichen, eine zunehmende Korruption der Polizeibehörden, wie wir sie im Prozeß Ledert-Lühow,

Prozeß beobachten können. Und das ist doch nur ein ganz kleiner Tropfen von dem, was hinter den Kulissen sich abspielt. Wir sehen aus dem Harmlosen-Prozeß, wie in einer Nacht junge Leute Summen verpielten, die Arbeiterfamilien bei fleißiger Arbeit in einem ganzen Jahre nicht zu erwerben im stande wären. Wir sehen also als die Folge der Kapitalistenwirtschaft auf der einen Seite finanzielle Mißwirtschaft, auf der andern Seite allgemeine Demokratisierung. In den nächsten Tagen wird es ja wieder in tausend Kirchen heißen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Ich glaube, daß angeht der bösen Zustände im Lande manchen das Wort im Halse stecken bleiben wird. Wir stehen jetzt in den letzten Tagen des 19. Jahrhunderts, das groß und gewaltig in seinen Errungenschaften, in der Entwicklung der Wissenschaften, aber auch groß in der Schaffung der Klassengegenstände wie nie ein früheres gewesen ist. Neben den schärfer werdenden Klassengegenständen sehen wir die wachsenden Rationalitätsgegenstände, und die bürgerliche Gesellschaft unfähig, alle diese Widersprüche irgendwie zu lösen. Wenn je, so können wir jetzt am Ende des neunzehnten Jahrhunderts sagen, die bürgerliche Gesellschaft ist mit ihrem Latein zu Ende. (Große Unruhe und Lachen rechts, im Centrum und bei den Rationalisten.) Herr v. Böttcher hat einst erklärt: Wir arbeiten ja nur für Sie. Sie, meine Herren, arbeiten nur für uns! (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Böttcher hat neulich gesagt: Gottes Mühlen mahlen langsam. Ich sage: Die socialdemokratischen Mühlen mahlen rasch; unser Weizen blüht, unser ist die Ernte, nicht die Ihre, meine Herren Konserverativen, wie Ihnen Herr Hertel neulich in Dresden verkündet hat. Sie sehen die großen Siege unserer Parteigenossen jetzt wieder in Württemberg, überall Fortschritte der Socialdemokratie. Unser ist die Ernte, unser der Sieg! Das ist Ihre Arbeit! Daher rufe ich: Es leben unsere Freunde, die Feinde! (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Als der Reichstag die Debatte über die Interpellation des Herrn Abg. Albrecht schloß, hörte man den Ruf: und Graf Posadowsky.

Herr Abg. Singer, von dem dieser Ruf ausging, hatte sich wahrscheinlich nicht überlegt, daß nach dem ganzen Inhalt dieser Interpellation es mir damals nicht möglich war, das Wort zu ergreifen. Es konnte nur antworten der Herr Reichskanzler. Wer mich kennt, weiß, daß ich Furcht nicht kenne. (Bravo! rechts), daß ich der letzte bin, der irgend eine Verantwortung von sich ablehnt und den Kampf mit der Partei scheut, die mir hier gegenüber steht. Ich bin dem Abg. Webel geradezu dankbar dafür, daß er die sogenannte 12 000 Mark-Affaire als eine partis remisso betrachtet hat. Ich erkläre vor dem gesamten Reichstage und dem ganzen Lande, daß es vollkommen nebensächlich ist, ob ich von diesem Eingriff des Centralverbandes der Industriellen etwas gewußt habe oder nicht. Ich trage die Verantwortlichkeit für das, was in meinem Amt geschieht, und ich werde sie niemals von mir abschütteln. Und nun zur Sache!

Die Frage hängt ja eng zusammen mit dem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen, und in einem großen Teil der Presse hat man auf dies Gesetz einen vollkommen falschen Schein geworfen. Das Gesetz war nicht zum Besten der Arbeitgeber, es war auch zum Besten der Arbeiter! (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten. — Zuruf bei den Socialdemokraten: Darum die 12 000 M.)

Präsident Graf Balkeström: Ich bitte den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen!

Graf Posadowsky (fortfahrend): Herr Webel, ich habe Sie sofort und so aufmerksam und so lange angehört, bitte haben Sie die Rücksicht, auch meine parteilosen Erklärungen zu hören. Wir sind hier nicht im Konvent, wir sind im deutschen Reichstag! (Bravo rechts! Lachen bei den Socialdemokraten.)

Das Gesetz war von dem Gebanten ausgegangen, den der Minister einer fremden Republik vor kurzen öffentlich geduldet hat. Er erklärte, das Recht jedes einzelnen Arbeiters, der arbeiten will, gelte ebensowohl, wie derjenige aller übrigen Arbeiter, welche nicht arbeiten wollen. Auf dieser Grundlage war das Gesetz ausgearbeitet. Das hat man bei der ganzen Agitation wegen dieser 12 000 M. verschwiegen, in der man sagt, es ist ein Gesetz zu Gunsten der Unternehmerinteressen. Nun eine zweite thatsächliche Bemerkung. Der Vortrag, den der Centralverband geleistet hat, der von ihm erbeten ist zur Verbreitung des Gesetzes in der Öffentlichkeit ist verwendet worden, um Ausgaben zu decken, welche entstanden sind durch Verbreitung lediglich amtlichen Materials, d. h. Auszüge aus der Denkschrift und der hier vom Bundesratstisch gehaltenen Reden. Daß die Absicht dieser Publikationen nicht sein konnte, das Gesetz durchzubringen, das ist klar. Jedem war nach der ersten Lesung klar, daß es keine Aussicht hatte angenommen zu werden, daß es sich nur darum handelte, ob es im Plenum abgelehnt wurde oder an eine Kommission kam. Aber dadurch, daß man in der socialdemokratischen Presse fortgesetzt den Arbeitern gepredigt hat, dies Justizhausgesetz soll sich jeden Arbeiter treffen, der überhaupt streikt, und verschwiegen hatte, daß nur derjenige bestraft werden solle, der ungesetzliche Mittel anwende, und daß dieses Gesetz sich auch besonders gegen die Arbeitgeber wenden solle, weil man diese Thatsachen verschwiegen hatte, war eine ungeheure Aufregung und Mißstimmung in der Arbeiterbevölkerung entstanden, und die socialdemokratische Presse hat nichts dagegen gethan, um diesen Irrtum aufzuklären, sie hat im Gegenteil dazu beigetragen, diese Aufregung zu vermehren. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Da war es allerdings eine wichtige Sache, daß man durch die Verbreitung amtlichen Materials, wie es von verschiedenen Seiten verlangt wurde, soweit wie möglich in die große Masse des Publikums die Wahrheit trug (Lachen bei den Socialdemokraten), daß man durch Verbreitung lediglich amtlichen Materials der großen Masse Klarlegte, welche Thatsachen Veranlassung zu dem Gesetz gegeben hatten und was das Gesetz anstrebte. (Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Balkeström: Ich bitte in einer Debatte, die in einer gewissen Aufregung vor sich geht, weder durch Zwischenrufe den Widerspruch, noch Zustimmung kundzugeben. (Lebhafte Unruhe bei den Socialdemokraten. Auf: Hier ist doch nicht eine Kaiserin?)

Graf Posadowsky (fortfahrend): Um zur Vinderung dieser Aufregung beizutragen, darum sind jene Veröffentlichungen erfolgt. Nun kann man ja über die politische Opportunität streiten. In einem süddeutschen demokratischen Blatt wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsamt des Innern keinen Dispositionsfonds für diese Zwecke zur Verfügung gehabt hätte, und daß die Regierung derartige amtliches Material verbreitet, das wird ihr niemand zum Vorwurf machen. Es würde auch wohl kein Vorwurf erhoben sein, wenn von einem Beamten des Centralverbandes angetregt worden wäre, seinerseits das amtliche Material zur Verschwiegung der Arbeitermassen zu verbreiten. Angegriffen ist nur, daß man diese Kosten vom Centralverbande der Industriellen erheben hat.

Ueber die politische Opportunität dieser Maßregel kann man wie gejagt streiten. Der Herr Reichskanzler hat ja sein Urteil bereits abgegeben. Aber alle die Angriffe, welche darauf basiert sind, sind durchaus unbegründet. Der Druckkostenfonds des Reichsamt des Innern beträgt 190 000 M. und die Abrechnungskammer würde es wohl nicht montiert haben, wenn man diese Mittel zur Verbreitung des amtlichen Materials benutzte hätte. Wenn das nicht geschehen ist, so mag die Ursache eine größere bureaukratische Knechtlichkeit gewesen sein (Weiterkeit) oder es mag der Bekaupte obgetwaltet haben, daß der größte industrielle Verband, den wir in Deutschland haben ein so großes Interesse (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) — bitte lassen Sie mich ausreden — daran hatte, auf Grund des amtlichen Materials die Arbeiter über den wirklichen Inhalt des Gesetzes aufzuklären, so daß man ihm auch die Kosten auferlegen konnte. Das ist der einfache Sachverhalt. Was aber die Angriffe gegen das Reichsamt des Innern, gegen meine Person und gegen einen andren Beamten, der

Ich die höchsten socialpolitischen Verdienste seit Jahren erworben hat, (Nachen bei den Socialdemokraten) betrifft, so muß ich dabei an das Wort des französischen Kriminalisten denken, der da sagte: Geben Sie mir zwei Feilen von der Hand eines Manns und ich bastere ein Kapitalverbrechen darauf. Wie wenig übrigens beim Reichsamt des Innern der Gebante maßgebend war, daß man durch diese Publication noch das Gesetz durchbringen könnte, dafür kann ich eine amtliche Thatsache anführen. Wir hatten inzwischen noch große Mengen von Material von Gerichten und Verwaltungsbehörden zur Begründung des Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen bekommen. Wir haben auch daraufhin eine Nachtragsdenkschrift ausgearbeitet (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), die wir aber dem Reichstag nicht mehr vorlegten, weil wir der Ansicht waren, daß es bei der Stimmung des Hauses doch vergeblich war. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Heiterkeit.) Ich kann versichern, daß ich nach den Angriffen des Reichstags nochmals an sämtliche Regierungen geschrieben habe, die Material geliefert haben, daß dieses einer sorgfälligen Durchsicht unterzogen ist, aber sich nur in ganz unwesentlichen Punkten Irrtümer herausgestellt haben. (Nachen bei den Socialdemokraten.) Es ist nun bei der Interpellation gesagt worden: da sehe man, wie das Reichsamt des Innern schon seit 1879 vom Centralverband abhängig sei. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Betrachten Sie doch einmal gütigst die Thatsachen. Sie haben vor kurzem mit vollkommenem Unrecht behauptet, daß die Invaliden- und Unfallversicherungs-Gesetzgebung zurückgestellt sei wegen des Widerstands des Centralverbands. Nein, meine Herren! Ich will hier niemand zu nahe treten; es war aber ein Fehler, zwei so ungeheurer umfangreiche Gesetze in einer Session einzubringen. Der Reichstag war gar nicht im Stande, sie zusammen durchzubringen. Diesen Fehler wollte ich vermeiden, als ich in das Amt trat. Auch war es selbstverständlich, daß, als ich im Juli mein Amt übernahm, ich erst einige Zeit brauchte, um mich über diese beiden Gesetze zu informieren, ehe ich neue Gesetze vorlegte. Was nun die Abhängigkeit vom Centralverband betrifft, so bin ich ja in dem Invalidenversicherungs-Gesetz viel weiter gegangen, als das hohe Haus. Ich habe Rentenstellen konstituiert, die Sie nicht acceptiert haben. Gegen den heftigsten Widerstand des Centralverbands wollte ich die besonderen Gerichte für die Unfallversicherung aufheben und schlug vor, diese Gerichte mit denen für die Invalidenversicherung zu verbinden. In der Presse des Centralverbands bin ich auf das schärfste wegen der Vertretung dieser Vorlagen im Reichstag angegriffen worden. Und daß diese Gesetze im übrigen keine schlechten waren, geht am besten daraus hervor, daß das Invalidengesetz gegen 3 Stimmen der Rechten unter Zustimmung der Socialdemokratie angenommen ist, und daß die Socialdemokraten auch dem Unfallversicherungs-Gesetz zugestimmt haben. Also eine Abhängigkeit vom Centralverband zu konstruieren, ist eine historische Unrichtigkeit.

Es ist mir weiter vorgeworfen worden, daß ich in große Versammlungen des Centralverbands gehe. Ich kann mich nicht entsinnen, das in letzter Zeit gethan zu haben. Meine Beamten waren wiederholt dort. Aber Sie wesen und so immer vor, wir arbeiten vom grünen Tisch. Wenn wir nun unter die Leute des praktischen Lebens gehen, dann heißt es, wir sind abhängig von Unternehmern. (Guruf bei den Socialdemokraten: Arbeiterkongresse!) Uebrigens ist es mir durchaus nicht angenehm, in solche Versammlungen zu gehen. Wenn ich dort Schweige und es werden extravagante Anträge gestellt, so wird mir aus meinem Schweigen ein Vorwurf gemacht. Wenn ich mich dazu äußere, so komme ich leicht dazu, den Standpunkt der Regierung zu präjudizieren. Ich habe mich übrigens gewundert, daß die Socialdemokratie alles, was der Regierung unangenehm ist, veröffentlicht, dagegen alle die Regierung günstigen Nachrichten unterdrückt. Dann ist mir auch vor kurzer Zeit vorgefallen, daß ich mich in der Versammlung der Gastwirtsgehilfen nicht habe vertreten lassen. Verschwiegen ist aber dabei, daß ich kurze Zeit nachher auch eine Einladung der Prinzipale abgelehnt habe, weil die arbeiterstatistische Kommission darüber Bescheid gefaßt hat. Der Bundesrat hat sich nunmehr schlichtig zu machen, und es war nicht meine Sache, in dieser Angelegenheit mich noch weiter beehren zu lassen.

Man hat die Verzögerung des Krankenversicherungs-Gesetzes bemängelt. Die Regelung dieser Materie liegt eben lediglich in den Händen der Einzelstaaten, und ich habe von vielen derselben das Material noch nicht bekommen. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren, daß wenn irgend ein Beamter seine persönliche Ansicht über die künftige Gestaltung dieses Gesetzes in einer Zeitschrift veröffentlicht, man diese Ansicht der Reichsregierung zur Last legt. Das sind Privatansichten, die auf die Gestaltung des Gesetzes keinerlei Einfluß haben.

Herr Bebel hat auch auf den Brief des Herrn Raetz wieder hingewiesen. Der Mann, der diesen unvorsichtigen Brief geschrieben hat, ist der Verantwortliche entzogen. Es handelte sich bei der Sache um Unfallversicherungs-Vorschläge bei einem Kochapparate auf einem Schiffe. Der Germanische Lloyd hatte sein Gutachten dahin abgegeben, daß diese Vorschläge nicht nötig sei, weil auf allen großen Schiffen ähnliche Einrichtungen vorhanden seien, und da hat der Vorsigende in diesem Rundschreiben befürwortet, die Vorschläge doch zu genehmigen, allerdings mit diesen äußerlich bedauerlichen Bemerkungen, und da haben die übrigen Mitglieder der See-Vereinsgenossenschaft einfach darunter geschrieben: einverstanden. Ebenjowenig aber, wie man bei einem Erkenntnis, mit dessen Tenor man einverstanden ist, sich mit den Gründen identifiziert, so wird man, wenn man streng gerecht sein will, diejenigen Herren, die ihre Zustimmung zu dem positiven Vorschlag gegeben haben, nicht auch ohne weiteres impunitieren, daß sie sich diese bedauerlichen Bemerkungen zu eigen gemacht hätten. Im übrigen führt das Reichs-Versicherungsamt die Aufsicht über die See-Vereinsgenossenschaft und es wird abzuwarten sein, wie daselbst sich dazu stellt.

Herr Bebel hat weiter bemängelt, daß in der Socialpolitik nicht genug geschähe. Hat denn Herr Bebel gar keinen praktischen Begriff davon, was für eine Nietenarbeit allein durch die beiden weittragenden Gesetze, die Reform der Unfall- und Invaliditätsversicherungs-Gesetze, geleistet ist? Was den Schutze der Arbeit verheirateter Frauen anbelangt, so sind wir eben damit beschäftigt, über diese Frage eine besondere Denkschrift auszubereiten; sie wird die Grundlage sein für weitere Maßregeln.

Eine Abänderung der Wählerverordnung besteht noch nicht. Ich habe also keinen Anlaß, mich darüber zu äußern.

Herr Bebel hat schließlich auf unser Verhältnis zu Amerika hingewiesen. Seine Angaben darüber sind irrig. Der Präsident der Republik hat uns dieselben jollpolitischen Vorteile wie Frankreich eingeräumt. Ich kann nicht zugestehen, daß Amerika Grund zu berechtigten Beschwerden hat.

Es ist selbstverständlich, wenn ein großes Reich wie Deutschland vor der Neuregelung handelspolitischer Beziehungen zu der ganzen Welt steht, daß da alle Interessentengruppen sich regen. Einen Rat aber möchte ich doch geben: die Debatte nicht so zu führen, daß man die eigene Regierung angreift, bevor man weiß, was die eigene Regierung thut. Sonst fällt man dem Feinde die Kriegslasse. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Eine Rede, wie die des Abg. Bebel, die eine solche Flut von Gegenständen berührt, habe ich in meiner langen parlamentarischen Praxis doch noch nicht erlebt. (Heiterkeit.) Dabei war sie doch einig, indem er zunächst seine Partei, dann aber sich selbst befähigt glorifizierte. Immer hier es: Das habe ich schon vor Jahren gesagt. Von dem großen Kladderadatsch sprach er zu meinem Bedauern diesmal nicht. (Heiterkeit.) Herr Bebel hat ein weites Gesichtsfeld, in manchen Dingen weiß er allerdings nur oberflächlich Bescheid, aber es hört sich doch gut an. Wenn er sich nun selber so glorifiziert, dann hat er freilich die Entschuldigend, daß ihm von seinen eignen Parteigenossen so viel Weisheit gestreut wird, daß ihm der Kopf schwindig werden muß. (Heiterkeit.) Seine Selbstüberhebung hat jetzt einen hohen Grad erreicht. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Er leidet an einem Grade von Größenwahn, der noch bedenkliche Folgen haben kann. (Unruhe links, Heiterkeit rechts.)

Was nun den Fall Krüger betrifft, so muß ich offen bekennen, daß Herr Bebel der allgemeinen Meinung in Deutschland den richtigen Ausdruck gegeben hat. Ich selbst war erschrocken, als ich die Ablehnung des Besuchs las. Wenn Frankreich sich nicht fürchtet, sich mit England zu brouillieren, warum sind wir denn so ängstlich? Das ist die Stimme des großen Publikums. Und auch Herrn Bebel's Vorwurf über unsere veränderliche Politik den Voeren gegenüber spielt in der Beurteilung mit. Die Leute fragen sich: hat Deutschland durch seine Haltung an Achtung gewonnen? Andererseits muß man aber bedenken, daß der Herr Reichszangler von seiner hohen verantwortungsvollen Stellung aus die Sache doch anders beurteilen muß als das große Publikum. Auch in Russland war der englische Einfluß mächtig und die Situation ist für Deutschland insofern anders als wie für Frankreich, als Krüger bei seiner Reise durch Frankreich hindurch mußte, aber nicht durch Deutschland. So wie die Sachen liegen, war es im Interesse der Voeren und Krügers, daß er hier nicht empfangen wurde. Dem wenn wir zu Gunsten der Voeren nach England einen freundschaftlichen Rat geben, haben wir mehr Chancen, daß dieser Rat befolgt wird, als wenn wir Krüger festlich empfangen und England dadurch gereizt hätten. Herr Bebel hat die rüdwärtige Bewegung der Konjunktur auf den chinesischen Zug zurückgeführt. Das ist ein Irrtum. Der wirkliche Anlaß hierzu ist das gigantische Anwachsen der amerikanischen Industrie. Auch unsere Finanzlage ist nicht so trostlos, wie Herr Bebel sie hingestellt hat. Für die Landesverteidigung giebt Deutschland pro Kopf weniger aus als andre Großmächte. Ganz falsch ist die Behauptung, daß für Kulturzwecke bei uns nur minimale Summen auszugeben würden. 1870 betrug der Staatsaufwand zu den Volksschulen 4 Millionen Mark, 1899 war er auf 81,7 Millionen Mark gestiegen. (Hört! hört! rechts.) Seit 1865 ist die Zahl der Schullinder um 88,5 Proz., die der Lehrer aber um 150 Proz. gestiegen. 1870 wurden 60 Pf. pro Kopf der Schullinder ausgegeben, jetzt 2,05 M. Da kann man wirklich nicht behaupten, daß bei uns für Kulturzwecke nichts geschieht.

Dem Gedanken des Herrn Abg. Müller-Fulda, die Matrikularbeiträge etwas zu erhöhen, um die Herren vom Bundesrat selber etwas lebendig und sparsam zu machen, stehe ich gar nicht feindlich gegenüber. (Abg. Richter: Sehr gut!) Wir waren sonst Gegner einer Erhöhung der Matrikularbeiträge, aber nach den Erfahrungen dieses Sommers ist es doch notwendig, den Herren vom Bundesrat etwas das Bewußtsein zu schärfen. (Abg. Richter: Sehr richtig!)

Redner lobt dann weiter die amerikanische Schutzollpolitik, die zu einer überaus günstigen Handelsbilanz geführt und die Amerikaner zu den Bankiers der ganzen Welt gemacht hätten, während bei uns die Handelsbilanz sich seit den Handelsverträgen außerordentlich verschlechtert habe. Es ist ja auch eine Antikornzoll-Liga gegründet worden. Ich bedaure nur, daß die Versammlung nicht im Zoologischen Garten getagt hat; da wäre der richtige Ort gewesen. (Heiterkeit rechts.)

Ich hoffe nicht, daß diese Liga Erfolg haben wird. Werden aber die Getreidezölle erhöht, so werden die Zollcredite noch gefährlicher als sie jetzt schon sind. Die Zollcredite müssen also so schnell als möglich aufgehoben werden. Die Zuckerpriämien können nur international beseitigt werden. Den Prämienverband Deutschland seine blühende Zucker-Industrie. (Sehr richtig! rechts.) Daß das Saccharin-Gesetz noch nicht über die Erwägungen hinaus gekommen ist, bedauere ich. Wir werden es schließlich selbst machen müssen, wenn die Regierung aus der Erwägung nicht herauskommt. In den Kolonialgebieten muß jetzt wirtschaftlich mehr gethan werden, vor allem müssen Bahnen gebaut werden. Wir verlangen weiter eine sofortige Vorlegung des Kriegswalidene-Gesetzes. Graf Stirum hat die 2jährige Dienstzeit berührt. Ich glaube, Herr Bebel hat Recht, daß wir sie nicht mehr los werden. Ich schließe mit dem Wunsch, daß es dem neuen Reichszangler gelingen möge, seinem Vorbild, dem Fürsten Wienard, nachzueifern. Dann wird es für Deutschland legendreich sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich muß mich zunächst in den Streit Graf Posa-dowsky-Bebel wegen der 12000 Mark-Affaire ein wenig einmischen. Ich betrachte die Angelegenheit nämlich nicht als eine Partei-Angelegenheit der Socialdemokratie. Sie geht uns nämlich alle an. (Sehr richtig! links.)

Für den Grafen Posa-dowsky wäre es meines Erachtens besser gewesen, wenn er auch diesmal dem Herrn Reichszangler seine Verteidigung überlassen hätte. Es sind vom Reichsamt des Innern Gelder vereinnahmt worden, die der Reichstag niemals bewilligt hätte, denn die Justizhausvorlage ist von ihm abgelehnt worden. Wenn man trotzdem gegen den Beschluß des Reichstags Propaganda gemacht hat, so richtet sich diese auch gegen den Reichstag selbst. (Sehr richtig! links.) Nun sagte Graf Posa-dowsky, wenn man im Reichsamt des Innern nicht so bürocratisch verfahren wäre, so hätte man die Gelder einfach aus dem Druck-sachensfonds nehmen können. Nein, das dürfte man nicht. (Sehr richtig! links.) Prefsfonds sind keine Drucksachens-fonds und wenn man es nicht gethan hat, handelte man nur pflichtgemäß. Der Reichstag hat auch einen Drucksachensfonds. Wie wäre es, wenn er für seine Ansichten auf ähnliche Weise Propaganda gemacht hätte. Amtliches Material sind die Reden, die von uns Abgeordneten gehalten werden, auch. (Sehr richtig! und Heiterkeit, links.) Der Reichszangler hat das Vorgehen des Reichsamts des Innern als einen Mißgriff bezeichnet und erklärt, es solle nicht wieder vorkommen. Graf Posa-dowsky hat heute gesprochen, als habe er vollständig korrekt gehandelt, er hat sich auch völlig mit Herrn v. Boedtker identifiziert, sich also grundsätzlich und generell mit dem Herrn Reichszangler in Widerspruch gesetzt. In der Transvaal-Affaire bin ich von der Erklärung des Reichszanglers voll befriedigt. Ich kann von seiner Rede nichts abnehmen, will auch nichts hinzusetzen. Nur, daß sich die Minister in letzter Zeit so gebessert haben, diesen Sach möchte ich so ohne weiteres nicht unterschreiben. (Große Heiterkeit.) Herr Bebel hat die Erklärung des Reichszanglers getadelt und sich auf das Telegramm des Kaisers berufen. Von uns ist dieses Telegramm damals beurteilt worden, wir haben es für einen schweren politischen Fehler gehalten, wir würden aber jetzt denselben Fehler begehen, wenn wir jetzt für eine neue Kundgebung in der über Richtung eintreten würden. Wir sind nicht immer gegen die Regierung, wie sie es auch machen mag. Dagegen scheint dies bei Herrn Bebel der Fall zu sein. Diesen Jidzodturs der Socialdemokratie aber können wir nicht mitmachen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen nicht, daß sich die Politik der Regierung von solchen Stimmungen und Strömungen im Volke beeinflussen lasse. Was wir aber vom Monarchen verlangen, das verlangen wir auch vom Volk. Eine falsche Politik ist nicht deshalb richtig, weil sie einmal von unten empfohlen wird, sie bleibt falsch, mag sie auch oben einmal gebilligt worden sein. Es handelt sich bei der Reise des Präsidenten nicht bloß um eine Sympathiebekundung für ihn, sondern um eine Nachsuehung um Intervention, daß Frankreich ihn empfangen hat, will ich weiter nicht kritisieren. Wenn zwei daselbe thun, so ist es deshalb noch nicht daselbe. Bei uns hätte man ihm auch nichts als leere Worte sagen können. Die Depression, die dann gefolgt wäre, wäre dann um so schlimmer gewesen. (Sehr richtig! links.) Ich will den Gegenstand verlassen; den Höhepunkt hat die Diskussion über die Transvaal-Affaire noch nicht erreicht, der wird erst eintreten, wenn Herr Hesse von seiner Audienz aus dem Saal zurückkehrt. (Heiterkeit.) Die richtige Stimmung wird erst dann über uns kommen, wenn er die Lanze einlegt. (Große Heiterkeit.)

Herr Bebel hat auch auf den Brief des Herrn Raetz wieder hingewiesen. Der Mann, der diesen unvorsichtigen Brief geschrieben hat, ist der Verantwortliche entzogen. Es handelte sich bei der Sache um Unfallversicherungs-Vorschläge bei einem Kochapparate auf einem Schiffe. Der Germanische Lloyd hatte sein Gutachten dahin abgegeben, daß diese Vorschläge nicht nötig sei, weil auf allen großen Schiffen ähnliche Einrichtungen vorhanden seien, und da hat der Vorsigende in diesem Rundschreiben befürwortet, die Vorschläge doch zu genehmigen, allerdings mit diesen äußerlich bedauerlichen Bemerkungen, und da haben die übrigen Mitglieder der See-Vereinsgenossenschaft einfach darunter geschrieben: einverstanden. Ebenjowenig aber, wie man bei einem Erkenntnis, mit dessen Tenor man einverstanden ist, sich mit den Gründen identifiziert, so wird man, wenn man streng gerecht sein will, diejenigen Herren, die ihre Zustimmung zu dem positiven Vorschlag gegeben haben, nicht auch ohne weiteres impunitieren, daß sie sich diese bedauerlichen Bemerkungen zu eigen gemacht hätten. Im übrigen führt das Reichs-Versicherungsamt die Aufsicht über die See-Vereinsgenossenschaft und es wird abzuwarten sein, wie daselbst sich dazu stellt.

Herr Müller-Fulda ist für die Getreidezölle eingetreten; die Mehreinnahmen daraus will er aber für die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter verwendet wissen. Behnlich ist vor ihm schon der heilige Cyprian verfahren; der möchte Schutze für die Armen aus dem Leder, das er den Reichen stahl. (Heiterkeit.) Nach agrarischer Anschauungsweise ist aber aus den Getreidezöllen überhaupt noch gar keine Erhöhung der Einnahmen zu erwarten. Wenn der Getreidezoll richtig normiert ist, dann soll ja die Einfuhr fremden Getreides überhaupt aufhören, dann soll ja die einheimische Landwirtschaft den Bedarf allein decken können. (Sehr richtig! rechts.) Wie können Sie also dann Verprechungen machen aus den sehr in der Luft schwebenden Einnahmeveranschlagungen? Einen mit diesen Ausführungen übereinstimmenden Standpunkt hat auch das Ehrenmitglied der Agrarier, Herr v. Miquel, eingenommen; auch er hat einmal ausgesprochen, daß eine starke Getreidezoll-Einführung zur Verminderung der Einnahmen führen muß. Herr Müller-Fulda will einen Schutze der Landwirtschaft, der die Exportfähigkeit der Industrie nicht schädigt. Das ist ja gerade der Zweck. Wir beziehen gerade von Ländern Getreide, an die wir Industrie-Kritikel verkaufen. Graf Limburg-Stirum hat gestern hier eine Statistik über Stadt und Land aufgemacht. Sie ist bereits vom Kollegen Bebel richtig charakterisiert worden. Stadt und Land ist nicht Industrie und Landwirtschaft. Es giebt in der Stadt Leute, die ihr Einkommen vom Land her beziehen, und umgekehrt. Ein höherer Getreidezoll bedeutet erhöhte Reineinnahmen, diese werden bedeuten mehr Grundrente und mehr Grundrente höhere Güterpreise. Die gegenwärtigen Gütsbesitzer haben einen Vorteil, aber die Käufer und Nachkommen haben keinen Vorteil mehr, sondern Nachteil, weil sie ein höheres Anlagelapital hineinstecken müssen. (Sehr richtig! links.)

Das Bild, das der Schatzsekretär vor der Annahme des Flottengesetzes von der Finanzlage gab, war ganz anders als sein diesmaliges. Er meinte damals: Neue Steuern sind nicht notwendig. Herr Müller-Fulda empfand eine gewisse Genugthumung, daß er recht mit seiner Anschauung behalten hätte: Neue Steuern sind doch notwendig. Der Gang der Dinge hat diese Anschauung bestätigt. Ich empfehle auch Steuern, aber andere, und ihre Bewilligung immer nur auf ein Jahr. Die Meinung des Schatzsekretärs aus Ueberblichkeit aus den Steuern und Zöllen hat sich als falsch erwiesen. In diesem Jahre haben die Mehreinnahmen aus Steuern und Zöllen statt 50 Millionen nur 22 Millionen betragen und von diesen 22 Millionen ist gar nichts für die aus dem Flottengesetz hervorgehenden Ausgaben verwendet worden. Die Mittel hierfür fließen aus den in diesem Sommer bewilligten neuen Steuern. (Hört! hört!) Damit vergleiche man die damalige Aeußerung des Schatzsekretärs, er wisse gar nicht, wo er mit dem Gelde hinjolle. Damals erschien ja auch Herr v. Miquel hier plötzlich aus der Versammlung, um sich mit Herrn Lieber auseinanderzusetzen. Dabei sagte er: finanziell haben wir nichts zu befürchten. Steuererhöhungen werden durch die Vermehrung der deutschen Flotte nicht notwendig werden, „soweit man in die Zukunft sehen kann“, setzte er vorsichtig hinzu. Nun, ein Finanzminister muß in die Zukunft von wenigstens sechs Monaten blicken können. (Sehr gut! links.) Und danach erscheint es doch fraglich, ob Miquel wirklich ein so großes Finanzgenie ist.

Herr v. Thielmann beruft sich darauf, daß die Geschäfts-konjunktur seit dem Sommer abwärts gegangen sei. Er hat aber kein Recht, sich für seinen Etat von 1901 auf diese Wendung im Sommer zu berufen, denn dieser Etat ist aufgestellt nach der Schablone der beiden Vorjahre. Man sollte doch endlich einmal einsehen, daß die Aufstellung eines Etats nach der mathematischen Schablone des Durchschnitts der beiden Vorjahre ganz verkehrt ist. Bei absteigender Konjunktur erreichen die Einnahmen nicht die Vorausschläge, wie sich das auch bei den neuen Steuern, bei der Erhöhung der Börsensteuer, der Schiffabgaben zeigt. Nur der verdoppelte Lotteriestempel, der Dummheitsstempel, hat die Erwartungen nicht getäuscht. (Heiterkeit.) Nun wird hier das Lied von den Esparnissen gesungen. Sie können ja gar nicht mehr sparen, seit Sie sich die Hände durch das Linqnennat und die beiden Flottengesetze gebunden haben. (Sehr richtig! links.) Wenn die Regierung diese Gesetze nicht hätte, dann würde sie wahrscheinlich selbst nicht in diesen Jahren die Erhöhung der Präferenzlätze und neue Formationen verlangen. Graf Limburg empfahl die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Nun, die Wähler werden wissen, wessen sie sich von konservativer Seite zu gewärtigen haben. Daß den älteren Offizieren die zweijährige Dienstzeit un bequem ist, erscheint ganz natürlich. Wie kommt es aber, daß trotz der kürzeren Dienstzeit noch immer so viel Soldaten zu Dienstleistungen verwendet werden, die mit der Ausbildung zum Kriege nichts zu thun haben. Graf Limburg rühmte, daß die Truppen in Ostasien die alte militärische Tüchtigkeit bewiesen hätten. Wir haben aber gehört, daß die meisten nach China geschickten Soldaten erst eine sechsmonatliche Ausbildung hinter sich hatten. (Hört! hört!)

Der Voerenkrieg hat manche militärische Erfahrung geliefert, die mit den Ansichten übereinstimmt, die bisher die linke Seite vertreten hat, z. B. von der Verlosteigkeit großer Kavallerie-Attoden, wie sie noch beim letzten Manöver egeulicet worden sind. Da ist dann weiter die Einführung der grauen Farbe für die Uniformen, die wohl nur von der Damenwelt nicht als Fortschritt betrachtet werden wird. (Große Heiterkeit.) Redner wendet sich zu Einzelheiten des Militäretats und vermischt eine Ueberblichkeit, wie es mit den Festungsbanen steht. Durch das Wiederlegen der Umwallungen müssen doch eine Menge Kaufwerte entstanden sein, die sich bisher im Etat nicht bemerkbar gemacht haben. (Sehr richtig! links.) Der Kriegsminister sollte auch die **Anfrage Bebel's nach der Neubewaffnung Karfellen**. Die Perspektive auf solche Ausgaben würde doch sehr bemerkenswert wirken. Wenn fortgesetzt Gelder für neue Geschütze und Gewehre gebraucht werden, dann bewahrt sich der Say im Zarenmanifest: „Hundertste von Millionen werden fürurchidare Perzörungs-maschinen ausgegeben, die heute das letzte Wort der Wissenschaft sind und morgen wertloses Eisen sein können infolge neuer Fortschritte.“

Nun zur Marine. Hier ist der Reichstag nur eine Art Revisor, der darauf achtet, ob man nicht über das Flottengesetz hinausgeht. Schon jetzt aber übersteigen die Verlosten die Anschläge. Die Verlosten bei der Armierung betragen bei Durchführung des Flottengesetzes 87 Millionen. Hierzu kommen 14 Millionen für den Umbau der Sackensklasse. Das Flottengesetz sah eine Summe von 200 Millionen für notwendig werdende Mehrausgaben voraus. Im ersten Jahr aber haben die Verlosten von den 200 Millionen, die für zwanzig Jahre dienen sollten, bereits 100 Mill. fortgenommen. Auch mit den Landbauten sieht es ähnlich. Die neue Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven kostet 30 Millionen; neue Hafenanlagen in Kiel 10 Millionen. Beim Flottengesetz aber wurden die jetzigen Hafenanlagen als **ausreichend** bezeichnet.

Herr Müller-Fulda ist für die Getreidezölle eingetreten; die Mehreinnahmen daraus will er aber für die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter verwendet wissen. Behnlich ist vor ihm schon der heilige Cyprian verfahren; der möchte Schutze für die Armen aus dem Leder, das er den Reichen stahl. (Heiterkeit.) Nach agrarischer Anschauungsweise ist aber aus den Getreidezöllen überhaupt noch gar keine Erhöhung der Einnahmen zu erwarten. Wenn der Getreidezoll richtig normiert ist, dann soll ja die Einfuhr fremden Getreides überhaupt aufhören, dann soll ja die einheimische Landwirtschaft den Bedarf allein decken können. (Sehr richtig! rechts.) Wie können Sie also dann Verprechungen machen aus den sehr in der Luft schwebenden Einnahmeveranschlagungen? Einen mit diesen Ausführungen übereinstimmenden Standpunkt hat auch das Ehrenmitglied der Agrarier, Herr v. Miquel, eingenommen; auch er hat einmal ausgesprochen, daß eine starke Getreidezoll-Einführung zur Verminderung der Einnahmen führen muß. Herr Müller-Fulda will einen Schutze der Landwirtschaft, der die Exportfähigkeit der Industrie nicht schädigt. Das ist ja gerade der Zweck. Wir beziehen gerade von Ländern Getreide, an die wir Industrie-Kritikel verkaufen. Graf Limburg-Stirum hat gestern hier eine Statistik über Stadt und Land aufgemacht. Sie ist bereits vom Kollegen Bebel richtig charakterisiert worden. Stadt und Land ist nicht Industrie und Landwirtschaft. Es giebt in der Stadt Leute, die ihr Einkommen vom Land her beziehen, und umgekehrt. Ein höherer Getreidezoll bedeutet erhöhte Reineinnahmen, diese werden bedeuten mehr Grundrente und mehr Grundrente höhere Güterpreise. Die gegenwärtigen Gütsbesitzer haben einen Vorteil, aber die Käufer und Nachkommen haben keinen Vorteil mehr, sondern Nachteil, weil sie ein höheres Anlagelapital hineinstecken müssen. (Sehr richtig! links.)

Auch die Kosten für die ostasiatische Station haben sich erhöht. Ich kann überhaupt nicht begreifen, wozu wir noch 24 Kriegsschiffe auf der ostasiatischen Station halten. Sie haben doch nichts anders zu thun, als Salut zu schießen; alle Augenblicke begegnen sich ja Admirale (Große Heiterkeit), und noch immer giebt es kein Reglement, das dieses losspielige Ansehen einschränken würde. (Sehr gut! links.) Die Erfahrungen in Ostasien sind ganz geeignet, die geschwollenen Begriffe über den Wert der Marine für die Machtentfaltung in überseeischen Gebieten einzuschränken. Trotzdem wissen wir gar nicht, was auf dem Gebiet der Marine noch alles erfolgen kann. Wenn ich die Staffeleien in der Reichstagshalle sehe, dann wird mir immer ganz anders zu Mute. (Große Heiterkeit.) Ist doch auch jüngst das Wort gefallen, wir sollten eine Kette von Kreuzern um den Erdball bilden. Auf dem Ocean sollte es wohl so ähnlich aussehen wie in Berlin, wo an jeder Ecke bei einer Obfrau ein Schutzmann steht. (Große Heiterkeit.) Was die 200 000 Mark, die die im Ausland lebenden Deutschen gespendet haben, anlangt, so hätte die Regierung meines Erachtens die Genehmigung für die Annahme des Geldes zunächst einholen und dann erst fragen sollen, ob ein Kanonendonk gebaut werden soll oder nicht.

Nun zur Post! Wir sollten Herrn v. Pöbblers nicht noch fiskalischer machen, als er ist. Thatsächlich ist der Postetat sehr günstig. Dem das Anlagekapital der Post wird um 48 Millionen erhöht. Nur die Postassistenten merken von der günstigen Finanzlage sehr wenig. In einer Regelung ihrer Gehälter ist es auch in diesem Jahr noch nicht gekommen. Der Reichstag will selbst, daß 1 1/2 bis 2 Millionen für die Gehaltsaufstufungen zwischen dem Anfangsgehalt 1600 M. und Endgehalt 3000 M. ausgegeben werden. Das hat der Reichstag wiederholt gefordert. Aber der Vater aller Hindernisse scheint auch hier dahinter zu stehen. Herr v. Miquel fürchtet, daß irgend ein Beamter in Preußen Konsequenzen aus dieser Zulage für die Postassistenten ziehen könnte, und sein mächtiger Arm reicht hinüber in das Reich. Die Weltpolitik greift auch in die Ausgaben für die Post ein. Die Ausgaben für Telegraphenanlagen in den Kolonien sind jetzt auch auf den Postetat übernommen worden. Und dann das Weltkabelnetz! Noch vor wenigen Monaten wurden uns in dieser Beziehung beruhigende Erklärungen von Seiten der Reichspostverwaltung abgegeben, es sei noch nichts bestimmt. Nun hat aber neulich eine Soliree im Licht der Reichspost-Museums Statistiken. Dort hielt ein hoher Beamter der Reichspostverwaltung einen Vortrag, der darin ausklang, wir bedürften eines Weltkabelnetzes, weil es nicht angehe, daß wir auf die Gefälligkeit des Auslandes bei Beförderung wichtiger telegraphischer Nachrichten angewiesen seien. Also was vor kurzem noch gar nicht voranzusehen war, das ist im Licht der Reichspostmuseums plötzlich ganz hell. Das Licht muß da wohl von oben gekommen sein als eine plötzliche Erleuchtung. (Gr. Heiterkeit, sehr gut! links.) Jetzt ist es soweit gekommen, daß wir auch nicht mehr im Ausland vom Ausland abhängig sein sollen. Die Zuschüsse für die Kolonien sind um das Dreifache gewachsen. Herr v. Niemöller sagte dazu: „Leider, ich kann es aber nicht ändern.“ Er scheint also mit seinem Einfluß bei dem Herrn Reichskanzler nicht durchgekommen zu sein. In der Kolonialverwaltung begrüßen wir ja jetzt wieder einen neuen Mann. Anzuerkennen ist ja, daß er nicht bloß die Ostsee, sondern noch etwas mehr kennt, aber es benachteiligt sich meiner auch in diesem Falle wieder ein gewisses ängstliches Gefühl: Was wird der uns nun wieder alles bieten! (Heiterkeit.) Auch einen neuen Militär-gouverneur haben wir in Ostafrika bekommen. Es ist gewiß ein tüchtiger Militär und hat auch weite Reisen gemacht, seine wirtschaftliche Befähigung, auf die es hier vor allem ankommt, hat er aber noch nirgends zu beweisen Gelegenheit gehabt. Er wird auch seine Tapferkeit und Schneidigkeit in großen Expeditionen zu beweisen suchen. Diese Streifzüge bringen ihm aber höchstens neue Orden, für die Erweiterung des Handelsverkehrs in der Kolonie sind sie wertlos, ja schädlich. (Sehr richtig! links.) Denn die Eisenbahnen für die Zentralbahn hat der Reichstag im vorigen Jahre die Vorarbeiten abgelehnt, in diesem Jahre verlangt man gleich die erste Rate für den Bau der Bahn! Dabei ist die betreffende Strecke länger als die Entfernung von Berlin bis Basel. Der Kostenanschlag für die Usambarabahn ist in zwei Jahren um 60 bis 70 Proz. gestiegen. (Süß! hört! links.) Graf Limburg-Silrum meinte, wenn man Kolonien habe, müsse man auch für Eisenbahnen in denselben sorgen. Wenn aber Herr Graf Limburg-Silrum auf seinem Gute ein vollkommen unfruchtbares Stück Land hat, wird er dann auch Millionen darauf verwenden, um es zu kultivieren, bloß weil es zu seinem Besitz gehört? Für so unwirtschaftlich halte ich ihn nicht. (Heiterkeit.) Sehr merkwürdig ist auch, daß dieselben Herren, die so für den Bau von Eisenbahnen in Afrika eintreten, in Preußen den Kanal nicht bauen wollen. (Sehr richtig! links.)

Darüber sind wir alle einig, die Pumpwirtschaft kann so nicht weitergehen. Nur über das Wie gehen die Ansichten auseinander. Von einer Erhöhung der Matrikularbeiträge wollen hier viele nichts wissen. Sie sagen, die Matrikularbeiträge drücken den reichen Hansesaten nicht mehr wie die armen Thüringer. Gut, so mögen doch die Einzelstaaten einige ihrer Steuern dem Reiche übertragen: die Erbschaftsteuer, die Vermögenssteuer. Aber die Matrikularbeiträge wollen die Einzelstaaten nicht erhöhen, die Steuern wollen sie dem Reiche nicht überweisen. Wo soll das Geld für das Reich herkommen? Die Hauptsache ist, daß wir keine Schulden machen, daß wir aufhören mit neuen Soldaten, neuen Schiffen und neuen afrikanischen Bahnen. (Sehr richtig! links.) An Stelle der phantastischen Weltpolitik muß wieder das alte, nützlichere Einmal ein treten. Der Glanz des Monarchen, auch nicht die Macht des Reichs ist die Hauptsache, sondern die Wohlfahrt des Volks. (Lebhafter Beifall links.)

Herr v. Liebermann von Sonnenberg (Auff.):
Ich begrüße den neuen Herrn Reichskanzler, im ganzen Lande herrscht Genugthuung, daß wir wieder einen wahren, leidenschaftlichen Reichskanzler haben. (Heiterkeit) an den man sich halten kann, der sich selbst wehrt, wenn man ihn angreift. (Erneute Heiterkeit.) Einige Wünsche habe ich aber doch an den Herrn Reichskanzler. Ich möchte ihn zuerst an das Militärpensionsgesetz erinnern. Es muß noch in dieser Session vorgelegt werden. Zur Chinafrage kann ich nur sagen, wenn wir nur unsere Leute heil zurück hätten und das Geld wieder bekämen. Söhne haben wir genug, unsere Föhne weht auf der großen Wauer. Der Richtempfang Krügers hat in weiten Kreisen verstimmelt. Ich habe mich gefreut, daß der Reichskanzler nicht die Etiquettenfrage als Grund für den Nichtempfang angegeben hat. Es ist unglaublich, daß ein solcher Grund offiziell angegeben werden konnte. Es ist die reinste Majestätsbeleidigung zu sagen, der Kaiser, der einen Cecil Rhodes empfangen hat, habe keine Zeit, Krüger zu empfangen. Wir haben einen Militär-Attaché zu den Engländern, aber nicht zu den Boeren geschickt. Wir haben dann den mit Recht so beliebten Prinzen von Wales mit militärischen Ehren empfangen. (Große Heiterkeit.) Es ist Zeit, daß der brutale Generalpolitik Englands Einhalt gethan wird. Ein Volk darf nicht seine Macht so mißbrauchen. Der Reichskanzler sagt, der Empfang hätte Herrn Krüger nicht genutzt. Welche Volkstheorie sind entgegengesetzte Meinungen. Man hat den alten Palastdiener hier mit fürstlichen Ehren empfangen. Um wie viel mehr hätte Krüger den Empfang verdient. Der Empfang in Frankreich hat Krüger getrübt. Graf Mülow hätte es nicht besser, aber wenigstens eben so gut wie Herr Delcassé machen sollen. (Heiterkeit.) Die Pflichten der Gastfreundschaft hätten wir bei unserer Unabhängigkeit gegen England ruhig erfüllen können. Mit dieser Unabhängigkeit scheint es also nicht weit her zu sein. Ich hoffe, daß die Würdigung der deutschen Volkseele den Herrn Reichskanzler dazu veranlassen wird, allmählich seine Politik in andre Bahnen zu lenken. Das Volk ist überzeugt, daß unsere Politik nur in einem glücklichen Lande geführt werden kann unter der Devise: Los von England!

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Personlich

Herr v. Lieber (L.):

Herr Bebel hat es für gut befunden, eine Aeußerung, die ich auf dem letzten Katholikentage gethan haben soll und die er mit sich in der Budgetkommission Gelegenheit gegeben hat, richtig zu stellen, wiederum nach seiner Quelle der „Frankfurter Zeitung“ vorzutragen. Danach sollte ich gesagt haben, das Centrum habe gegenüber der Regierung auf den Luxus einer selbständigen Politik verzichtet. Ich bin dieser Tage in den Besitz des uncorrigierten Stenogramms meiner damaligen Rede gekommen. Ich werde mir erlauben, die Stelle zu verlesen und überlasse die Beurteilung der Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Bebel dann jedem verständigen und loyalen Hörer. Gewiß wäre es schade, so fährte ich aus, wenn die deutschen Katholiken den Anspruch an ihre Glaubensgenossen erhoben, in allen politischen Fragen einig zu sein. Dieser Anspruch wird nicht erhoben, ist niemals erhoben worden und darf nicht erhoben werden. Trotzdem ist es gelungen, in der zunehmenden Entfaltung der politischen Thätigkeit des deutschen Katholizismus auch eine politische Einigkeit unter uns herbeizuführen, um die uns die Katholiken der ganzen Welt beneiden. In dem Maße, in welchem das Centrum insbesondere in der Gesetzgebung des Deutschen Reichs, wenn auch nicht die maßgebende, so doch die ausschlaggebende Partei geworden ist in dem Sinne, daß eine positive Reichspolitik ohne das Centrum ein Ding der Unmöglichkeit ist, in dem Maße ist auch das Bedürfnis und die Erkenntnis in uns allen mächtig geworden, daß wir in scheinbar gleichgültigen Dingen auf den Luxus einer selbständigen politischen Ueberzeugung vielfach im Interesse der Gesamtheit verzichten müssen.

Ich habe zu Katholiken geredet von dem Verhältnis der Katholiken unter einander in Bezug auf ihre politische Ueberzeugung. Ich habe die Unswahrheit ausgesprochen, daß eine politische Partei an ihre Mitglieder häufig die Zumutung stellen muß, in gleichgültigen Dingen auf den Luxus einer selbständigen politischen Ueberzeugung zu verzichten. Daran hat Herr Bebel nun die Verschuldigung gemacht, die Sie alle gehört haben!

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Debatte.) Schluß 6 1/2 Uhr.

5. Bayerischer Parteitag.

Fürth, 9. Dezember.

Zum Bericht der Landtagsfraktion spricht zunächst v. Dollmar, der auf den sog. „Kuhhandel“ mit dem Centrum zurückkommt, daß dies keine Kompromisse, sondern tatsächliche Augenblickeverbindungen waren und uns durch das ungerechte Wahlgesetz angezwungen worden seien. Derartige Mittel sind gefährlich und um sie anzuwenden, muß die Partei eine gewisse Reife und Stärke erlangt haben, um sich nicht die Finger zu verbrennen; wir haben gezeigt, daß man sich durch solche Mittel die Finger nicht verbrennen und daß der Partei der größte Erfolg gesichert werden kann. Hätten wir ein einigermaßen vernünftiges Wahlgesetz, so würde niemand daran gedacht haben, solche Mittel anzuwenden.

Was das Centrum betrifft, so ist es geradezu wünschenswert, daß wir ein offenes ultramontanes Regiment haben; bisher hat die Regierung ja auch immer nach der ultramontanen Weise getanzelt. Das würde Wasser auf unsere Mühlen treiben und die Linksliberalen zu Schritten drängen, vor denen sie heute noch zurückzudenken. Das Land würde ein offenes ultramontanes Regiment nicht lange erdulden. Uebrigens herrscht im Centrum selbst starke Interessengegenläge, es ist keine einheitliche Partei; auf der einen Seite ist die agrarische Richtung, auf der andern wächst das Arbeiterelement in die Höhe, und es begimmen schon im eigenen Lager Leute gegen die agrarische Richtung aufzutreten. Die Macht des Centrums ist keineswegs gewachsen, die Sache ist nicht verschlechtert worden. Das Centrum muß jetzt Farbe bekennen. Den sehr großen moralischen Einfluß, den wir im Landtage ausüben, danken wir unsrer intensiven Arbeit und wir werden auch im neuen Landtage in derselben Richtung in verstärkter Weise weiterarbeiten.

Müller-München berichtet über die Wahlreform.
Es folgt hierauf eine kurze Diskussion, worauf sich der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden erklärt.

In der Nachmittagsitzung wird der 8. Punkt: **Unsre Aufgabe** in den Gemeindevortretungen verhandelt. Hierzu spricht **Herr v. Ehrhart:** Nachdem unsre Partei sich nach langer Abstinenz auch zu positiver Arbeit in den Gemeinden anschickte, ergibt sich die Notwendigkeit eines gemeinsamen Programms. Die Parteiliteratur auf diesem Gebiet ist dürftig. Es existieren schon einige solche Programme, wie in München und in Sachsen, das letztere ist die beste derartige Arbeit. Es existieren auch zahlreiche Streitfragen kommunaler Natur, die erst gelöst werden müssen. Redner entwickelt die Grundzüge, nach denen die Genossen in den Gemeindevortretungen sich zu richten hätten. Diese sind als erster Grundpfeiler das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Regelung der Streitfrage, ob Ein- oder Zweikammersystem, proportionales Wahlrecht, Gleichsetzung der Erwerbsteuer des Heimats- und Bürgerrechts, Uebernahme der Armenpflege durch den Staat, Abschaffung der Ausgaben für kirchliche und religiöse Zwecke, Regelung der Anstellung der Lehrer, Ueberantwortung der Polizei an die Gemeinden mit Disziplinarrecht, Schaffung eines Wohnungsgesetzes, eines Expropriationsgesetzes für die Gemeinden, Einführung von Bezirkswahlen, damit nicht eine einzige Partei eine brutale Herrschaft ausübt. Eine Streitfrage sind auch die indirekten Steuern. Die Beseitigung kostet viel Geld, die Umlagen würden riesig in die Höhe schnellen. Grundsätzlich ist ihre Beseitigung zu verlangen, aber man muß successive vorgehen. Ferner sind zu fordern eine vernünftige Steuerreform, Regelung des Schulwesens, Vereinfachung der Lehrer von der Kirche, Schulgeldaufhebung, Lehrmittelfreiheit, Einführung von Schularzten, Errichtung von Ferienkolonien durch die Gemeinden, Nelsonaleldementenheime, Gemeinde-Apotheken, Bade-Anstalten, Lebensmittelkontrolle, und als Hauptfrage: eine vernünftige Wohnungspolitik zur Steuerung der Wohnungsmisere. Es ist eine Wohnungsinvestition mit Vergütungen zu verlangen zur Beseitigung der Kellertiere. Der Wohnungspreis muß beeinflusst werden. Die Gemeinden haben Komplexe anzulassen. Dann fordern wir Ausdehnung der Verkehrsmittel, Kanalisation, Wasserleitung, Monopolisierung der Elektrizität, Regelung des Submissionswesens. Die Socialpolitik bietet eine Fülle von Aufgaben: Gleichstellung der Gemeinbediensteten mit den Beamten, Erhebung der Gemeindebeiträge zu Musteranstalten, Kostsandsarbeiten (aber mit Maß!). Hier ist ein weites Feld der Thätigkeit für die Gemeindeglieder. Doch muß nicht alles auf einmal verlangt, sondern systematisch vorgegangen werden. Bei Schaffung eines Programms darf nicht alles über ein Auge drohen will, es ist zu erwägen, was für die Stadt und das Land taugt.

Redner beantragte, eine Kommission einzusetzen, die dem nächsten Parteitag einen Entwurf vorzulegen hat.

Hierauf schließt sich eine sehr lebhaft diskutierte, in der sich zahlreiche Stimmen für und wider die Vorschläge erheben. Einen viel umstrittenen Punkt bildet die Frage, ob es angängig ist, unter den jetzigen Verhältnissen die indirekten Steuern abzuschaffen, wobei besonders auch die Haltung der Fürther Genossen in der Gemeindevortretung dieser Frage gegenüber kritisiert wird, die teilweise den Standpunkt vertreten, daß die Abschaffung der indirekten Steuern auf die Lebensmittelpreise ohne Einfluß bliebe.

Sodann wird der Landesvorstand beauftragt, mit dem Rechte der Kooptation ein Kommunalprogramm auszuarbeiten. Der nächste Parteitag findet im August 1902 in Ludwigsbafen statt und es werden zur Tagung zwei volle Tage angesetzt.

Hierauf wird der Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Der nach unterm gestrigen Bericht ungetüß gebliebene Beschluß zur Beitrittserklärung an die Hauptklasse geht, wie wir heut feststellen können, dahin, daß 20 Proz. der Einmaligen an die Hauptklasse nach Berlin abgeliefert werden.

Sociales.

Volkzählungs-Ergebnisse. Ueber die Ergebnisse der letzten Volkzählung liegen aus verschiedenen Orten bereits vorläufige Zusammenstellungen vor, die wieder vielfach ein starkes Anwachsen der größeren Städte und der Industrieorte in der Nähe der großen Städte aufzeigen. So ergibt sich für Frankfurt a. M. eine Bevölkerungszahl von 287 813 gegen 229 279 im Jahre 1895, wobei allerdings unterdes einverleibte Vororte sind. Nürnberg vermehrte sich mit Einberleibungen von 162 886 auf 260 743. Mannheim stieg von 105 399 auf 140 334, Offen-burg (Waden) von 9741 auf 13 640. Magdeburg wuchs nur von 214 000 auf 229 782. Leipzig nahm zu von 399 909 auf 455 089, Dresden von 354 285 auf 395 849. Von einigen Industrie-Orten in der Nähe Dresdens seien genannt (Die Zahlen für 1895 in ()): Blasewitz 7849 (6304), Plauen 12 144 (10 164), Nieserbühl 3287 (2860), Döhlen 4236 (3888), Virkat 1418 (986), Postschappel 8000 (5550), Cotta 12 533 (9500), Postwitz 5777 (4098), Nieserfeld 2312 (1435), Heidenau 4113 (1155). Die Stadt Pirna i. S. vermehrte ihre Einwohnerzahl von 15 670 auf 18 213, Que von 8415 auf 15 180, Plauen i. V. von 55 197 auf 78 908, Zwickau von 50 391 auf 55 372, Chemnitz von 161 018 auf 206 534. Halle hatte im Jahre 1890 101 401 Einwohner und zählt jetzt 166 631.

Die Stadt Bremen stieg von 141 804 auf 160 823, das ganze bremische Staatsgebiet von 194 817 auf 220 447.

Lübeck zeigt eine Steigerung von 69 874 auf 81 517, Danzig von 125 630 auf 138 108. Hannover vermehrte sich von 209 535 auf 234 886. Eine riesige Zunahme zeigt Ludwigsbafen a. Rh., nämlich von 39 799 auf 61 608. Karlsruhe hob sich von 84 000 auf 98 000, Offenbach a. M. von 40 000 auf 50 000.

Ein Arbeiterhaus in Jütland. Am 18. November wurde in Tammersfor, dem finnischen Mandatsort, ein Arbeiterheim eröffnet. Die Eröffnungsfest wurde glänzend. Es waren Delegierte der Bolschewiken, Helfingsforschen, Tanowoschischen und anderer finnischen Arbeitervereine anwesend. Die Festrede „Ueber den Zusammenhang der Idee der Arbeiterbewegung und Liebe zum Vaterlande“ hielt der bekannte finnische Führer Dr. phil. Ustin. Das neue Haus des Tammersforschen Arbeitervereins kostete 70 000 M., von denen 40 000 M. schon bezahlt sind. Interessant ist noch, daß die Maurer- und Malerarbeit von den Arbeitern unentgeltlich ausgeführt wurde. Das Arbeiterheim enthält in sich einen großen Saal für Versammlungen, eine Lesehalle usw.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Blätterinnen Berlin hielt seine allgemeine Mitgliederversammlung am 6. Dezember in Heind's Lokal, Weinstraße 11, ab. Nachdem die Versammlung eröffnet war, hielt Genosse Koyke einen Vortrag über: „Warum organisieren wir uns und welche Ziele erstreben wir?“ Von der Diskussion wurde Abstand genommen. Zum Schluß teilte eine Blätterin mit, daß sie von der Firma Jordan, Marienstraße, gemahregelt und hinausgeworfen wurde.

Das medizinische Frauenstudium in Oesterreich. Seitens der k. k. Unterrichtsverwaltung ist die Zulassung von Frauen zu den medizinischen Studien, zur Erwerbung des Doctorats der gesamten Heilkunde sowie zum pharmazeutischen Verufe angedroht worden. Die betreffenden Verordnungen sind mit dem Studienjahre 1900-1901 in Kraft getreten unter Anwendung der völlig gleichen Studienvorschriften wie bei den Studierenden männlichen Geschlechts, wobei allerdings in Betracht kommt, daß die Vorbedingungen nicht die ganz gleichen sind, weil den Mädchen keine öffentlichen Mädchenschulen zur Verfügung stehen.

Marktblatt von Berlin am 10. Dezember 1900
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut D.-Gr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
*) Roggen, gut	14,10	—	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
*) Weizen, gut	15,40	14,60	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	14,50	13,70	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	13,60	12,90	—	—	—	—	—	—	—
*) Hafer, gut	18, —	15,20	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	15,10	14,30	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	14,20	13,40	—	—	—	—	—	—	—
Rübsaat	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Senf	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen	40, —	25, —	—	—	—	—	—	—	—
Speiseerbsen	45, —	25, —	—	—	—	—	—	—	—
Bohnen	70, —	30, —	—	—	—	—	—	—	—

*) frei Wagen und ab Wagen.

Produktenmarkt vom 11. Dezember. Der Getreidemarkt verfehrte in schwacher Haltung, das Geschäft hielt sich in sehr engen Grenzen. Das Ansehen der wärischen Witterung, die mitteren Berichte aus Oesterreich-Ungarn, Holland und Nordamerika wirkten sehr unangünstig auf die Tendenz ein, und die Folge war, daß Weizen und Roggen 1/2 M. im Preise nachgeben und auch im weiteren Verlauf keine Erholung im Preise zu verzeichnen hatten. Die Angebote vom Inlande und Auslande, namentlich den Donauländern waren reichlich im Markt, sind aber zur Zeit noch unrentabel. Hafer, Mais, Weizen, sind bei sehr klarem Geschäft unverändert. Spiritus notierte für 70er Vocomare 45,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Weber. Ad Adresse genügt Behlendorf bei Berlin.
Socialdemokratie. Franz hat recht.
M. L. B. bei Waldenburg. Dergleichen Vagen werden in der Kampfpresse fortgesetzt kolportiert. Es lohnt nicht, sich dagegen zu wehren, da unsre Entgegnungen in jenen Blättern doch niemals Aufnahme finden.

Dem vaterlandlosen Velleit
Leopold Lier
zum heutigen Geburtsstage die besten
Wünsche.
A. Z. L. Sch. E. G. O. B. P. P. Max.

Socialdemokratischer Wahlverein für Lichtenberg.
Am Sonntag, den 8. Dezember, verstarb in der Anstalt Herzberge der Genosse

Eduard Enseleit
im vollendeten 31. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs in Weidensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. 362 L.
Das Personal der S. Hermannschen Bahndirektion.

Dantjagung.
Für die rege Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes
Franz Henze
sage hiermit insbesondere den Herren
Ehrl. der Firma G. S. Herrmann,
d. S. B. Buchdrucker und Schriftsetzer,
dem Gesangsverein, sowie den Kollegen,
Freunden und Bekannten
meinen innigsten Dank. 15478
Wwe. E. Henze nebst Kindern.

Wilh. Christoph.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reuen Hildorfer Kirchhofs statt.
Die Arbeiter der Pianofabrik
Görs & Kallmann.
beliebige
Zahn-Klinik Vr. Zeitigka.
Frau Olga Jacobson, Dent.
85/14*) Invalidenstr. 145.

Zweite Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

Auf der am 27. Dezember 1898 abgehaltenen Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg wurde der Beschluß gefaßt, alle zwei Jahre eine solche Konferenz stattfinden zu lassen und eine Kommission mit den Vorarbeiten für die nächste Konferenz beauftragt.

Die Kommission beruft nunmehr die Konferenz für den 27. und 28. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, nach dem Gewerkschaftshause in Berlin, Engel-Ufer 15 (großer Saal), ein.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

- 1. Kommunale Wohnungspolitik.
Berichterfasser: Stadtv. Hirsch-Charlottenburg.
2. a) Die Reform des preussischen Kommunal-Wahlgesetzes.
b) Die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts in Bezug auf die Hausbesitzer.
Berichterfasser: Stadtv. Pfannkuch-Berlin.
3. Die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der Gesundheitspflege.
Berichterfasser: Stadtv. Dr. Freudenberg-Berlin.
4. Welche Rechte bietet die Landgemeinde-Ordnung den Gemeindevertretern?
Berichterfasser: Gemeindevertreter Gerstenberger-Friedrichshagen.
5. Die nächsten Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Landgemeinden.
Berichterfasser: Gemeindevertreter Sonnenburg-Friedrichshagen.
6. Der Erlaß von Ortsstatuten auf Grund der Gewerbe-Ordnung.
Berichterfasser: Stadtv. Koblentz-Berlin.
7. Anträge.

Für die Verhandlungen ist in Aussicht genommen der 27. und 28. Dezember bis mittags 12 Uhr. Am Nachmittag sollen dann noch einige städtische Einrichtungen Berlins besichtigt werden.

Anträge für die Konferenz müssen bis spätestens den 22. Dezember an den Genossen B. Bruns, Berlin SO., Ratiborsstr. 2, eingesandt werden.

Für billiges und gutes Nachtquartier (75 Pf.) ist gesorgt, doch ist vorherige Meldung beim Genossen Bruns notwendig. Die Kommission hat sodann beschlossen, der Konferenz den nachfolgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg beantragt die Agitationskommission für die Gemeindevahlen, in zwei Jahren eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Königreichs Preußen einzuberufen.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter aus andren Teilen des Reichs sind als Gäste willkommen.

Im Auftrage der Kommission. B. Bruns.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ausschluß aus der Partei. Der Gastwirt A. Voigt, Oranienstraße 184, wurde durch einstimmigen Beschluß von einem auf Grund § 2 des neuen Organisationsstatuts gebildeten Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen. Der Antrag auf Ausschluß war von einer Parteiversammlung des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises gestellt. Voigt hatte unter andern, wie durch einwandfreie Zeugenaussage festgestellt wurde, in unerhörter Weise die größtenteils Wertschätzung der Partei, sowie grundlose Verleumdungen gegen eine Anzahl ehrenwerter und erprobter Genossen zu Schulden kommen lassen.

Charlottenburg. Der Wahlverein Charlottenburg hält am Donnerstag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambinusbrauerei eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung ersehen die Mitglieder aus der Anzeige in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“. Am zahlreichen Besuch der Versammlung ersucht Der Vorstand.

An die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zu Hitzdorf. Die Kreisversammlung für unsere Wahlkreis hat am letzten Sonntag als Zeitpunkt der Umwandlung der Wahl- und Bildungsvereine unseres Kreises in die Centralisation den 1. Januar nächsten Jahres bestimmt. Um nun eine pünktliche, ordnungsmäßige Abrechnung unseres Vereins zu ermöglichen, werden diejenigen unserer Mitglieder, welche ihre Beiträge noch nicht bis Reuzjahr bezahlt haben, gebeten, dieses möglichst bald zu thun. In den Beitragen werden für dieses Jahr nur noch bis zum 24. Dezember Beiträge entgegengenommen. Die dann noch restierenden Beiträge können fortan nur noch beim Kassierer G. Müller, Bergstr. 55/56, III. Aufgang, 4 Treppen, beglichen werden. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Den Genossen zur Nachricht, daß die Monatsversammlung des Wahlvereins ausfällt; an deren Stelle findet am Mittwoch, den 19. d. M., eine Volksversammlung bei Dube statt. Dr. Karl Liebknecht spricht über die politische Lage. Die Bezirksführer haben Sonnabend bei Lohse die Flugblätter in Empfang zu nehmen. Nege Agitation erwartet Der Vorstand.

Aldershof. Arbeiter-Bildungsverein für Aldershof. Donnerstagsabends 8 1/2 Uhr bei Schmauser, außerordentliche Generalversammlung.

Röpenitz. Die Parteigenossen, welche bei der bevorstehenden Stadtwahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen wollen, werden ersucht, ihre Stimme für den Photographen Hansmann abzugeben. Der Vertrauensmann.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 13. Dezember 1900, nachmittags 5 Uhr. Die Akten betr. die Wahl des Kaufmanns Oskar Giese, Hoher Steinweg 2/3, und des Fabrikbesizers, Handelsrichters Friedberg, Lindenstraße 44, zu Stadtverordneten. — Wahl je eines Mitglieds in den Ausschuß zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen, in die Armen-Direktion, in die Deputation für die Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege — und in die Sanitätskommission. — Bericht-erstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, an den Landtag das Ersuchen zu richten, daß bei der Änderung des Kommunal-Wahlgesetzes die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeindevahlen beschlossen werden möge. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Leber-

mittelzölle. — Vorlagen, betreffend die unentgeltliche Lieferung von Wasser zum Betriebe der vier am Bismarck-Denkmal zu errichtenden Fontainen. — die Feier des Geburtstags des Kaisers und Königs. — die Beteiligung der Berliner Feuerwehreinheiten an der im Juni und Juli 1901 hier selbst stattfindenden internationalen Ausstellung für Feuerchutz- und Feuerrettungswesen. — die Teilung des Bezirks der 162. Armen-Kommission. — den Jahresabschluss der städtischen Kanalisationswerke und Kieselwerke für das Etatsjahr 1899. — die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Stadtschulrat, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Vertram. — die Nachweisung der Flammen zur öffentlichen Beleuchtung, sowie des Umfangs der Gasproduktion und des Gasverbrauchs im Vierteljahr Juli/September 1900. — die Erhöhung des Tageslohns bei der städtischen Straßenreinigung ausbittelsweise beschäftigten Arbeiter. — die Verwahrung der Brausezellen 1. Klasse in den städt. Volksbadeanstalten in Moabit und an der Schillingstraße in Brausezellen 2. Klasse. — die Verlegung des Stadtschulrats, Geh. Regierungsrat Dr. Fürstenau, in den Ruhestand.

Nichtgenehmigung von Straßenbahnlinien. Die städtische Zustimmung zu einzelnen Straßenbahn-Verbindungen war der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in dem mit der Stadtgemeinde Berlin abgeschlossenen Verträge vom 19. Januar 1898 erteilt worden. Zu diesen Linien gehörten auch die Anschließstrecken: von der Behrenstraße über den Lustgarten und die Schlossfreiheit nach dem Schlossplatz (für welche letztere der Stadt ein einmaliger Pauschalbeitrag von 20 000 M. gezahlt werden sollte) und die Abzweigung von der Westlichen Vorortbahn: Königin Augustastr. über den Gasenplatz, durch die Dettmer- und Bernburgerstraße nach dem Alantischen Platz. Diesen drei Linien ist nun von der Verkehrsbehörde die Genehmigung verweigert worden, weil ein Bedürfnis zum Bau und Betrieb dieser Anschließstrecken für vorliegend nicht erachtet werden könne. Da nun § 15 des erwähnten Vertrags, im Falle die staatsbehördliche Genehmigung verweigert wird, dem Magistrat das Recht giebt, namens der Stadtgemeinde die Zustimmung für die betreffende Linie zurückzuziehen, so ist der Gesellschaft von der städtischen Verkehrsdeputation jetzt mitgeteilt worden, daß der Magistrat nunmehr von diesem Recht Gebrauch mache.

Lokales.

Die Gefahren des Großbazzars. Die Interessenten der göttlichen Weltordnung lassen sich von einer feinen Witterung leiten, wenn sie über die Großbazzare herziehen. Es ist nicht die Sorge um den Kleinbesitz, um das eheliche Hauswerk, das die Agrar- und Industrieburgen leitet, was sie ihren Vorurteilen Anweisung geben, auf die Straße zu gehen. Das Kleinhauswerk kann freilich zehnmal zu Grunde gehen; liefern sie selber doch ein gut Teil Regen zu seinem Sarge. Was den Haß gegen das Warenhaus in solchen Betreibern der Ordnung weckt, das ist die demokratische Tendenz dieses Instituts, seine Zugänglichkeit für jedermann, die ihnen schwer im Magen liegt, weil sie der Uebel schlimmste, die Begehrlichkeit, schon im Kinde weden muß. Jetzt gerade zur Weihnachtszeit läßt sich diese Wirkung beobachten. Schauen konnte das Proletariat freilich auch vormals. Aber es war doch etwas anders, als die Spiegelscheibe noch die unüberwindliche Grenze war zwischen denen, die sich draußen auf der Straße mit dem Betrachten des Schaufensters begnügen mußten und denen, die kraft ihres wohlgefüllten Portemonnaies den Ladentraum betreten konnten. Damals schieden sich zwei Welten — jene vor und hinter der Glascheibe. Diese Grenze aber hat der Großbazaar verwischt. Seine Pforten öffnen sich jedem, mag er auch nur für einen Sechser Zwirn, ja mag er gar nichts kaufen wollen. Die weiten, lichtdurchfluteten Räume laden Arm und Reich heran, und manche Mutter, deren Betschmuck sich nur auf wenige Mark beläuft, will doch ihren Kleinen den Genuss verschaffen, sich das, was sie nicht besitzen können, in nächster Nähe anzusehen. Alles, was das Kinderherz begehrt, steht nun mit Händen greifbar da; und während die Mutter überlegt, ob es wohl zu einer fünfzigpfennigen Puppe reicht, sieht das Kind, wie neben ihm hier das schöne Schaufelrad und dort das riesige Puppenkater von einer Dame im Seidenkleid erhandelt wird. Und das soll das Kindergemüt nicht anregen, aber die Herrlichkeit der heutigen Ordnung nachzudenken? Da lassen die Besitzenden vom Schulmeister und Pastor unangeführt das Lob der Zufriedenheit und Demut predigen und ein einziger Besuch bei Tisch oder Wertheim wird im Proletariat die Absichten aller preussischen Gemeindeführer-Regulative über den Hausen. Ist somit nicht der ordnungswidrige Verdacht gerechtfertigt, daß die Großbazzare beinahe ebenso gefährlich sind wie die Sozialdemokratie?

Der Drehschraube-Wähler wollte am Montag in einer Antisemitenvorlesung, die nach dem Concordia-Saal in der Andreasstraße einberufen war, wieder eine Vorstellung im Judenbuche geben. Diesmal schien aber dem überwachenden Polizeileutnant die „bildreiche Sprache“ des Antisemitenhauptlings doch zu starkem Tabak zu sein, denn er fuhr dem Drehschraube, nachdem der Menschenfreund erst wenige Sätze gesprochen hatte, in die Parade und löste die Versammlung auf. Wähler hatte seinen antisemitischen Freunden erzählt, er habe in Halle und Dresden tätigt auf die Juden losgedroschen, und er hätte erwartet, seine Freunde würden inzwischen in Berlin die Judenbände ordentlich „verbams“ haben, was leider nicht geschehen sei. Dann richtete der Antisemitenhauptling die recht christliche Anrede an seine Zuhörer, es sollten sich aus ihren Reihen 20-30 kräftige junge Leute zusammensetzen, um die Judenbengel aus den Lokalen der Friedrichstraße herauszuholen und sie gehörig zu verbalsen. Nach dieser lebenswichtigen Aufforderung, die der Drehschraube mit wohlgefälligem Lachen und seine Freunde mit tosendem Beifall bejahten, erfolgte die polizeiliche Auflösung. Die Versammlungsleiter misst dem Redner mochten zunächst recht verbuzte Gesichter. Sie waren eben an ihre bisher unbedeutend geliebte Drehschraube so gewöhnt, daß sie wegen des polizeilichen Einschreitens ganz „bass“ waren. Nachdem sich die deutschen Männer vom ersten Schreck erholt hatten, riefen sie dem Polizeileutnant zu: „Wir protestieren dagegen! Sind wir denn Staatsbürger zweiter Klasse?“ Die Versammlungsbefucher gaben ihrer Enttäuschung über die verordnete Drehschraube lachenden Ausdruck durch Hochrufe auf Wähler und kräftige Schimpfwörter gegen die Juden. Die Beamten benahmten sich der lachenden Gesellschaft gegenüber so zurückhaltend, daß wir nur wünschen können, die Polizei möge, wenn sie sich verweigert, gegen Veranlassungen der Arbeiter einzuschreiten, ebenso selbständig und besonnen vorgehen.

Auf der Suche nach dem zuständigen Schiedsmann befand sich mehrere Wochen lang ein Kläger, der eine Verleumdungsaffäre anhängig machen wollte und vorerst den vorgeschriebenen Sühnevertrag beim Schiedsmann zu veranlassen hatte. Am 25. September wollte der Kläger den Schiedsmann des in Betrach kommende Bezirks aussuchen, er erfuhr aber, daß der Inhaber dieses Amtes bereits vor mehreren Wochen gestorben war. Der Kläger ging nun zum Stellvertreter des Schiedsmanns, Kaufmann Busch, Schäferstr. 8. Dieser war verreist und konnte auch bei wiederholten Besuchen vom Kläger nicht angetroffen werden. Jetzt wollte sich der Kläger Rat auf dem Polizei-Revier-Bureau holen. Da wurde ihm der Bescheid: Kaufmann Busch müsse die Sache erledigen. Da Busch aber immer noch nicht von der Reise zurückgekehrt war, so wies die Frau W. den Kläger an den zweiten Stellvertreter, Kaufmann Grashold in der Schmidstraße. Der Kläger

begab sich nun dahin und fand, daß Herr Grashold nicht mehr in der Schmid-, sondern in der Köpenickerstraße wohne. Gleichwohl trug er ihm sein Anliegen vor, aber auch Herr Grashold wies den Kläger ab mit dem Bemerkten, daß er das Amt des stellvertretenden Schiedsmanns niedergelegt habe. Da bei dieser Suche schon einige Wochen vergangen waren, so fürchtete der Kläger, die Verjährungsfrist könne verstreichen, ehe es ihm gelinge, den zuständigen Schiedsmann zu finden. Der Kläger wandte sich nun an einen ihm bekannten Stadtverordneten, und dieser gab ihm den Rat, zum Schiedsmann des benachbarten Bezirks zu gehen. Dieser erklärte sich aber für unzuständig und lehnte die Ansetzung eines Sühnetermins ab. Nunmehr begab sich der Kläger nach dem Rathaus, um beim Magistrat anzufordern, ob denn nicht endlich für den verwaisten Bezirk ein Schiedsgericht bestellt werde. Es gelang dem Kläger, auch den für solche Sachen zuständigen Stadtrat zu sprechen, aber mit dem Schiedsmann war es immer noch nichts. Vom Magistrat wurde der Kläger an das Amtsgericht verwiesen, und nach mehrfachen Kreuz- und Querzügen durch einige in verschiedenen Stadtbezirken liegenden Bureau gelangte er auch endlich an die Stelle, wo er sein Anliegen vortragen konnte. Wieder verging einige Zeit, dann erhielt der Kläger vom Amtsgericht den Bescheid, daß am 17. November in der Person des Sanitätsrats Dr. Schwert ein Schiedsmann für den betreffenden Bezirk bestellt werden würde. Als sich nun der Kläger bald nach dem 17. November zu Schwert begab, teilte ihm dieser mit, daß er sich nicht mit der Angelegenheit befassen könne, da noch nicht alle Formalitäten der Bestellung erledigt seien. Am 6. Dezember erhielt der Kläger endlich den Bescheid von Herrn Schwert, daß er nunmehr seine Sache anhängig machen könne. — Wenn die schiedsmannlose Zeit noch 14 Tage länger angehalten hätte, dann wäre die Verjährungsfrist für die vorliegende Verleumdung verstrichen gewesen. Unverständlich ist an der Sache das eine, weshalb die Stellvertreter des verstorbenen Schiedsmanns, die doch gerade für solche Fälle ernannt sind, hier nicht ihres Amtes walteten konnten.

Der Sternberg-Prozess

neigt sich dem Ende entgegen, aber als ob er gestern begonnen hätte, so erregt er noch immer das ungeteilte Interesse in allen Bevölkerungsschichten. Trozdem die Öffentlichkeit von den Verhandlungen ausgeschlossen ist, sind doch im Laufe der Wochen nach und nach so viel Personen durch Gerichtsbeschlüsse zugelassen worden, daß der Zuhörerraum des großen Schwurgerichtssaals bis auf den letzten Platz gefüllt ist, so daß der Zutritt selbst zugelassenen Personen wegen Ueberfüllung oft verweigert wird. Gerade an den jetzigen trübigen Tagen, wo die Vorhänge der hohen Bogenfenster zugezogen sind und der Saal von zahlreichen Armleuchtern künstliches Licht empfängt, machen die Verhandlungen einen besonders feierlichen Eindruck.

Am Dienstag wurde der jetzt in Untersuchungshaft genommene Polizeikommissar Thiel vernommen, der sich von dem Sternbergischen Gelde verblenden ließ und für wenige Tausend Mark seine Existenz geopfert hat. Seine Aussage war für die früher kompromittierte Verteidigung sehr günstig, indem er betonte, daß dieser der amtliche Ursprung der an Luppas gelieferten Berichte nicht bekannt gewesen sei. Thiel hat unter andern Vorstrafenverurteilungen über Belastungszugungen geliefert. Derartige Mitteilungen scheinen jedoch öfters in die Öffentlichkeit zu gelangen. Im Garmlofen-Prozess bellagte sich der angeklagte Wolf darüber, daß sich das „Berliner Tageblatt“ in dessen Enthüllungspartikeln über seine in früher Jugend erfolgten Vorstrafen genau unterrichtet gezeigt habe.

Mit einer Schicksprügelei wollte Justizrat Sello, wie ein hiesiges Blatt meldet, den Staatsanwalt Braut beglücken, weil dieser in der Freitagssitzung des Sternberg-Prozesses sich angeblich beleidigend über den Rechtsanwalt geäußert hatte. Der Staatsanwalt hat die „schwere Pistolenforderung“ mit der Motivierung abgelehnt, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Justizrat Dr. Sello persönlich zu beleidigen, und daß die Äußerung dienstlich gefallen sei.

Eine Thorheit, wie die von Herrn Dr. Sello verübte, war gerade noch notwendig, um die bedenkliche Stimmung des Publikums gegen einige der Herren Verteidiger zu kräftigen.

„Belohnungen“ im Reiche des Herrn Thielen. Vor einigen Tagen meldeten die Zeitungen die Belohnung von 55 Berliner Eisenbahnarbeitern für langjährige Dienste. Wie hoch die einzelnen Beträge waren, wurde nicht gesagt. Nicht ohne Grund schätzten wir sie sehr niedrig. Wie von informierter Seite mitgeteilt wird, erhalten nach den Bestimmungen des Lohnetats Arbeiter bei „befriedigender“ Führung nach langjähriger Dienstzeit eine Belohnung in Form einmaliger Lohnzulagen und zwar betragen dieselben nach 25 jähriger Beschäftigung 30 M., nach 30 jähriger 60 M. und nach 50 jähriger 100 M. Eine solche „Belohnung“ ist allerdings mehr als bescheiden und brauchte nicht besonders ausposaunt zu werden.

Das Wirken des Arbeitsnachweises im Bureau des Vereins zur Befreiung der Strafgefangenen wird in der bürgerlichen Presse gar oft über den grünen Älce gelobt. Wir haben mehrfach darauf hinweisen müssen, daß der Vorteil, den der Verein bietet, weit mehr den „notleidenden Landwirten“, denen an billigen Arbeitskräften gelegen ist, als den Strafgefangenen zu gute kommt. Diese fühlen sich besonders über die Bedingungen beschwert, unter denen der Verein ihnen eine Stellung besorgt. Es soll weniger davon geredet werden, daß der „entlassene Strafgefangene“ sich schriftlich verpflichten muß, dem Herrn Arbeitgeber sowie dessen Vertreter unbedingten Gehorsam zu leisten. Als sehr drückend wird jedoch die Bestimmung empfunden, daß der Arbeitgeber den für Reise, Verpflegung, Porto u. vom Verein verauslagten Betrag vom Lohn abzuziehen und für das Bureau des Vereins einzubehalten hat. Den Unglücklichen, die sich auf die Wirksamkeit des Vereins angewiesen fühlen, fehlt es vielfach an Notwendigkeiten, und daher ist wohl die Frage am Platz, ob in dem Fall, daß der Verein selber nicht die Ankosten zu tragen im stande ist, sie dem Unternehmer nicht zugeschoben werden können? Schon der Umstand, daß der Arbeitgeber infolge des niedrigen Arbeitslohns, den er dem aus dem Gefängnis kommenden Mann zahlt, immer noch auf seine Kosten kommen wird, sollte für eine solche Wälzung des Loses der entlassenen Strafgefangenen maßgebend sein.

In der Herberge des Gewerkschaftshauses reisten im Monat November 909 Personen zu, die zusammen mit den am 1. November anwesenden 138 Schlafgästen 4947 mal übernachteten. Von den Zurückgehenden waren 688 organisiert. Wäher wurden 1582 verabreicht, gereinigt wurden 32 Personen.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Verbindung einer Wadagelegenheit mit einer Herberge eine unbedingte Notwendigkeit ist. Für Leute, die wochenlang gereist sind ohne jemals Gelegenheit zur gründlichen Reinigung gehabt zu haben, bedeutet ein Bad eine große Erfrischung. Man sieht auch, daß die Reisenden diese Einrichtung zu schätzen wissen, denn während die Hausordnung nur ein einmaliges Baden bei der Aufnahme vorschreibt, wofür einschließlich Seife und Handtuch 5 Pf. zu zahlen sind, haben eine ganze Anzahl freiwillig mehreremal gebadet.

Der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Viktor Kopsch ist am Sonntag auf der Straße am Hallischen Thor von einem Luftsturz befallen worden, so daß er ohnmächtig zu Boden fiel. Die erste Hilfe wurde ihm auf der Unfallstation in der Wilhelmstraße geleistet, von wo aus der Kranke in seine Privatwohnung in der Diefenbachstraße gebracht wurde. Die Schwundelansfälle hielten auch gestern noch an.

Der unerhörte Vorfall, daß ein elfjähriger Knabe wegen „Majestätsbeleidigung“ von einer hiesigen höheren Schule verwiesen worden ist, hat sich in der That ereignet. Der Schüler ist ein Sohn des Rechtsanwalts L. aus der Französischenstraße und besuchte das hiesige königliche Wilhelms-Gymnasium. Er hatte, wie die „Post“ schreibt, aus Anlaß des Breslauer Attentats eine thörichte Bemerkung gemacht und außerdem beleidigende Karikaturen gezeichnet. Der Direktor hat die Entzerrung des Knaben vom Gymnasium angeordnet. Dem ferneren Vernehmen nach hat der Kultusminister den Delegierten von der Aufnahme an jeder anderen höheren Schule Preußens ausgeschlossen! — Daß man der Äußerung eines elfjährigen Knaben diese Bedeutung beilegt, bezugt nur, wie weit wir in Deutschland in den Byzantinismus hineingeraten sind.

Gegen die Errichtung der „Milchzentrale“ in Berlin, die in der vorgestrigen Versammlung der märkischen Milchproduzenten beschlossen wurde, wollen die Milchhändler Protest einlegen. Die Centrale soll zwischen Produzent und Käufer in der Weise vermitteln, daß sie den Abzug der Milch mit 18 Pf. pro Liter garantiert, Milch, die nicht in Berlin untergebracht werden kann, wird von den an die Centrale angeschlossenen Molkereien abgenommen und dort zu Butter und Käse verarbeitet. Zur Deckung der Kosten wird ein Betrag von 1/2 Pf. pro Liter vom Produzenten erhoben. Die Milchhändler, welche Abnehmer bei der Centrale sind, dürfen Vollmilch nur für 20 Pf., Halbmilch überhaupt nicht verkaufen und müssen die Rahmabgewährung thunlichst beschränken. Bisher haben sich Produzenten, die zusammen 315 000 Liter liefern, der Vereinigung angeschlossen; man rechnet damit, daß bei Beginn des neuen Jahres die Zahl der Lieferanten soweit gewachsen sein wird, daß sie drei Viertel des gesamten Milchverbrauchs in Berlin, gleich 450 000 Liter, repräsentieren; dann wird die Milchzentrale ihre Thätigkeit beginnen. Inzwischen bereiten die Milchhändler eine Protestbewegung gegen die Milchzentrale vor, die nach ihrer Ansicht dazu bestimmt ist, dem Milchhändlerstand den Garaus zu machen. Heute findet eine Generalversammlung des Vereins der Milchpächter Berlins statt, in der über die weiteren Schritte beraten werden soll.

Der automatische Verkauf von Eisenbahnfahrkarten hat sich bei der Stadt- und Wanneseebahn außerordentlich nützlich erwiesen. Insgesamt verkauften 152 Automaten im Jahre mehr als 30 Millionen Karten. Auf den Stadtbahnhöfen Zoologischer Garten und Friedrichstraße werden monatlich etwa 200 000 Karten durch die Automaten ausgegeben.

Die Polizeibehörde vertaufte sich in einer Entgegnung gegen den Vorwurf, daß das Polizeipräsidium beabsichtige, die Verwendung von Keller- und Dachgeschloß-Räumen für Geschäfte- und Arbeitszwecke zu verbieten, wie überhaupt die Verwendung dieser Räume für den dauernden Aufenthalt von Menschen auszusprechen, und daß zur Zeit namentlich für die großen Geschäftshäuser, Warenhäuser usw. dahingehende besonders harte Bestimmungen im Polizeipräsidium ausgearbeitet würden. Diese Behauptungen sind völlig unzutreffend; für die Verurteilung der Frage, ob Keller- und Dachgeschloß-Räume zu Geschäftszwecken oder überhaupt zum dauernden Aufenthalt von Menschen benutzt werden dürfen oder nicht, sind und bleiben vielmehr allein maßgebend die Vorschriften der Baupolizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin. Das Polizeipräsidium erläßt nur die längeren diese Bestimmungen. Die Hauswirte können also sich ruhig schlafen legen.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Paterfahrgesellschaft wurde der Antrag auf Liquidation genehmigt. Das Geschäft geht vom 1. Januar 1901 ab an Herrn Direktor Starke über, welcher für Wagen, Pferde, Mobiliar und Rundschaft 250 000 Mark vorzahlt und das Grundstück auf zwei Jahre unter Abtragung der sämtlichen Hypothekenzinsen und Grundstückslasten für einen Netto-Mietpreis von jährlich 62 500 M. mietet.

Vermehrung der Schuymannschaft. Wie ein hiesiges Blatt meldet, sind im nächstjährigen Etat drei Majorstellen nebst Adjutanten vorgesehen. Von den bestehenden 12 Hauptmannschaften sollen je vier einem Major unterstellt werden. Auch soll der Schuymannbestand um rund 300 Mann verstärkt werden. Die Quantität unserer Schuymannschaft genügt nach der Meinung der meisten Einwohner durchaus. Die Qualität läßt sich allerdings im Verwaltungsetat nicht gut heben.

In der Droschke sich zu erschließen veruchte Dienstagmorgen ein junger Mann, der sich Georg Radwiy aus Dresden-Blasewitz, Kaiser Allee 23, nannte. Der etwa 22 Jahre alte Mann stieg an der Ecke der Gneisenau- und Bellealliancestraße bei dem Droschkenführer Wilhelm Reinhold aus Schöneberg ein und ließ sich nach der Charité fahren. Aus dieser kam er nach 10 Minuten wieder heraus, gab als nächstes Ziel dem Kutscher Luisenstr. 19 an. ließ ihn aber an der Ecke der Schumann- und Unterbaumstraße wieder umkehren, nachdem er aus einer Pistole einen Fehlschuß auf sich abgegeben hatte, von dem der Kutscher glaubte, daß er von den spielenden Kindern herrühre. Vor dem Hauptportal der Charité fiel nun ein zweiter Schuß, und nun sah man, daß der Fahrgast sich eine Angel in die rechte Schläfe gejagt hatte. Der Schervertwundete, der in das Krankenhaus gebracht wurde, hat auf einem Zettel, seine Verwandten zu grüßen. Er wolle sühnen, was er ihnen angethan habe.

Die Direktion des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Ander-Krankenhauses erucht und um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Der Direktion ist die Meldung zugegangen, daß eine Dame mit einer Sammelkarte für das Krankenhaus umhergeht und dabei angibt, sie sei im Krankenhaus angestellt. Wir haben mit dieser Sammlung nichts zu thun, wissen von einer solchen nichts und bitten, im Betreffungsfall die Person amtlich feststellen zu lassen.

Ehelicher Zwist hat den 46 Jahre alten Graveur Wilhelm Schoenbeck aus der Dresdenerstraße 105 in den Tod getrieben. Schoenbeck, der aus erster Ehe einen 17-jährigen Sohn und eine 13 Jahre alte Tochter besaß, lebte mit seiner zweiten Frau in Unfrieden, da er dem Tzawl ergeben war. Wiederholt mißhandelte er seine Frau, vor acht Tagen so schwer, daß sie die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen mußte und bei Verwandten ein Unterkommen suchte, während die beiden Kinder bei ihrem Vater blieben. Gestern Abend nahm der Mann in seiner Wohnung, auf dem Sofa sitzend, Chankali und starb nach kurzer Zeit. Ein Arzt, den die Anverwandten holten, konnte nicht mehr helfen.

Die Leiche eines neugeborenen Mädchens wurde gestern morgen im Ziergarten unweit der Mäster-Allee im Strauchweg gefunden und der Polizei übergeben. Ob das Kind gelebt hat und eines gewaltsamen Todes gestorben ist, befragt noch der Feststellung. Kenfentlich sind Spuren einer Gewaltthatigkeit nicht wahrzunehmen.

Das Carl Weich-Theater hat gestern mit der Aufführung des Ablichen Weihnachtsmärchens begonnen. Es heißt „Die Weichenprinzessin“ und handelt von Eisen, Feen und verkommenen Königskindern, die ihrer vornehmen Abkunft nicht bewußt, arm und verkannt das Land durchziehen, dann aber durch Wunderkraft zu hohen Ehren und höchsten Hochzeit gelangen. In einem solchen Stück findet das Aindergemüt auf lange Zeit Anregung, wenn die Märchenwelt heiter und von gelindem Humor durchweht an ihm vorüberzieht. Solches geschah gestern durchweg. Nur war der Text des Märchenspiels den Vorgängen, die

erklären sollte, nicht recht angepaßt. Man sprach wenigstens in den ersten Wilbern fast so geschraubt, wie in einem Sensationsdrama. Es ist am Ende in einem Leitartikel, aber nicht in einem Märchen zu entschuldigen, wenn der Prinz schwärzte, daß er eine „hohe Mission“ zu erfüllen habe. In solcher Sprache redet man nicht zu Kindern und vor allem nicht im Weihnachtsstübchen. Was hier Unrecht geschah, suchte man jedoch durch die Ausstattung wieder gut zu machen. Unser Lebttag hätten wir nicht gedacht, daß das Carl Weich-Theater so glühende Eisengewänder und so stimmungsvolle Weichhaine schaffen könnte, wie in diesem Märchen. Da war alles reizend bis auf das zum Ueberflus gependete eigentümliche Surrogat des Weichendusts, das mancher Nase nicht belämmlich war.

Nach den Nachbarorten.

Schöneberg. In der letzten Sitzung der Stadterordneten-Versammlung wurde der Bericht des „Ausschusses für die Errichtung eines Krankenhauses“ einer eingehenden Beratung unterzogen. Zunächst wurde vom Berichtstatter Stadterordneten Kuznyk hervorgehoben, daß die Aufstellung des generellen Projekts durch die hiesige Bauverwaltung erfolgen soll und daß je nach Umständen eine Begutachtung durch die Stadterordneten vorbehalten bleibt. Eine ziemlich ausführliche Debatte geistigte die verschiedenartige Auslegung über die Art der Ausführung des Bauprogramms. Während der Bürgermeister Dr. Gerhard sie dahin interpretierte, daß außer den Wirtschaftsbauenden, die ja schon in der ersten Bauperiode für das ganze Krankenhaus zu errichten seien, nur die Erbauung der Pavillons für vorläufig 300 Betten zu beschließen sei, vertrat der Referent den Standpunkt, daß die Stadterordneten die Pflicht hätten, den Bauplan des ganzen Krankenhauses festzusetzen, trotzdem in der ersten Bauperiode nur die Hälfte der 300 Betten eingerichtet werden sollten. Auch in der Specialdiskussion kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten, die auf den aufmerksamen Zuhörer den Eindruck machten, als ließe es der Magistrat an der nötigen Sachlichkeit fehlen. So wurde von dem Stadtv. Richter in durchaus logischer Weise der Standpunkt vertreten, daß bei dem heutigen Stand der medizinischen Wissenschaft bei dem Bau eines Krankenhauses die Errichtung eines medico-mechanischen Instituts ganz selbstverständlich erscheine. Genosse Ost ergänzte die Ausführungen. Bei einem solchen Objekt könnten auch die benötigten 20 000 M. keine Rolle spielen. Auch müsse er gestehen, daß ihm die Hergabe eines größeren Raums für diesen Zweck viel wichtiger dünke, als wie man es beabsichtige, die Herstellung eines Weisalls. Diese ganz selbstverständlichen Folgerungen gingen unrem Stadterordneten gegen den Strich. Während er dem Stadlv. Richter damit drohte, daß der Magistrat einen solchen Beschluß nicht beitrete, gab er Ost zur Antwort, daß es nicht maßgebend sei, was er von dem Weisall halte. Trotz dieses scharfen Vorgehens wurde der Herr Bürgermeister darüber belehrt, daß die Stadterordneten die Errichtung eines solchen Instituts wünschten, indem ein entsprechender Antrag Annahme fand. Kein erfreuliches Bild von dem Zustand unserer Volksschulen zeigte die Vorlage des Magistrats betr. Einstellung der Gehälter für Lehrpersonen in den Glat 1901. Zur Begründung dieser Forderung sagt der Magistrat folgendes: 8078 Kinder werden zur Zeit in 156 Klassen von 161 Lehrpersonen unterrichtet, was einer Klassenfrequenz von etwa 51,69 Schülern entspricht. In allen anliegenden Gemeinden: Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Friedenau und Steglitz kommt eine geringere Schülerzahl auf eine Klasse. Es ist deshalb unsere Aufgabe, auch eine Verringerung der Durchschnitts-Schülerzahl der Klassen anzustreben. Offenbar die Motivierung der Vorlage schon die Unhaltbarkeit der Zustände, so führte der Stadterordnete Dr. Richter mit vollem Recht an, daß sich dieses Bild noch trauriger gestalte, wenn man sich vor Augen führe, daß in den höheren Klassen vielleicht 35 Schüler, in den unteren dagegen häufig gegen 70 fähen. Diese Klassenstärke schien nicht nach dem Geschmack des Bürgermeisters, indem er betonte, daß man doch von Mängeln kaum sprechen könnte. Auch der Herr Vorsteher wollte diese nicht gelten lassen, doch mußte er sich von seinem Stellvertreter wiederholt eines Besseren belehren lassen. Zur Annahme gelangte die Forderung der Einstellung von 5 Lehrern und 6 Lehrerinnen von Otern 1901, sowie 1 Rektor, 5 Lehrern und 2 Lehrerinnen von Michaelis 1901.

Neu-Weißensee. Die Notwendigkeit der Aufstellung neuer Lehrkräfte an den hiesigen Schulen wird anerkannt, aus Mangel an Geldmitteln ist es jedoch nicht möglich, diese Notwendigkeit durchzuführen. So lautete der Beschluß der Mehrheit der Gemeindevertretung, die über einen Antrag, zum 1. April 1901 die vorhandenen Lehrkräfte zu verstärken, verhandelte. — Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Bewilligung von Geldmitteln für eine unter den Schülern zu verteilende Festschrift zur Zweihundertjahr-Feier des preussischen Königstums; der Einspruch unserer Genossen gegen die Bewilligung von Geldern aus Gemeindemitteln zu solchem Zweck hatte keinen Erfolg; hierzu waren nach Ansicht der Mehrheit die Mittel vorhanden. „Gott sei dank, wir werden unser Königstum hochhalten!“, äußerte der Gemeindevorordnete Rothe unseren Genossen gegenüber, die eine solche Festschrift als vollständig entbehrlich bezeichnet hatten.

Die fortgesetzte Weigerung der Gemeinde, zum Erweiterungsbau der Kirche in Weigensee nachträglich die Summe von 6478 M. beizutragen, hat eine Verfügung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zur Folge gehabt, in welcher auf Grund des § 709 des Allgemeinen Landrechts die Pflicht der Gemeinde, zu diesem Bau beizutragen betont und bei erneuter Weigerung Zwangsabtastung dieser Summe in Aussicht gestellt wird. Es wird beschlossen, bei der ablehnenden Stellungnahme zu beharren und gegen eine etwaige zwangsweise Einstellung dieser Summe in den Etat der Gemeinde den Klageweg zu beschreiten.

Lichtenberg. Auf Grund einer Verständigung zwischen den bürgerlichen Gemeindevorordneten und dem Gemeindevorstand ersüht der § 45 der Landgemeinde-Ordnung (Begriff der Acker-nahrung) in der letzten Gemeindevorordneten-Sitzung eine Auslegung, die weniger der Absicht einer Erweiterung des Gemeindevahlrechts entsprang, als dem Bedürfnis der bürgerlichen Majorität, sich die gegenwärtige Position und für die Zukunft zu sichern. Beide Parteien von „Recht und Bildung“, die sich bisher in Ausnützung der Vollmachts-Wirksamkeit bei den Gemeindevahlen zu Ungunsten der Gesamtheit überboten, einigten sich am Ende dahin, daß nur die Stimme eines solchen Forensen gelten solle, dessen Recht mindestens vier Morgen groß sei, d. h. wenigstens 40 000 M. „Käver“ ist. Unsere Genossen Grauer und Weill wiesen unter Betonung ihrer prinzipiellen Forderung auf Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Kommunalwahlen den Führer der bürgerlichen Mehrheit, den Reichs- und Landtags-Kandidaten, Kandidaten Polenz, auf das Widerspruchsvolle seines Bestrebens hin, das Wahlrecht an bestimmte Voraussetzungen zu binden, während seine politischen Freunde in Breslau, welche mit Hilfe der Socialdemokratie in den preussischen Landtag gewählt worden sind, unter-schriftlich zur Einführung des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Kommunalwahlen sich verpflichtet haben. Die namentliche Abstimmung, bei der unsere Genossen sich der Stimme enthielten, ergab das mitgeteilte Resultat. — In geheimer Sitzung wurde beschloffen, den langwierigen Prozeß wegen Lebensnahme des Lichtenberger Wasserwerks der kontinentalen Wasserwerks-Gesellschaft auf die Gemeinde eventuell durch Vergleich unter bestimmten Bedingungen zu beendigen. Das Resultat dieses Vergleichs, daß der finanziell sehr schwachen Gemeinde ein Tribut von nahezu 1 Million Mark an einen Privatunternehmer auferlegt wird, muß eine Warnung für diejenigen Gemeindevertretungen sein, die noch heute geneigt sind, entgegen aller sozialpolitischen Einsicht gemeinwärtige Unternehmungen Privatunternehmern zur schrankenlosen Ausnutzung zu überlassen.

Das Volkszählungs-Ergebnis für Rixdorf beträgt 10 514 Einwohner. Die Bevölkerung hat sich in den letzten fünf Jahren

um 30 577 Köpfe vermehrt. — Wilmersdorf, das größte Dorf Preußens, hat nach dem Volkszählungs-Ergebnis 30 982 Einwohner. Bei der Zählung im Jahre 1895 wurden 14 159 Einwohner festgestellt, die Zunahme der Bevölkerungsziffer beträgt mithin 118,81 Proz.

Ueber zwei Gesellschaften in Potsdam berichtet die „Berl. Ztg.“: Die Erregung über die skandalösen Verhältnisse bei den Spielhagen-Banken ist namentlich in Potsdam, wo sowohl der Direktor der Preussischen Hypotheken-Aktienbank, Kommerzienrat Sanden, wie der Direktor Warinski von der Deutschen Grundstückbank ihren Wohnsitz haben, sehr groß, da dort viele Personen aus dem Kleinbürgerstand, die ihre Ersparnisse vertrauensvoll in Papieren dieser Banken anlegten, empfindliche Verluste erleiden. Beide Direktoren gehören zu den höchsten Steuerzahlern der Stadtgemeinde Potsdam und namentlich Kommerzienrat Sanden genos infolge seiner Frömmigkeit großes Vertrauen bei vielen Leuten, so daß er auch zum Stadterordneten gewählt wurde. Er ist Mitglied der Finanzkommission der Stadterordneten-Versammlung und bisher hat man noch nicht gehört, daß er sein Mandat infolge des Krachs der von ihm geleiteten Banken niedergelegt hätte. Mit dem Oberhofmeister der Kaiserin, Herrn v. Pirch, stand Herr Sanden auf besonders gutem Fuß, und er spendete größere Summen für Kirchenbauten, insbesondere zum Bau der Erlöskirche in Potsdam, was ihm auch eine Ordensdekoration einbrachte. In seiner prächtig eingerichteten Villa auf dem Mühlenberge bei Sandzouci (Marienstr. 10-11) errichtete er eine Hauskapelle, in welcher wöchentlich mehrmals Gottesdienste abgehalten wurden. Was den Direktor Warinski, der in der Bährerstraße zu Potsdam eine größere Villa gemietet hat, anbelangt, so befindet er sich mit Frau und Kind bereits im Auslande. Er soll sich aus Gesundheitsrücksichten in Meran aufhalten und hatte sich vor seiner Abreise drei Wochen Urlaub geben lassen, um seine Verhältnisse zu ordnen.

Gerichts-Beilage.

Der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Dr. Paul Wöttcher, hatte sich gestern wegen Verleibung des Reichslanddirektors zu Rattowitz, Dr. Haas, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. In der Nummer der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 20. September d. J. erschien ein aus Rattowitz datierter Artikel mit der Ueberschrift „Mit der Wurft nach der Speditee“, in der dem Rektor eine die religiöse Toleranz preisende Rede zum Vorwurf gemacht wurde. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe.

Eine Pastorsfrau ist dieser Tage in Magdeburg wegen Weineids zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es ist die Frau des Pastors Heinemann zu Aröthern in der Provinz Sachsen, die als 20-jähriges Mädchen 1882 von dem damals 50-jährigen Pastor heimgeführt wurde. Frau Pastor liebte aber die Veränderung in der Liebe und schenkte so ziemlich jedem, der ihr in den Weg kam, ihre Gunst, ohne daß der Gemahl darum wußte. Nur der verheiratete Lehrer des Ortes, Herr St., widersand den Verführungen des heute noch bildlosen Weibs, wußte aber dennoch im Dorfe manches Gezißel über sich ergehen lassen. Als er diesertwegen einige Dorfbewohner wegen Verleibung vor Gericht belangte, standen die Aussagen des Lehrers und der Frau Pastor so sehr mit einander in Widerspruch, daß einer von beiden des Meineids schuldig sein mußte. Sowohl der Herr Lehrer als die Frau Pastor wurden unter Anklage gestellt. Der Lehrer, der sich inzwischen auch disciplinarisch zu verantworten hatte, erhielt die Gemüthung, daß er glänzend freigesprochen wurde, die Pastorin wurde jedoch von den Geschwornen unter Jubilation mildernder Ansätze schuldig befunden und zu der vorhin mitgeteilten Strafe verurteilt. Allgemeine Bewegung erregte es, als der nunmehr pensionierte Gatte der Angeklagten, ein alter Herr mit weißem Haar, erklärte, daß er bereits nach Einstellung des Weineidsverfahrens gegen seine Frau diese wieder zu sich genommen habe und bereit sei, sie nach ihrer Freilassung ebenfalls aufzunehmen. Inzwischen werde seine 17-jährige Tochter bei den beiden übrigen Kindern, die der Ehe noch entprochen sind, einem zwölfjährigen Mädchen und einem achtjährigen Knaben, Mutterstelle vertreten.

Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Emmendor.	770	SW	3	bedekt	4	Daparsanda	763	—	1	wolklos	-12
Homburg	770	SW	2	bedekt	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	772	SW	2	bedekt	3	Loth	762	SW	5	Regen	11
Frankf./M.	774	SW	1	bedekt	2	Kirchbren	751	SW	3	bed.	8
München	773	SO	3	bedekt	3	Paris	—	—	—	—	—
Wien	775	Still	—	bedekt	117	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Dezember 1900.
Strom wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend kräfte mit Regenfällen und eisigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Hr. Wegner, Obeliskstraße. Dem Zähler die Karte hinzutragen sind Sie nicht verpflichtet. Sie können ja gar nicht wissen, wer der Zähler ist.

H. D., Strahmannstraße. Woher Sie in einer vorübergehenden Anklage Geld erhalten können, sind wir auch nicht in der Lage Ihnen zu sagen.

G. B. 38. Die Art des Brands ist auf die Meldepunkte ohne Einfluß. Ob jedoch in Charlottenburg auch eine solche gezahlt wird, ist uns nicht bekannt.

G. W. Wiederholen Sie, bitte, Ihre Frage.

H. M. G. Wenden Sie sich an die Ober-Postdirektion, Spandauerstraße 19-23.

Wenzel. Solche Mitteilungen befinden sich zerstreut in der Presse, ein besonders Blatt, das solche Mitteilungen sammelt, gibt es nicht. Die „Socials Kreis“ könnte am ehesten Ihren Zweck dienen.

H. P. 100. Sie können den Wortlaut der Paragraphen in jeder Bibliothek nachschlagen, auch in der juristischen Sprechstunde in der Redaktion einsehen. Es ist nämlich unmöglich in dem Briefkasten den Wortlaut der in gerichtlichen Verfügungen in Bezug genommenen Paragraphen anzuführen. — **H. 77.** 1. Pfingsten 1876 fiel auf Sonntag den 4. und Montag den 5. Mat. 2. Erbrechtsfragen lassen sich nur beantworten, wenn mitgeteilt wird, wann (in welchem Jahr) und wo der Tod eingetreten ist, ob ein Testament und ob ein Ehevertrag vorliegt. 3. Ja, falls nicht nachgewiesen wird, daß der Verstorben vor dem Erblasser verstorben ist.

H. S. Beide Fragen sind zu verneinen. Streitigkeiten darüber, ob die Eltern ihrem ehelichen Kinde gegenüber ihr Erbschaftsrecht mißbrauchen, hat das Amtsgericht zu entscheiden. — **Clerfeld.** 1. An die Gewerbe-Deputation, Stralauerstraße 3/4. 2. Falls das Rassenstatut keine Frist enthält, ist Ihre Bekwerbe an keine Frist gebunden.

G. Kerber. 1. Sie müßten auf Herausgabe klagen. 2. Ja. 3. Das Rückforderungsrecht besteht seit diesem Jahre nicht mehr. — **3. 100.** Schreiben Sie ihm den Weg, ein Recht, daß Ihre Frau die Rückzahlung bringe, hat der Verstorben nicht. — **Edward Sch.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Die wirklich entstandenen Kosten können verlangt werden. 4. Der Richter ist nicht berechtigt, Rentenabzählungen zu bewilligen. Es kann wegen der gesamten Summe geklagt werden. — **L. 100.** Sie sind nicht zur Zahlung der von Ihrem Sohne gemachten Schulden verpflichtet, es sei denn, daß diese Schulden notwendig waren, um den Unterhalt Ihres minderjährigen Sohns zu decken, und daß Sie abgesehen hätten, den Unterhalt zu gewähren.

M. W. 1. Eine bestimmte Höhe fest das Gesetz für Alimante nicht fest. Es ist der notwendige Unterhalt zu zahlen. Als solchen nimmt das Gericht einen Satz zwischen 18 und 24 M. monatlich an. 2. Als angemessener Baukaffall für Einbindungskosten usw. wird 60 M. erachtet. 3. Ja. 4. Nein. Das Kind hat auch dann Alimante zu verlangen, wenn seine Mutter seinen Erzeuger nicht heiraten will. Das Erbschaftsrecht steht nicht dem Erzeuger, sondern der Mutter zu. Der Vater des außerehelichen Kindes hat also keinen Anspruch darauf, das Kind zu erziehen und ist keineswegs berechtigt, die Alimantenzahlung abzugeben, wenn ihm die Erziehung nicht übertragen wird.

Patzenhofer Marine-Bräu
 ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. [5393L*]
 Preis frei Haus:
 30 Fl. M. 3.—
 1/2 To. M. 3,25
 1/3 To. M. 2,65
Patzenhofer Brauerei
 NO., Landsberger Allee 24/27.
 NW., Strom-Strasse 11/16.

Reste Damen-Konfektion
 und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
C. Pelz, Kottbusser-Strasse Nr. 4.

van Houtens Cacao
 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
 Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da das lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.
 In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeteilt in van Houtens Cacao-Stube Werderstr. 7, Pferdebahnhaltestelle.

Grösstes Lager aller Arten Uhren und Goldwaren
 sowie Hochzeits- und Patengeschenke in Silber und Kisten von den einfachsten bis zu den elegantesten. [3432*]
Zu Weihnachten
 Schmucks von den einfachsten bis zu den elegantesten. Regulateure und Perichwinger mit Schlagwerk von 14 W. an.
 Remontuhrren von 5 W. an.
 Goldene Ringe von 1,25 W. an.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112,
 5 Min. vom Bahnh. Gesundbr.

Zum Weihnachtsfest
 empfiehlt F. Metzners Central-Korb- und Kinderwagen-Magazin
 Berlin N., 95 Brunnenstr. 95, Berlin N., vis-a-vis dem Humboldthain, am Bahnhof Gesundbrunnen, sein vorzüglich reich sortiertes Lager in Puppenwagen, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühlen, Kindertischen und -Stühlen, Knabenfahrrädern, Triumpfwagen, Kinderschreibpulten, Blumentischen, Papierkörben etc. Gr. Lager in Kinder-Bettstellen u. Polsterbetten. Preise aussergewöhnlich billig! Fernspr.: Amt III, 1767.

Einzel- von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.
C. Giesen, Oranienstr. 165a, Oranienplatz.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.
 Vatens-Geschenke.

Chronische Kranke,
 bes. Lungen-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Geschlechts-, Nerven-, Frauenleiden, Blutarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit best. Erfolge behandelt in Remedes Naturheilstaft 121.
 „Drachenkopf“, Eberswalde.
 Pension inkl. vollständiger Behandlung von 25 M. pro Woche an während der Herbst- und Wintermonate. Arztl. Leitung. Alles Weitere sagt der Prospekt, welcher frei versendet wird.

Rote + Lose
 Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. [104/4*]
 Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.
 Originallose Mk. 3,50. Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 60 Pf.
 Berlin W., Peter Loewe, Marburgerstr. 7.
 Telegr.-Adr.: Glückspeter Berlin.

Zähne 2 Mark. 10 Jahre Garantie.
 Teilzahlung Woche 1 Wk. Vollkomm. schmerzlos Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1 Wk.
J. Blumberg, Wasserstr. 33,
 a. Oranienb. Thor. Spr. 8-7, Freitag 9-1.

Paletot
 28 Mark mit abgehepitem Kinn nach Maß liefert gegen bar Kasse.
 Temporärski, Reanderstr. 16, 5630L* II. Etage.
 Anzüge allerbilligste Preise, eignen Stofflager. Bei teureren Garderoben Teilzahlung monatlich 10 Wk. gestattet.

Die schönsten Schmucks
 in massenhafter Auswahl vorrätig bei
MAX BUSSE
 Uhren und Goldwaren
175. Brunnenstrasse 175.
 Brillanten, Opale, Similis, sowie alle andren Edelsteine und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als Broches, Arm-bänder, Ohrgehänge, Halsketten, Ringe etc. Silberne u. versilberte Tafelgeräte u. Bestecks zu Hochzeits- u. Pathen-Geschenken.
 Goldene und silberne
Uhren,
 sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc.
Specialität: Lange Uhrketten mit Schieber.
 Gut gearbeitete Regulateure, Hänge-Uhren und Standuhren eignen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen meines Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 23jährige Bestehen meines Geschäfts für die Reellität der Bedienung.
Max Busse, Uhren und Goldwaren
 175. Brunnenstrasse 175. [276L*]
 Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.

Aufmerksam und streng reell
 wird jeder Kunde in
Werner's Schuh-Magazin
 bedient. Das Lager in **Schuhwaren** ist ein sehr grosses und findet selbst der verwöhnteste Käufer etwas Passendes.
 In **Werner's Schuh-Magazin** wird nicht nur der einfachste, sondern auch der allereleganteste Schuh u. Stiefel auf Lager gehalten, den die Schuh-Industrie erzeugt. Die Preise sind sehr billig, aber streng fest.
Werner's Schuh-Magazin
 Schöneberg Hauptstr. 150
 Ecke Kaiser Friedrichstr., und
Berlin O. Blumenstr. 2.



Im Weihnachts-Ausverkauf enorm billig!
Jackets
 5 M. 6 M. 8 M. 10 M.
 Stoff-Capes, beidst. 6, 8, 10 W.
 Batterie Mäber
Abend-Mäntel
 grosses Lager in allen neuen Farben und Façons mit den neuesten Pelzarten garniert 6, 8, 10, 15 W.
Fertige Kleider
 Blusenkleid, sehr beliebtes Weihnachts-Geschenk, aus reinwollenem Winter-Tyrol 13 W. 50 Pf.
Balkkleider 15, 20, 25 W.
Schwarze Kleider 18, 20, 30 W. [3632*]
Seidene Kleider 40, 50 W.
Unterröcke, Blusenhemden, Malinées und Morgenröcke 2 W., 3 W., 4 W., 5 W.
Kleider-Röcke
 in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter 6 W., 7 W., 10 W., 12 W.
Zurückgesetzte Kleider
 früher 20 bis 50 W. jetzt 9, 12, 15 W.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlbedünktlichen Traubenweins empfehle ich meinen garantiert **unverfälschten** [44/1*]
1898er Rotwein.
 Derselbe kostet in Fässern v. 30 W. an 58 Wk. pr. Wk.
 u. in Kisten von 12 Fl. an 60 Wk. pr. Fl. von ca. 7/8 Wk. Inhalt einschl. Glas. Als Probe versende ich auch 2 Fl. nebst ausführl. Preisliste per Post. Zahlreiche Anerkennungen liegen vor. Carl Th. Oehmen, Coblenz a. Rh. Weinbergbesitzer u. Weinhandl.

Möbel auf Teilzahlung in der Fabrik
H. Roggensack,
 Inh. P. Krantz, BERLIN N. 7, Ruppiner-Strasse 5.

Schönstes Weihnachts-Geschenk.
Steppdecken
 billigst in Fabrik Oranien-158 Strasse
Künstlerisch vollendete Steppmuster in Wolle, Seide, Levanilla und Satin, von 3,50 an bis elegantest. Qualitäten.
Emil Lefèvre, Berlin
 Special-Katalog buntfarbig illustriert, gratis und franco. 290L*
 gratis und franco.

Glas-Christbaumschmuck
 Ein Nischen Glas-Christbaumschmuck mit 300 St. ist nur grös. sein verhält. u. demalten Deutschen, als: Kette, Perlen, überponn. Brillant-tugeln, Gloden, Trompeten, Bögel, Christbaumspitze überponnen mit Silberfaden u. Wk. **Gratisbeilage**
 füge einen Engel mit bewegl. Glasflügeln, sowie eine Cigarrenspitze aus Bernstein mit dem Bildnis des Heiligs oder weis. Weihnachtsbei. Besendet für den postbill. Preis von **M. 5,30** fr. per Nachnahme.
Ernst Weschenfelder Tadel,
 Lauscha S.-M. 9505

Gold-Gottschalk. Wem wäre das **Uhren- u. Goldwaren-Geschäft** von **Hermann Gottschalk**, Admiralstrasse 37, nicht bekannt? Reelle, geschmackvolle Ware, billigste Preise, stets freundliche Bedienung findet man dort. Wirklicher Fachmann. **Reparatur-Werkstatt im Hause.**



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49 — Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

Unsere

Weihnachts-Messe!

Besondere Vortheile in 49 unserer Abtheilungen!

Speziell erwähnenswerth!

In der Damen-Confections-Abtheilung:

- Ein Posten Jupons, Wolle und Moiré, durchweg 2.95
- Ein Posten Jupons, Wolle und Moiré, elegante Façons und Ausführung . . . durchweg 4.85
- Ein Posten seidene Jupons, reichhaltigste Auswahl, elegant vornehm und gediegene Ausführung . . . durchweg 15.75
- Ein Posten seidene Blousen, elegante Façons für Gesellschaft und Theater, durchweg 12.85
- Ein Posten seidene Blousen, aparteste Façons für Gesellschaft u. Theater, allerletzte Neuheiten, theilweise Original-Modelle . . durchweg 18.75
- Ein Posten # Golf-Capes, neueste Schotten, in Aussehen erregender Billigkeit, durchweg 3.95

In der Teppich-Abtheilung:

- Ein Posten Tischdecken 2.50
- Ein Posten Velour-Teppiche 13.50
- Ein Posten Gardinen und Stores, weiss und crème 2.75
- Ein Posten Ziegenfelle mit Futter 8.-
- Ein Posten Reisedecken 4.50

So lange der Vorrath reicht —

Jackel's Schülerpult
für jedes Alter einstellbar, verhindern Kurzsichtigkeit und Schiefwerden, von 18 Mark an.

Patent-Sofa „Unicum“
Das Beste der Welt.

„Schlafe patent“ Jaekel's Patent-Möbel
sind die besten Raumersparnis-Möbel.
Illustrierte Preisliste Abt. I gratis und franco.
BERLIN SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstrasse.

Schlafe patent
Reform-Bettstellen mit „Schlafe patent“-Sprungfeder-Matratze.

Patent-Ruhestühle, Grossvaterstühle, Klappstühle
in jeder Preislage.

Jedes **5 Pfennig**.
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Southstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Verkaufe mein in bester Lage Berlins belegen, nachweislich sehr gut gehendes Weiß- und Bairisch-Bier-Sokal. Versammlungs- und Verkehrslokal vieler Gewerkschaften, Vereine, Zählstellen, Arbeitsnachweise usw., sofort wegen Verzugs nach außerhalb. Heinrich Schiller, Rosenfelderstr. 57.

Cigarengeschäft, gangbares, 450 Mark. Röhres Rantelgeschäft, Krausenstr. 70, Seifengeschäft. 1414

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Knabenanzüge, Knabenpaletots, Knabenjoppen, Kleiderauswahl, Spottpreise. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

Mädchenkleider, Mädchenmäntel, Mädchenjassen, Kleiderauswahl, Spottpreise. Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

Reisehandlung, Expeditionsreise, Costumreise für Damen, Fadettis, Krimmerreise, Kroatienreise, Seidenplüschreise, Kleiderauswahl, Spottbillig. Kottbuserdamm 93. 209K

Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

Rosenbergs, Kottbuserdamm 93.

Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstr. 8. Anerkannt vorzügliche Einfaßweise für Gardinen, Stores, Rouleaux, Tüllbett- und Schminkebuden. 3172*

Remontoiruhren, Regulatoren, Operngläser, Spottbillig. Veitshaus Reanderstr. 6. 45/18*

Teppiche mit Bordenschieren, Robustriederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1542b

Musikwerke, Viertelstufen, Hornmonikas, Violinen, Mandolinen, Gitarren, Sitarren, Saiten; auch Teilschulung. Sparfeld, Perlebergerstr. 60. 1782*

Ringschiff, Bobbin, Adlermaschinen, Schneidnäher, vor- und rückwärtsnähend. Eine Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landberger, Landbergerstr. 35. Rein Laden. 17131*

Wintervaletots, Spottbillig. Veitshaus Reanderstr. 6.

Pianino verkauft billig, auch Teilzahlung die Woche 4 Mark, monatlich 15 Mark, Buchholzerstr. 10 I links.

Zingermaschinen 45,00, Hand-schiffchen 85,00, für Schneider 95,00, sechsjährige Garantie, Kommandantenstr. 46 I. 1501b

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, Ringschiff, Bobbin, Adler, auch rückwärtsnähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1.-, fünfjährige Garantie. Freige, Turmstr. 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49. 1533b

Nähmaschinen aller Systeme. Passende Weihnachtsgeschenke ohne Anzahlung. Woche 1 Mark. Freier Unterricht. Nähmaschinen-Geschäft Rindorf, Berlinerstr. 84, nahe Hermannplatz. 1518b*

Zinger-Nähmaschinen, Ringschiff, Bobbin, Adler, Schneidnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte. Schmidt, Gartenstr. 41 II. 4092*

Nähmaschinen, beste Ringschiff, Bobbin, Adler, Schneidnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte. Freise, Neue Königstr. 82, Laden. 3092*

Nähmaschinen: Adler, Kraus, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Bringsmaschinen auf Teilzahlung, Kottbuserdamm 115. 1483b

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexanderstr. 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Waschlocher! Praktische Weihnachtsgeschenke! Sparpreise! Zweilochlocher 6.-, Dreilochlocher 10.-, Waschlocher billig! Gasdralsen 12.-, Waschlocher 7.-, Wohlauer, Wollner, Theaterstr. 32. 1390b

Eiserne Dosen aller Systeme, Kronen, Iren, Doppelpinne, sowie sämtliche Beleuchtungs-Gegenstände. Karl Kaufmann, Wollnerstr. 19, am Urban. 38/3*

Teppiche, Gardinen, Spottbillig. Veitshaus Reanderstr. 6.

Vogelzucht, Kanarienvogel, Weibchen, Wadewogel, Kanarien, Vogelbauer, Vogelzucht, Dahn, Brunnenstr. 101, Bahnhof Gesundbrunnen.

Waiskraut, blutbildend, für Blutarmer, Brustkranker, Schwächliche, Gewichtsannahme, bessere Gesichtsfarbe, überauschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erlöslos. Richt Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Vortrefflicher Ringler Bernauerstr. 119. 88/3*

Steyppeden am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Nähmaschinen aller Systeme tauft man am besten nur direkt im Nähmaschinen-Geschäft, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 115. Ohne Anzahlung, Woche 1 Mark, fünfjährige Garantie, Unterricht gratis. Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten Rabatt. 1732*

Schankgeschäft Krankeitsbader zu verkaufen Diefenbachstr. 8.

Gangbares Mädchen-Geschäft Krankeitsbader zu verkaufen Dresdenstr. 51. 45/20

Junger sprechender Papagei mit Bauer zu verkaufen Hoflosh, Gerichtstr. 26. 763

Schankwirtschaft zu verkaufen, billig. Zu erfragen bei Benzels, Frankfurterstr. 133. 736

Kanarienvogel, feistige Sänger, 4 Mark, Buchholzerstr. 10 I. Rechtsstr. 1, Barbiergeschäft. 44/2

Dampfsägen 2,50, Alpensteige, feistige, Buchfinken, Kottelchen, Baumkronen, Weizen, billig. Garantie für gesunde, tadellose Exemplare. Brückenstr. 1, Vogelhandlung. 46/1

Zeugen gesucht, welche gesehen haben, wie am 15. Juli nachmittags 6 Uhr, das Fuhrwerk des Herrn W. Birckholz, Chausseestrasse 75, mit einem Motorwagen der Großen Berliner Straßenbahn in der Chausseestrasse zusammengefahren ist. 1548b

Buchführung besorgt zuverlässig stundenweise Kölln, Ebornerstr. 6.

Vadecant Köpenickerstr. 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 401R*

Zahnarzt C. Wedde, Star-garderstr. 3, Ecke Schönhauser-Allee.

Wiederlegions, Brodhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andern Bücher bezieht und kauft Antiquariat Kochstr. 56, Amt 4a 6044. 406R*

Bibliophil! Wer sich über diese ruhmlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bibliophilie, welche unentgeltlich versendet werden vom Literaturverein Berlin, Königgrätzerstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Bibliophilie, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. 925b

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots, Herrenanzüge; mit Futter, Sagen 15, ohne Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 95 III. Ramen beachten! 1433b

Damenkleider, gereinigt, gefärbt, und Herrenanzüge gereinigt von 2 Mark 50 Pf. an Kostlos. Andreadstr. 78 parterre, Eisenbahnstr. 18. 1494b

Kunstoperette von Frau Kolodjo, Steinmeyrstr. 48.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Ballostr. 56, 2. Hof parterre. 2387b

Eisen- und Metallbruch kauft Broderick, Oppelnerstr. 16. 11076b*

Mädchen - Metzropole der Heilarmee. Alleinlebende Mädchen finden gutes und billiges Logis, Badezimmer und Wohnzimmer zur freien Benutzung. Nähere Auskunft erteilt die Leiterin Oranienstr. 61. 1354b*

Bereinzimmer Simonstr. 23. 345K

Bereinzimmer frei. Ledewig, Kommandantenstr. 65. 2382*

Steinert Wedding-Kaffee, Säulstr. 29. Folgende Sonnabende: 5. und 12. Januar, 2., 23. und 30. März 1901 sind zu Festlichkeiten an Vereine zu vergeben. Ebenfalls ist der 1. und 2. Weihnacht-Bierstag zur Ratine zu vergeben. Festlichkeiten sind zwei Bereinzimmer, 30-100 Personen fassend, an einzelnen Wochenenden noch frei. 1492*

Bereinzimmer empfehle hier alte Infanterie 119. 1288K*

Saal und Bereinzimmer empfehle Jannich, Inselstr. 10. 2068*

Bereinzimmer, auch Sonntag, Erdmann, Kleibergerstr. 16. 1404b

Großes Bereinzimmer einige Tage in der Woche zu vergeben. J. Sachse, Lindowerstr. 28. 1434b

Hiermit nehme ich die gegen Herrn B. Kühnig in der Erregung getragene Klage zurück. Marten.

Bereinzimmer, separat, zu vergeben, auch als Zählstelle. Poppel-Allee 3/4. 755

Aufpflasterung, Raitzen 4,00, Soja 5,00 Gräfer, Jiondstr. 23. 1546b

Decorateur gesucht, der die Dekoration eines der größten Säle Berlins zu einem Ballsaal übernimmt. Offerten abzugeben bei Meul, Barnimstr. 42. 1131

Einen Kaufburschen sucht Scheinmeister, Brüderstr. 4. 4282*

Kaufbursche, der Mundharmonika spielt, verlangt Musikbude Alexanderplatz. 146/4

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Rednerische und kaufmännische Kräfte jeden Standes werden für eine konfessionslose genossenschaftliche Geschäftsmethode von unumgänglicher sozialer Bedeutung zur Agitation, Organisation und Verwaltung gesucht. West. Meldungen unter V. 1 Exped. d. Blatts. 1549b

Achtung! **Achtung!**
Parkettbodenleger!
Folgende Firma ist geperert: Görlich & Claßen. Parkett-Fabrik. Die Kommission.

Achtung, Anschläger!
Bei der Firma Franke haben die Kollegen auf dem Bau Andreas- und Frankfurterstr. 62 wegen Vorkaufmengen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist demnach für die Kollegen bis auf weiteres gesperrt. Die Lohnkommission.

Achtung!
Chemigraphen!
Der Streif der Chemigraphen bei der Firma Karl Schütte, Leipzigerstr. 13, dauert unverändert fort. 90/12

Die Firma ist geperert.
Der Vorstand der Filiale N. der Chemigraphen.

Unserm neuesten Kurs.

- 1. Halle. In der Berufungsinstanz 20 Genossen je 9 M. Geldstrafe wegen Beteiligung an einem unerlaubten Aufzug.
2. Bochum. Genosse Struckmann wegen Verleumdung eines Werkmeisters 50 M. Geldstrafe.
3. Essen. 30 M. Geldstrafe Genosse Lübering wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
4. Braunschweig. Wegen Verleumdung in drei Fällen Genosse Seymann 600 M. Geldstrafe.
5. Duisburg. Maurer Gohle 30 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
6. Solingen. Je 15 M. Geldstrafe 2 Arbeiter wegen unerlaubten Sammelns.
7. Hamburg. 3 Arbeiterinnen 3 bzw. 5 Tage Gefängnis wegen Verleumdung von Streikbrechern.
8. Dresden. 14 Tage Gefängnis Genosse Niem wegen Verleumdung eines Gemeinderats.
9. Bremen. Genosse Klawitter wegen Verleumdung 1 Monat Gefängnis.
10. Düsseldorf. 4 Dachbeder je 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung von Streikbrechern.
11. Dresden. Wegen Verleumdung in 2 Fällen Genosse Fischer 100 bzw. 75 M. Geldstrafe.
12. Berlin. 1 Woche Gefängnis die Arbeiterin Schleich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
13. Danzig. Maurer Otto wegen Mißhandlung eines Poliers 3 Monate Gefängnis.
14. Erfurt. 3 Monate und 4 Wochen Gefängnis Genosse Papp wegen Verleumdung in 2 Fällen.
15. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Korn-Riel wegen Verleumdung in 2 Fällen 2 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.
16. Harburg. Ein Metallarbeiter wegen Streikpostenstehens 20 M. Geldstrafe.
17. Halle. Für das gleiche Vergehen ein Schlosser 10 M. Geldstrafe.
18. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Lebh-Erfurt 1 Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.
19. Dresden. Genosse Rohrad-Berlin 8 Tage Haft wegen Verübung groben Unfugs.
20. Chemnitz. Wegen Verleumdung eines Stadtrats Genosse Schäpflein 120 M. Geldstrafe.
21. Berlin. Buchbinder Franke 1 Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
22. Duisburg. 30 M. Geldstrafe Genosse Stahl wegen Streikpostenstehens. — Vier Maurer wegen Verbreitung von Flugblättern an öffentlichen Orten 15 bzw. 10 M. Geldstrafe.
23. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Rhein-Bremen 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung des Senats.
24. Zwickau. 300 M. Geldstrafe Genosse Albert wegen Verleumdung eines Hofrathen.
25. Dresden. Der Maurer Hepp 5 M. Geldstrafe wegen Streikpostenstehens.
26. Chemnitz. 5 Wochen Gefängnis der Former Heibig wegen Verübung von Streikbrechern.
27. Mehlben. Genosse Brann wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 20 M. Geldstrafe.
28. Götting. 100 M. Geldstrafe Genosse Kläh wegen Verübung groben Unfugs.
29. Gera. Wegen Verleumdung Genosse Seifarth 15 M. Geldstrafe.
30. Dresden. Genosse Niem wegen Offiziersbeleidigung 200 M. Geldstrafe.
31. Mey. Wegen Verleumdung des Vorsitzenden der Ordnenkassen Genosse Reinhardt 500 M. Geldstrafe.
32. Brandenburg. Vier Wochen Gefängnis Genosse Thiel wegen Schreckverleumdung.
33. Osnabrück. Vier Genossen je 8 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Heiligung des Sonntags.
34. Moskau. Ein Arbeiter wegen Verleumdung eines Streikbrechers 10 M. Geldstrafe.
35. Weifen. Wegen Verübung groben Unfugs ein Genosse 6 M. Geldstrafe.
Insgesamt wurde erkannt auf 2 Jahre, 6 Monate und 5 Wochen Gefängnis und 2958 M. Geldstrafe.
Berlin, den 7. Dezember 1900.

Der Parteivorstand.

Prozeß Sternberg.

82. Verhandlungstag.

Landgericht-Direktor Müller eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Der Antrag solcher Personen, die verurtheilt, Fiskus zum Gerichts-saale zu erlangen, ist heute ein ganz gewaltiger.

Staatsanwalt Braut beantragt die Vernehmung zweier Frauen, denen die Frieda Wohda nach der ersten Verhandlung erzählt haben soll, was sie mit dem Angeklagten Sternberg vorgehabt habe. Ferner teilt der Staatsanwalt mit: er habe den Zeugen Müller ermittelt, der schon vor zwei Jahren mit der Zeugin Ehler verkehrt haben will. Da nach der ihm gemachten Mitteilung der Verdacht bestehe, daß der Vater Ehler sich bei dieser Gelegenheit einer Erpressung gegen Herrn Müller schuldig gemacht habe, so behalte er sich nähere Feststellungen nach dieser Richtung hin und die Entscheidung darüber vor, ob es sich wirklich um den Vater Ehler handle und ob dieser zu verhaften sei.

Das Geständnis des Kommissars Thiel.

Erster Zeuge ist Kommissar Thiel, der vom Vorsitzenden aufgefordert wird, sein im Ermittlungsverfahren abgelegtes Geständnis hier zu wiederholen und zu sagen, wie er mit der Sternberg-Sache in Verbindung gekommen sei. — Zeuge Thiel: Ich habe mich in sehr unglücklicher Vermögenslage befunden. Ich hatte 4—5000 M. Kapitalschulden und 2000 M. andre Schulden. Am 1. Januar hatte ich von meinem Gehalt so viel zu bezahlen, daß mir nur noch 20—30 M. übrig geblieben. Ich hatte mich auch noch verrechnet, indem ich die Forderungen, die für mich noch ausstanden, nicht einbehalten. Nun hatte ich gehört, daß Herr Luppia bei zwei Kollegen gewesen war, anscheinend, um sie zu bestimmen, für ihn thätig zu sein, und da kam mir der unglückselige Gedanke, daß ich mich vielleicht retten könnte, wenn ich mich der Sternberg-Partei anbot, als Privatdetektiv thätig zu sein. Ich hatte die Idee, daß ich demnächst abgehen und mit irgendwem so viel sparen könnte, daß ich später ein Detektiv-Bureau aufmachen und meine Familie ernähren könnte. Ich ging also zu Luppia nach der Wilhelmstraße und bot mich, ohne mich zu nennen, an. Luppia sagte weder ja noch nein, sondern fragte, wer ich wäre. Ich konnte ihm dies natürlich nicht gleich sagen, sondern meinte, ich sei ein Polizei-Agent und in der Lage, Privatdetektivdienste zu thun. Er hielt mich hin und fragte mich nach Dingen aus, die schon im allgemeinen bekannt waren. Dies war am 2. oder 3. Februar, ich war dann noch zwei bis dreimal da. Luppia bewies meine Fähigkeit zu dem Geschäft und bot mich, doch nicht mit offenem Visier vorzugeben, ich verhielt mich immer noch abnehmend, bis ich dann das Unglück hatte, im Zimmer des Herrn v. Tresehof der Vernehmung der Callis beizuwohnen. Nun mußte ich Ernst machen, denn ich wußte nicht mehr, wo ich Geld hernehmen sollte.

Luppia erklärte mir, ich sollte nun mal meine Befähigung beweisen, er wollte wissen, ob das was er über die Vernehmung der

Callis gehört hatte, wirklich war sei. Darauf wurde der gemeinsame Besuch von mir, Münchhausen und Luppia in der Wohnung der Hausmann bei der Callis gemacht. Ich hatte mich mehrere Stunden lang gewehrt, weil ich wußte, daß dies der Anfang vom Ende sein mußte. Bestimmte Abschlüsse mit Herrn Luppia darüber, was ich bekommen sollte, wenn ich Privatdetektiv-Dienste verrichtete, habe ich mit Luppia nicht getroffen gehabt. Noch im letzten Augenblicke, als wir zur Callis gehen wollten, wurde es mir leid und ich wollte wieder weggehen, Herr Münchhausen kam mir aber nach und ich konnte nun nicht mehr anders. Als wir die Callis verließen, machte diese ein so merkwürdiges Gesicht, daß ich gleich dachte: Sie hat Dich erkannt. Ich beschloß vorsichtig zu sein. Schon am nächsten Tage erschien Herr v. Tresehof in meinem Bureau und teilte mir mit, daß die ganze Vernehmung der Callis verraten sein müsse. Ich zog mich nun etwa 4 Wochen von Luppia zurück. Da fügte es ein unglücklicher Zufall, daß Luppia mich eines Tags, als er auf dem Polizeipräsidium zu thun hatte, in dem Bureau erblickte und mich erkannte. Er gab mir einen Wink mit den Augen, ich mußte ihm auf den Korridor folgen.

Luppia's moralische Entrüstung.

Hier sagte mir Luppia, daß ich erkannt sei, es sei doch unerhört, daß ein königlicher Polizei-Kommissar solche Geschichten mache, es sei zu erwägen, ob es nicht angebracht sei, der Staatsanwaltschaft hiervon Mitteilung zu machen. Ich bat ihn hinstellen, mich zu schonen und schilderte ihm meine Notlage, Luppia verhielt sich aber ablehnend und ich war ganz in seiner Hand. Ich ging nach am Nachmittag desselben Tags nach seinem Bureau und erklärte dort, daß ich ihm Dienste leisten würde. Ich erhielt gleich — ich glaube es waren 300 Mark — und von dort an Zwischenräume von 200 bis 300 Mark in verschiedenen Höhe, es mögen im ganzen 7—8000 Mark gewesen sein. — Präsi.: Welcher Art waren nun die Dienste, die Sie leisteten? Zeuge: Ich hatte beim Einwohner-Meldeamt Erkundigungen über Personen einzuziehen, die als Zeugen benannt waren, fernere die Vorstrafen derselben zu ermitteln und Herrn

Luppia sofort Nachricht zu geben,

wenn etwa ein neuer Verdacht gegen Sternberg auftauchen sollte. — Präsi.: Sie hatten Zutritt zu der Registratur, in der die Personalakten aufbewahrt werden? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Mochten Sie um die gewünschten Auszüge daraus? — Zeuge: Ich verzögerte mich längere Zeit, etwas Schriftliches aus den Akten zu geben, als Luppia aber darauf bestand, schriftliche Ausgaben zu erhalten, schrieb ich mit verstellter Hand eine Notiz etwa: Säulz ist an dem und dem Datum von dem und dem Gericht wegen eines bestimmten Vergehens zu so und so viel Strafe verurteilt worden. Diese Zettel erhielt Luppia. Erwa neu auftauchenden Verdacht gegen Sternberg sollte ich durch meine Kollegen zu erfahren suchen. Ich litt durch dies Verhältnis unbeschreiblich, meine Stellung war eine erniedrigende, ich mußte mir, wenn Not an Mann war, häufig kleine Beiträge von ihm erbetteln, und häufig genug hat er mir einen Hundertmarkschein, um den ich ihn hinstellen konnte, abgeholt. Luppia hatte mir

30 000 M. versprochen,

wenn ich den Nachweis liefern könne, daß Hrl. Pfeffer die Frieda Wohda beeinflusst habe. Diesen Betrag sollte ich mit Stierhädter, den ich erst für mich gewinnen sollte, teilen. — Präsi.: Run teilen Sie mir mit, was zwischen Ihnen und

Stierhädter passiert

ist. — Zeuge: Herr Präsident, es ist alles wahr, was Stierhädter angegeben hat. Ich mußte zunächst mit dem Vertrauen Stierhädters erwerben. Ich lud ihn verschiedentlich zu Zusammenkünften in Restaurants ein, traktierte ihn und stellte ihm gelegentlich eine Stelle bei der Loge in Aussicht. Dann brachte ich das Gespräch auf den Fall Sternberg und empfahl dessen Schonung, indem ich darauf hinwies, daß der moralische Schaden, den Frieda Wohda erlitten, doch nicht so groß sei. Darauf verließen unsere späteren Gespräche so, wie Stierhädter es gewünscht hat. — Präsi.: Hatte Luppia denn so große Summen in Aussicht gestellt? — Zeuge: Ja, in Höhe einer Freisprechung. — Präsi.: Sie erfuhren von der Zeugenaussage des Stierhädter, als Sie sich auf einer Dienstreise befanden? — Zeuge: Ja. Ich kämpfte schwer mit mir, ob ich die Fiktion ergreifen oder zurückkehren sollte, mit Rücksicht auf meine Familie entschloß ich mich zu letzterem Schritt. — Präsi.: Hatten Sie den Eindruck, daß Luppia von der Unschuld Sternbergs überzeugt war? — Zeuge: Luppia war stets so vorsichtig, daß ich nicht wußte, ob er heugelte oder nicht. Außerdem habe ich in dieser Zwischenzeit anders gelebt, um mich zu betäuben, meine Beobachtungsgabe war getrübt. — Präsi.: Nach Ihrem Geständnis im Ermittlungsverfahren wollen Sie Herrn

Justizrat Dr. Sello

schon im März mitgeteilt haben, daß Sie ein bestochener Beamter sind. — Zeuge: Das doch nicht! Ich bin bei Dr. Sello gewesen und deutete ihm an, daß in einer Strafsache eine Beeinflussung versucht worden, und daß ich von der Pflicht abgewichen sei, indem ich bei einem Mädchen gewesen sei. Justizrat Sello holte sofort das Strafgesetzbuch herbei und warnte mich vor den hohen Strafen, indem er mir dringend riet, meine Finger von solchen Sachen zu lassen. Ich hatte damals mit Dr. Sello in einer Erbschaftsangelegenheit zu thun und bin nochmals bei ihm gewesen. Das nächste Mal sagte ich Herrn Justizrat, ich hoffte, daß meine Gewissensbisse noch einmal überflüssig wären, denn zum Glück habe mich das betreffende Mädchen nicht rekonvertiert. Dr. Sello warnte mich, ich solle mich ja hüten, vom Pfad der Pflicht abzuweichen. Ich erklärte hiermit ausdrücklich, daß ich Herrn Dr. Sello nicht gesagt habe, daß ich ein bestochener Beamter sei, ich erkläre ferner, daß ich den Namen des Justizrats Dr. Sello in meinen Unterhaltungen mit Stierhädter von Anfang bis zu Ende gemißbraucht habe. — Präsi.: Haben Sie Herrn Dr. Sello nicht gesagt, daß Sie als Beamter in der Wohnung der Hausmann gewesen seien und die Callis dort verhört haben? — Zeuge: Nein, ich weiß nicht, ob ich überhaupt Namen genannt habe. Justizrat Dr. Sello hat sofort das Strafgesetzbuch herbeigeht und es ist durchaus möglich, daß er Einzelheiten meiner Worte gar nicht gehört hat. Daß ich ein bestochener Beamter sei, habe ich sicher nicht gesagt. Ich kann nur noch einmal sagen, daß ich glaube, ganz im allgemeinen von einer Forderung meinerseits gesprochen zu haben. — Der Staatsanwalt hält dem Zeugen vor, daß er in seiner Aussage vor dem Untersuchungsrichter viel bestimmte Angaben gemacht habe. Der Zeuge meint, daß er bei jener Aussage, wo er nun ist, daß alles zusammenbrach, natürlich furchtbar aufgeregt war. Er könne nicht beschwören, daß er gesagt habe, seine Forderung sei in der Sternbergschen Angelegenheit geschehen. — Präsi.: Justizrat Dr. Sello hat ja zugegeben, daß er eine Ahnung davon hatte, daß Sie in dieser Angelegenheit sich schuldig gemacht haben dürften. — Der Zeuge meint, daß sich Justizrat Sello dies vielleicht daraus kombiniert habe, da bekannt geworden war, daß bei der Callis auch ein Unbekannter gewesen sein sollte. — Staatsanwalt Braut: Sie haben hier soeben das Geständnis abgelegt, daß Sie es aber sich haben gewinnen können, den Namen eines geachteten Rechtsanwalts in doch recht schnöder Weise zu mißbrauchen und wider besseres Wissen Herrn Justizrat Dr. Sello bloß zu stellen. Wie sind Sie zu diesem Vorgehen gekommen? — Zeuge: Luppia hatte mir gesagt, ich sollte nur dem Herrn Stierhädter sagen: wenn Stierhädter eine Annäherung an die Sternberg-Partei nehmen wollte, dann sollte er mir zu den Verteidigern gehen, diese seien zum

Stillschweigen verpflichtet.

Vors.: Hat denn Luppia den Herrn Justizrat Dr. Sello direkt genannt? — Zeuge: Nein, keineswegs. Ich hatte doch Herrn Stierhädter schon erzählt, daß ich mit Dr. Sello in der Erbschafts-sache meiner Frau zu thun hatte, bei der Gelegenheit habe ich den Namen Dr. Sello genannt. — Vors.: Wissen Sie, was aus Ihren Berichten geworden ist? — Zeuge: Nein, Herr Luppia nahm sie mit und steckte sie in seine Brieftasche. — Vors.: Hat er Ihnen nicht gesagt, wie er sie verwertet hat? — Zeuge: Nein, Herr Luppia war immer sehr verschwiegen. — Vors.: Hielten Sie Luppia für fähig, selbst Bestimmungen über die Verwertung der Berichte zu treffen? — Zeuge: Da es sich im wesentlichen um Personalien handelte, hat er vielleicht das weitere den Detektiven überlassen. — Vors.: Hat Luppia Ihnen gesagt, daß er häufig mit Dr. Werthauer konferierte? — Zeuge: Jawohl! — Vors.: Hat er auch gesagt, in welcher Weise die Konferenzen stattfanden? — Zeuge: Nein. — Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß er furchtbare Angst gehabt habe, daß die Callis etwa einen Meineid leisten würde. Der Gedanke sei ihm furchtbar gewesen, daß man vielleicht ihn dann noch beschuldigen konnte, jemand zum

Meineid angeklagt

zu haben und dies sei auch mit der Grund zu seinem Geständnis gewesen. Luppia habe nur im allgemeinen gesagt, es länden Hunderttausende zur Verfügung, wenn Sternberg freigesprochen werde. Am Tage nach seiner Vernehmung, wo er furchtbare Angst hatte, vielleicht doch verurteilt zu werden, habe er Herrn Luppia hinstellen gebeten, ihm Geld zu geben, damit er ins Ausland gehen könne. Das hatte keinen Erfolg. Nach dieser Zeit habe er noch einmal 1900 M. zur Begleichung bringender Schulden an ihn verabsolgt. Weiter erklärt er: zu seiner Entlassung haben die Begegnungen geführt, die er mit Luppia in einer Charlottenburger Konditorei hatte. Luppia habe nach seiner Meinung auch hiervon schon eine Ahnung gehabt, er habe überhaupt vielerlei gewußt, ohne daß er andeutete, woher die Wissenschaft stammte. So fürchtete er seine Wiederverhaftung und habe ihm (Zeugen) aufgegeben, sich danach zu erkundigen, aber abzuwarten, bis die Sache erst eingegangen sei, damit er sich nicht verrette. — Er mußte also

andre und bessere Verbindungen

haben. Bekannte Kenntnis habe Luppia auch gehabt, als es sich um die Unterbringung Frieda Wohdas handelte. — Staatsanwalt: Hier ist auch angedeutet worden, daß juristisch sehr gewandte Persönlichkeiten noch hinter den Kulissen gearbeitet hätten. Ist dem Zeugen hiervon etwas bekannt? — Zeuge: Nein. — Der Zeuge erklärt auch auf Befragen des Vorsitzenden: er wisse nicht, wer Herrn Luppia telephonisch sofort mitgeteilt habe, was die Callis auf der Polizei angeklagt hatte. — Vors.: Haben Sie irgendwelche Tätigkeiten des Herrn v. Meerscheidt-Hüllessem in dieser Sache bemerkt? — Zeuge: Nicht im allergeringsten. — Vors.: Haben Sie Herrn Stierhädter Anstufnisse über die Vermögenslage des Herrn v. Hüllessem erteilt? — Zeuge: Nur ganz im allgemeinen, was ich nach dem Tode der Frau v. H. gehört hatte. Vors.: Wissen Sie über die Flucht Näheres? — Zeuge: Nein. Ich erfuhr davon nur von dritter Seite. Einen nervösen Eindruck machte mir Luppia nur insofern, als er vieles, was er mir versprochen, nicht hielt. Auch meine Angst machte auf ihn gar keinen Eindruck. — Justizrat Dr. Sello: Wann haben diese Unterhaltungen mit Stierhädter zum Zwecke des Versuchs, Herrn Stierhädter zu beeinflussen, und die darauf bezüglichen Unterhaltungen mit Luppia stattgefunden? — Zeuge: Die erste Unterhaltung mit Stierhädter fand am ersten Sonnabend des September, die zweite 8 Tage darauf statt. — Justizrat Dr. Sello: Sie haben bestätigt, daß ich Sie auf Ihre allgemeine Andeutung bringend gewarnt habe, solche Wege nicht zu betreten. Es scheint aber, als ob meine Warnung nicht von Erfolg war und Sie sofort fortzufahren haben, mit Herrn Luppia in Verbindung zu bleiben. — Auf weiteres Befragen des Justizrats Dr. Sello bestätigt der Zeuge, daß er auch die Vorstrafen der Callis und der Sanktionen angegeben habe. Die Verteidigung legt darauf Gewicht, weil es schien, als sollte der Verteidigung ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie von diesen Vorstrafen Kenntnis hatte. — Staatsanwalt Braut: Waren die Berichte, die Sie an Luppia über die Vorstrafen einer oder mehrerer Personen erstatteten, von Ihnen so ausgefertigt, daß man ihnen ansehen konnte, daß sie von einer Amtsperson herrührten? — Der Zeuge bestreitet dies. Er habe einfache Zettel mit seinen Notizen ausgefüllt, ohne seinen Namen zu unterzeichnen. Luppia habe ihm gesagt, er lasse die Berichte in seinem Bureau, so weit er sie gebrauchen könne, durch die Schreibmaschine abschreiben. Was sonst mit den Berichten vorgenommen würde, habe Luppia nicht gesagt. Er habe keinerlei Kenntnis davon, ob und in welcher Form diese Berichte in die Hände der Verteidigung gelangt seien. — Auf weiteres Befragen des Rechtsanwalts Fuchs erklärt der Zeuge, daß er nach dem Besuche bei der Callis im wesentlichen nur an Luppia das wiedererzählt habe, was er auf seinen dienstlichen Gängen und in seinem Bureau gesprächsweise von Beamten und Kollegen gehört habe. Die großen Geldversprechungen des Luppia habe er nicht für ernst genommen.

Der Präsident macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter bestimmter gelautet haben. Der Zeuge giebt dies als möglich zu und als Grund dafür noch mehr an, daß er sich in geistlich hoher Erregung befunden habe. — Präsi.: Wie mir mitgeteilt wurde, sind Sie nach der Vernehmung des Justizrats Dr. Sello durch den Untersuchungsrichter aus dem Nebenzimmer hervorgekommen mit der Frage:

„Hat er den Eid geleistet?“

Als geantwortet wurde: „Noch nicht!“ sollen Sie die Worte ausgeprochen haben: „Gott sei Dank!“ Der Zeuge erklärt, daß dies in der größten Erregung geschehen sei und er nichts mehr davon wisse. Jedenfalls wählte er keine Veranlassung, warum er „Gott sei Dank!“ gesagt haben sollte. — Rechtsanwalt Fuchs I beantragt, den Justizrat Sello als Zeugen zu vernehmen. — Staatsanwalt Braut widerspricht diesem Antrage. — N. A. Dr. Werthauer hält es für unzulässig, das in einer andern Ermittlungssache entstandene Material in dieser Sache zu verwenden.

Einwendungen der Verteidigung.

Auch Justizrat Dr. Sello macht auf das Bedenkliche aufmerksam, daß der Gerichtshof von einem nebenher laufenden Untersuchungsverfahren aus dem Material Kenntnis nehme und hier verwerte, ohne daß die Verteidigung in die Lage komme, auch ihrerseits davon Kenntnis zu nehmen, das heißt nicht mit gleichen Waffen kämpfen und Licht und Schatten gleichmäßig verteilen. — Ueber die Frage der strafprozessualen Zulässigkeit dieses Verfahrens entwickelt sich eine längere Kontroverse zwischen dem Präsidenten, dem Staatsanwalt und den Verteidigern. Der Präsident erklärt, daß er diese Sache nur zur Sprache gebracht habe, weil Dr. Sello nach der Vernehmung Stierhädters die bekannte Erklärung abgegeben habe. Die Erklärung wird verlesen. Dies hat mich — fährt der Präsident fort — veranlaßt, mit Rücksicht darauf, was mir der Untersuchungsrichter Brandt mitgeteilt hat, diesen Punkt zur Erörterung zu bringen. Ich habe dem Zeugen Thiel Gelegenheit geben wollen, sich darüber zu äußern. Damit halte ich die Sache für erledigt.

Der Zeuge Thiel wird darauf wieder abgeführt und die Mittagspause tritt ein. Nach der Pause werden einige Zeugen über die Glaubwürdigkeit der Frieda Wohda vernommen, ohne Besonderes mitteilen zu können. — Ein früheres Dienstmädchen des Angeklagten sagt über dessen Kleidung aus.

Die unschuldige Frau Miller.

Hiervon werden der Frau Miller (Margarete Fischer) mehrere von ihr an ihre Schwester Clara und Herrn v. Treddow gerichtete Briefe vorgehalten, welche enthalten, die mit der Aussage der Zeugin in Widerspruch zu stehen scheinen. Die Zeugin erklärt dies wiederholt damit, daß ihr diese anonyme Briefe und Zeitungs-Ausschnitte zugesandt worden seien, nach welchen angeblich Sternberg sehr belästigt gegen sie ausgesagt haben sollte. Da sei sie sehr empört gegen Sternberg gewesen und habe in den Briefen manches übertrieben dargestellt. Unter Verweigerung ihrer Aussage auf einzelne ihr vorgelegte Fragen bleibt sie dabei, daß sie selbst sich nicht als Verdächtige fühle. Sie habe thatsächlich gedacht, Sternberg treibe vielleicht aus Liebhaberei Malerei und erfreue sich an jugendlichen Modellen; sie habe keinerlei Ahnung davon gehabt, ob oder daß der Angeklagte mit diesen Modellen unzüchtigen Verkehr pflegte. Sie würde so etwas nicht geduldet haben und glaube nicht, daß es passiert sei. Die Zeugin sucht die krassen Ausdrücke in den Briefen, welche auf ein schweres Schuldbewußtsein hindeuten, abzuschwächen. Sie habe sich nur schwere Vorwürfe gemacht, daß sie überhaupt weggegangen sei. Der Vorliegende erklärt wiederholt, daß dem Gerichtshof doch nicht zu viel Leichtgläubigkeit zugemutet werden solle. Die Zeugin wird mit der Ehler, der Frieda Wohda, der Leichter, der Schürwange, der Callis konfrontiert und ihr Widersprüche zwischen deren und ihren eigenen Aussagen vorgehalten. Sie erklärt, daß sie sich überhaupt nicht entsinnen könne, ob die Mädchen bei ihr waren. — Zeugin Ehler bestrittet nochmals, überhaupt bei der Fischer gewesen zu sein; auf wiederholten Vorhalt des Vorliegenden giebt sie zu, doch einmal dort ge-

wesen zu sein, aber nicht angenommen worden zu sein. Ein zweites Mal sei sie nicht mehr hingegangen. Im übrigen bleibt die Zeugin Ehler trotz wiederholter Vorhaltungen seitens des Vorliegenden und des Staatsanwalts dabei, daß ihre früheren belästigenden Befundungen erfolgt seien.

Nochmal der moralische Jesum.

Phyllis Suppe wird vom Vorstehenden aufgefordert, auch seinerseits ein Urteil über die Persönlichkeit der Ehler abzugeben. Er erklärt, ein abschließendes Urteil ohne genaue körperliche Untersuchung nicht abgeben zu können. Was er bisher von ihrem Auftreten gesehen, deute allerdings darauf hin, daß ein gewisser Schwachstum bei ihr vorliege; wie groß derselbe sei, könne er nicht bestimmt sagen. — Phyllis Dr. S. Dörmer geht in seinem Gutachten weiter; nach seiner Ansicht ist die Ehler eine Imbecille commo II laut. Bei dieser Ungebührens-Szene sei sie nach seiner Ansicht nicht Herrin ihres Willens gewesen. — Der Staatsanwalt behält sich eine Beschlußfassung hierüber vor. — Die nochmals vorgeschickte Callis bestrittet, daß die Ehler überhaupt bei der Fischer war.

Hierauf werden einige Zeugen über die Persönlichkeit der Zeugin Ehler vernommen. — Rektor Bräuning, in dessen Schule die Ehler unterrichtet wurde, erklärt, daß er nur ein sehr betrieblendes Bild von dem Charakter der Ehler entwerfen könne. Sie sei ein ganz verdorbenes Mädchen gewesen, die sich des Diebstahls, allerlei Betrügereien etc. schuldig gemacht habe. Sie habe auch in einem Falle

einen Lehrer fälschlich einer unzüchtigen Handlung beschuldigt. Sie war aber im Kopf sehr klar. — Rediger W a z m u t h hat die Zeugin Ehler im Konfirmations-Unterricht gehabt, sie ist schließlich weggeblieben, ohne konfirmiert zu werden. Damals — vor zwei Jahren — konnte sie die Bedeutung und Heiligkeit des Eids wohl erfassen. — Ein junger Mann, Willy Bodenberg, bekundet einen Vorfall aus dem Jahre 1898, wo er mit der Ehler in Konflikt gekommen sei. Die Ehler sei dabei so auffallend geworden, daß er ihr ein Paar Ohrfeigen verabfolgt habe. (Heiterkeit.) Die Zeugin Ehler protestiert hiergegen. Sie habe ihm eine Ohrfeige gegeben. — Einige andre Zeugen bekunden Dinge, die darauf hindeuten sollen, daß die Ehler ins Gelache hinein Unwahrheiten sage. Das behauptet namentlich ein Schlächtergeselle Adolf Wegner, der ihr das Zeugnis ausstellt: „Lügen thut sie ja ausnahmsweise sehr.“ So habe sie erzählt, ihr Vater habe die Mutter erstickt, ihre Cousine habe sich vergiftet etc. — Die Zeugin Ehler erklärt, hiervon nichts zu wissen; wenn sie so etwas gesagt haben würde, würde es nicht wahr gewesen sein; sie habe ihre Eltern ja schlecht gemacht, aber in der behaupteten Form glaube sie so etwas nicht gesagt zu haben. Der Zeuge sei ihr endlich gestimmt; sie „ging“ früher mit ihm. — Ein anderer Zeuge bestätigt die abenteuerliche Erzählung, die die Ehler über ihre Eltern gemacht habe. Sie habe aus reinem Vergnügen Unwahrheiten gesagt, u. a. auch, daß ihre Mutter ihre jüngste Schwester vergiftet habe, obwohl sie überhaupt keine jüngere Schwester habe. Die weitere Verhandlung wird hierauf auf Mittwoch 9 1/2 verlag.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater. Mittwoch, 12. Dezember. Opernhaus. Kain. Die Adresse. Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Neues Opern-Theater (Kroll). Deutsches. Rosenmontag. Lesing. Wie die Blätter. Berliner. Die strengen Herren. Heßberg. Die Dame von Maxim. Renaud. Die Liebesprobe. Westen. Romeo und Julia. Nachm. 3 Uhr: Erenwittchen bei den Heiden Svergen. Central. Die Geisha. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Hänsel und Gretel. Secessionsbühne. Der Selbsthater. Schiller. Der Maschinenbauer. Thalia. Amor von heute. Luffen. Der Millionenbauer. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Bettelstudent. Carl Weiß. Die Bellchenprinzessin. Belle-Alliance. Der Weigenmacher von Wittenwald. Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Gelaß. Specialitäten-Vorstellung. Der Sängling. Reichshallen. Stettiner Sänger. Vaffage-Panopticum. Specialitäten D. Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48/49. Central-Theater. Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung d. Märchen-Gefembles zu sehr H. Brecken Hänsel und Gretel. Märchenpiel mit Gesang in 4 Akten. Vorgen u. folgende Tage: Die Geisha.

URANIA Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Auf den Wogen des Oceans. Im Hörsaal: „Das Gärungsproblem“ von Prof. Buchner. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Neu! China in Berlin. Krao, Einbegleit zwischen Mensch und Affe. Liza, das 12jährige Niesenmädchen. Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Passage-Theater Unter den Linden 22. D-Vorstellung (Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr) Tägl. Auftreten Gertrude Barrison. Jenseits der krummen Lanke. 2. Seebatallon 3 Compagnie. 16 Nummern. Eintr. (soweit der Raum reicht) inkl. Panopticum 50 Pf.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 105. Neu! Dahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefochts-Szenen, Exerziten, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 8-10 Uhr stündl. „Allersalen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Central-Theater Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung d. Märchen-Gefembles zu sehr H. Brecken Hänsel und Gretel. Märchenpiel mit Gesang in 4 Akten. Vorgen u. folgende Tage: Die Geisha.

Apollo-Theater. Um 8 Uhr: Fräulein Loreley. Mill Capell, Cäcilie Carola, Mlle. Bresina, Francois Gerard und 10 sensationelle Specialitäten. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater früher Foa-Palast, Burgstr. 22. Das pyramidale Dezember-Programm. Neu! 8 1/2 Uhr: Neu! Der Säugling. Poffe mit Gesang von O. Richter. Ridel, Rentier: Direktor Richard Winkler. Zum erstenmal in Berlin! Grimond u. Holten: „Le Réve d'un Minstrel“ (Der Traum eines Strohmusikanten) Wirklichste burleske Aufführungspantomime in drei Akten und einer Apothose. 14 Riesen-Schmummern! Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Carlweiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132. Die Vollenprinzessin. Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Willy Lang. Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Zu diesen Märchenpiel-Vorstellungen hat jeder Erwachsene das Recht, zwei Kinder auf einen Platz frei einzuführen. Sonnabendnachmittag, Kinder-Vorstellung: Hänsel und Gretel.

Cirkus Schumann. Mittwoch, 12. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals in seinen Wangenleistungen. Gastspiel des berühmten Kunstreiters Mr. Alfons Althoff, 5 Jockeys 5. Der phantomale Sprung aller 5 Jockeys auf 1 Pferd. Auftreten des Löwen-Baron. Die Boomerangwerfer Rawson und June. Direktor Albert Schumann anerkannt unerreicht bestehendes Originaldressuren. Um 9 1/2 Uhr: CHINA. Manegen-Aufführungstänze m. wunderbaren Wasser- und Lichteffekten. Neue Einlagen: Die saulende Bootsfahrt die 100 Fuß lange und heile Cascade hinauf. Erstürmung der großen chinesischen glatten Mauer. Sensationelle Bravourleistung.

W. Noacks Theater. Brunnensstraße 16. Am Weihnachtsabend. Solistisches mit Gesang in 3 Akten von Th. Kolbe. Musik von R. Zelle. Donnerstag: Am Weihnachtsabend.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Henry Bender als Debüt. Mit vollständig neuer Ausstattung. Eine tolle Nacht. Berliner Aufführungspoffe in 5 Akten. Vorgen: Das Dezember-Specialitäten-Programm. Brüder Pantzer. Renard. Mlle. Bacha. Anfang der Specialitäten 7 1/2 Uhr, Anfang der „Tollen Nacht“ 9 1/2 Uhr. Plaudern überall gestattet. Morgen u. d. folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Cirkus Jansly. Schöneberg, Hauptstrasse. vis-a-vis dem Rathaus. Mittwoch, 12. Dezbr., nachm. 4 Uhr: Schuler, Kinder- und Familien-Vorstellung. (Bedeutend ermäßigte Preise.) Zum Schluss: Vorstellung eines Rosenkuchens, welcher mit 4 Pound in die Manege gefahren wird. Jedes Kind erhält seinen Anteil, soweit der Vorrat reicht. Abends 8 Uhr: Hauptvorstellung. (Gedächtnisliche Preise.) Neu! Die bogen und ringkämpfenden Pferde August und Wucal. — Original-Reitdressur des Direktors Jansly. — Auftreten neuer Künstler. — Näheres durch Tageszettel und Anschlagtafeln.)

Wo amüsiert man sich grossartig? Hasenhöde 21 und Jahnstr. 8 in Schnegelsbergs Festhallen. Anst. Max Schneider. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: Grosser Ball, als Specialität: 5 Cigarren- und echten Weichselapfeln-Regen 9 verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Überraschungen. Täglich: Specialitäten-Vorstellung. Entree frei. Empfehlung den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) an Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. (57419)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche Specialitäten. J. M. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9-7. Reparatur sofort.

Abteilung Weingrosshandlung. Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676. Belle-Allianceplatz 6a. — Neue Friedrichstr. 81. — Genthinerstr. 29. — Oranienstr. 190. — Gruner Weg 60. — Elisabethstr. 71. — Pausbuserstr. 35. — Wilsnackerstr. 25. — Schöneberg. Hauptstr. 129. — Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. — Steglitz, Albrechtstr. 18. — angenehmer mild im Geschmack a Literflasche M. 2,10, 2,50, 3,--

Thalia-Theater. Dresdenerstr. 72. Heute und folgende Tage: Amor von heute. Große Aufführungspoffe mit Gesang und Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch. Mittwoch, 12. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr: Grosse Vorstellung. „Die eiserne Maske“. Großes histor. Manegen-Schauspiel in 4 Akten und 2 Hauptbildern. I. Akt: Ludwig XIV. als Alleinherzöcher. II. Akt: Zelle in der Bastille. III. Akt: Einnahme von Strahburg. IV. Akt: Der Staatsbreich. V. Akt: Eine Fallensjagd bei Fontainebleau. VI. Akt: Der Mann mit der eisernen Maske. VII. Akt: Das letzte Fest im Schlosse Rang le Comte. Direktor Busch mit seinen vorzüglichsten Freiheitsdreschuren. Brothers Damm, excentrische Akrobaten. Miss Ada mit ihren wunderbar dressierten Hörteriers. „The little Toney“, der kleine 10jähr. Wunderjockey. Borzüglichste Programmnummern! Auf! Sonntag, 16. Dezember, nachm. 4 Uhr: Berliner Sandbarrien.

Sanssouci. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord. Sänger. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Bon 5-7: Unterhaltungsmusik. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jed. Soliree: Tanzkränzchen. Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borggüddillets wochentags gültig. Söle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Secessionsbühne. Alexanderstr. 40. Der Leibalte. Komödie in 3 Akten v. Vorhar Schmidt. Vorgen: Dieselbe Vorstellung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhause, Vintzenstraße 5: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Ledebour über: „Die politische Lage.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. 245/17 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Donnerstag, 13. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Branchen-Versammlung der Stellmacher. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ab. Hoffmann über: Auf was wir stolz sind. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 285/1 Die Kommission.

Lichtbilder-Männervortrag heute, Mittwoch, 12. Dezbr., Kommandantenstraße 20, im großen Saal, abends 8 1/2 Uhr über: „Geschlechtsleben und Schwangerschaft“ vom Naturheilk. Grundmann. 1 Broschüre. Mitglieder u. Kranken-Aufnahme in Naturheilkundhalt Köpnickestr. 72 Naturärztl. Spr. 11-2, 6-8.

Central-Verband der Töpfer. (Filiale Berlin). Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße Nr. 35: Versammlung. Tages-Ordnung: Der Streit in Leipzig. Gewerkschaftliches. Da wichtige gewerkschaftliche Angelegenheiten zu erörtern sind, muß jeder Kollege erscheinen. (199/18) Der Vorstand.

Verein Socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend. Freitag, den 14. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr: Versammlung beim Kollegen Klingenberg in Pankow, Kaiser Friedrichstr. 12. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-Angelegenheiten. Der Vorstand. J. K.: Ferdinand Ewald.

Die schönsten und passendsten Weihnachts-Geschenke sind gut gearbeitete Steppdecken. Am besten und billigsten direkt in der Fabrik Bernh. Strohmändel, Berlin S., 72. Wall-Strasse 72. Wo auch alle Decken aufgearbeitet werden.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Vorgen: Konzert.

Künstl. Zähne 2 Mark bekannt vorzögl. Plombieren. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen in 2 Stund. Spredg. 8-8. H. Lange, Blumenstraße 25, Ecke Wartulstraße.

Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung. Größte Weihnachtseiszeit und schönste Ausstellung im Messpalast Alexanderstr. 110. Täglich Konzert u. 5 Kapellen. Illustriertes. Varietés. Repertoire des 20. Jahrhunderts. Erscheinung aus der überausreichen Welt. Kallers-Panorama. Hölle u. Nordpol. Hölle-Varietés. Sonntag: Gr. Ball bei 20 Mann harter Kapelle. Entree frei und 10, 20, 30 Pf. Dr. Krausz.